

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengänge und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Großblock-Illusionen.

Die nationalliberale Parteipresse bietet seit Wochen das Bild einer heillosen Verfahrtheit. Einheitlich war die Haltung dieser Presse nie, aber seit der Stichwahl in Friedberg-Büdingen herrscht die schönste Konfusion. Was das eine nationalliberale Blatt als hehrste politische Aufgabe, als eine Frage der Fortexistenz der ganzen Partei erklärt, hält ein anderes Blatt für eine krankhafte Illusion. Während das eine die Rückkehr zur Besonnenheit oder, wie auch der pathetische Ausdruck lautet, zu den alten bewährten Traditionen der nationalliberalen Mittelpartei fordert und den Anschluss nach rechts an die mit dem Merkantilismus verbündeten Konservativen predigt, schießt das andere nach links und verlangt „freiheitsbegeistert“ den Kampf gegen die blaue schwarze Reaktion. Dem einen gilt selbst der verschämte ideologische Liberalismus eines Wassermann schon als radikale Donquichoterie, und offen mahnt es den nationalliberalen Führer, doch im Interesse des Staatswohls und der Partei seinen Platz mit seinen gleichgesinnten Freunden zu räumen; das andere Blatt schwärmt für die Vereinigung des Nationalliberalismus mit der fortschrittlichen Volkspartei zur Begründung einer wahrhaft liberalen großen Regierungspartei, eines liberalen Großblocks, an dem auch, falls sie die Gewähr des Wohlverhaltens bietet, der Sozialdemokratie gnädigst gestattet werden könne, teilzunehmen.

Ein kurioses Tohuwabohtu, das dadurch noch komischer wird, daß plötzlich ein Blättchen, das eben noch für die Gravitation nach links plädierte, zu dem neuen preussischen Finanzminister, Herrn Lenge aus Magdeburg, ein unerklärliches Vertrauen faßt, oder daß ein anderes vom rechtsnationalliberalen Flügel in töplicher Naivität von den Junkern allen Ernstes verlangt, sie müßten, falls sie wieder der politischen Freundschaft der Nationalliberalen gewürdigt werden wollten, zunächst eine Art Abbitte leisten und eingestehen, daß sie bei der Erledigung der letzten Reichsfinanzreform eine schwere historische Schuld auf sich geladen hätten. Aber wie funterbunt sich auch für den kritischen Beobachter dieser Särungsprozess im nationalliberalen Prinzipienbestimmungsapparat ausnehmen mag, so würde es doch von unergreiflicher politischer Kurzsichtigkeit zeugen, wollte man verkennen, daß die Befürworter des Anschlusses nach rechts stetig an Terrain gewinnen und daß sich die nationalliberalen Gemüter seit den Tagen der stürmischen Erregung über die Ausschaltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion bei der Durchführung der Reichsfinanzreform wesentlich beruhigt haben. Der neuertwachte Frühlingstrieb der Oppositionslust ist verfliegen; die alte nie begrabene Sehnsucht nach sogenannter politischer Mitwirkung an den großen Aufgaben des Reichs, das heißt der Teilnahme an der Profitpolitik der blaue schwarzen Koalition, hat wieder die Oberhand gewonnen. Wenn man die nationalliberalen Blätter danach sichtet, welchen Einfluß sie haben und was hinter ihnen steht, dann zeigt sich, daß jener Teil, der sein Lesepublikum in den großindustriellen Kreisen, in den besser situierten gewerblichen Mittelschichten und in der landwirtschaftlichen Bevölkerung findet, fast ausschließlich für das Partieren mit den Konservativen und für die schärfste Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eintritt, während für den Anschluss nach links nur jene Blätter plädieren, hinter denen der sogenannte Jungliberalismus steht, das heißt ein Teil der freien Berufe in den größeren westdeutschen und süddeutschen Städten. Bisher haben aber nicht diese, sondern die obengenannten Elemente im wesentlichen die Richtung der nationalliberalen Partei und besonders die Politik ihrer Vertreter im Reichstage bestimmt. Sie werden auch künftig den Ausschlag geben.

Wiel zu oft wird der Einfluß der Führer auf die Haltung ihrer Partei überschätzt. Gewiß, der Führer vermag in Zeiten politischer Erregung seine Partei durch das Gewicht seiner Persönlichkeit oder seines Ansehens mit fortzureißen. Er vermag sie auch zeitweilig durch geschickte Schachzüge irre zu führen und zu korrumpieren; aber schließlich orientiert sich eine politische Partei doch immer wieder an den in ihren Reihen vorherrschenden Interessen und wählt dementsprechend ihre Stellung. Weit abhängiger als die Partei vom Führer, ist der Führer von den maßgebenden Schichten seiner Partei. Es ist deshalb auch verkehrt, den schönen Redensarten jungliberaler Blättchen oder der für die nächste Reichstagswahl auf eine Wahlkandidatur spekulierenden jungliberalen Lokalgrößen größere Bedeutung beizumessen. Die Frage ist vielmehr: welche Schichten haben in der nationalliberalen Partei die Führung und nach welcher Richtung gravitieren sie? Rag immerhin bis zu gewissem Grade richtig sein, daß die nationalliberale Partei innerlich so verfault und vermorscht ist, daß sie nur noch dem dumpfen Triebe parasitärer Existenzmöglichkeit gehorcht, einen Schwerpunkt hat sie deshalb doch wie jede andere Partei.

Die gewichtigsten Elemente im nationalliberalen Parteigemisch sind aber nicht die Ideologen der freien Berufe, die wenig beschäftigten Rechtsanwälte, Aerzte, Oberlehrer, Privatgelehrten, Kommunalbeamten usw., die sich Jungliberale nennen, sondern die Großindustriellen, die wohlhabenden Geschäftsleute und in manchen Gegenden auch die größeren und mittleren Landwirte. Besonders die Großindustriellen, da ohne ihre Subsidienzahlungen an die verschiedenen Wahl-

Parteifonds, ohne ihre Unterstützung der nationalliberalen Presse durch Alimente, Inserate und Aufträge bald die nationalliberale Partei aus dem letzten Loch pfeifen würde. Was soll die Partei der „nach Bildung und Besitz“ Maßgebenden anfangen, wenn die schönen Banknoten und Bankchecks der Industriellen sich verflüchtigen. Ist es doch eine von den Leitern des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ selbst eingestandene Tatsache, daß dieser bei den letzten Reichstagswahlen von seinen Mitgliedern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter eine Reichsmark eingefordert hat und daß dieses Geld größtenteils für die Unterstützung nationalliberaler Wahlkandidaturen verausgabt worden ist — ganz abgesehen von den Summen, die den nationalliberalen Wahlfonds direkt aus den Industrierevierern Rheinland-Westfalens zugeflossen sind. Jedes Mal, wenn in den letzten Jahren die Großindustriellen von den nationalliberalen Parteipolitikern die Befolgung ihrer Befehle verlangten und mit der Einstellung ihrer Subsidien drohten, haben sich denn auch sofort die größeren nationalliberalen Blätter unter Vorantritt der „Ndn. Ztg.“ veranlaßt gefühlt, ihren geldgebenden Dienstherren zu versichern, daß die nationalliberale Partei „sich von der ersten Zeit ihrer Begründung an der hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung einer starken leistungsfähigen Industrie für unser gesamtes Volksleben vollaus bewußt gewesen ist“. Immer habe die nationalliberale Partei stolz zu dem deutschen tatkräftigen Unternehmertum ausgeblickt, dem „die wirtschaftliche Stellung auf dem Weltmarkt zu danken sei“.

Und diese Ergebnissversicherung der ehrfamen „Ndn. Ztg.“ stimmt. Zwar in seinem ersten Programm forderte noch der junge Nationalliberalismus in jugendlicher Verkennung seiner historischen Bestimmung als „festestes Bollwerk der Freiheit“ das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht sowie die Beseitigung der chronischen Kriegsbereitschaft, und als dann Bismarck mit seiner neuen Zollpolitik einsetzte, widerstand zunächst die nationalliberale Reichstagsfraktion unter Bennigsen's Führung den schutzzöllnerischen Forderungen der Großindustriellen, so daß sich 1879 die Gruppe Schaub-Böll von der Partei trennte; aber bald lernte die bei den 1881er Wahlen auf 47 Sitze reduzierte nationalliberale Fraktion Order parieren und seitdem hat die nationalliberale Gruppe im Reichstage sich immer mehr zur Sachwalterin der großindustriellen Interessen entwickelt, die bei den letzten Zollkämpfen offen die Geschäfte der Großindustriellen besorgte.

Auch heute noch sind — das Verhalten der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses bei der Beratung der Bethmann'schen Wahlrechtsvorlage hat es aufs neue bewiesen — in der nationalliberalen Partei die Wünsche und Interessen der Großindustrie maßgebend. Diese Großindustrie aber fordert, wenn sie auch gelegentlich über agrarische Interessenwirtschaft lamentiert, mit aller Entschiedenheit den Anschluss nach rechts — zur Aufrechterhaltung der heutigen Zollpolitik und zur Wiederherstellung der sogenannten Begehrlichkeit der sozialdemokratischen Arbeiterchaft. Der Großblock der gesamten Linken ist in ihren Augen eine Verdrücktheit.

Nicht viel anders denkt die große Mehrheit des die nationalliberale Wählerschaft bildenden gewerblichen Mittelstandes und der selbständigen wohlhabenden Landbevölkerung. Nur zu oft wird bei der Beurteilung der nationalliberalen Partei übersehen, daß seit ihrer Gründung sich die Zusammensetzung ihrer Wählerschaft wesentlich verändert hat. Aus den großen und größeren Städten ist diese Partei größtenteils hinausgeworfen worden. Die Arbeiterschaft ist dort heute sozialdemokratisch, der kleinere Mittelstand zählt zur fortschrittlichen Volkspartei oder in katholischen Gegenden zur Zentrumsparthei, die Spitzen der Behörden, die großen städtischen Grundbesitzer und die Höchstbesteuerten sind vielfach konservativ gesinnt. Zum größten Teil holt deshalb heute die nationalliberale Partei ihre Reichstagsmandate aus halbländlichen Wahlkreisen. Und in diesen Kreisen hat sie mit den Interessen und Wünschen der selbständigen Landwirte zu rechnen; weshalb wir denn auch finden, daß nicht nur in jenen Gegenden die leitenden Nationalliberalen sich zu den wirtschaftspolitischen Glaubenssätzen des Bundes der Landwirte bekennen, sondern oft tätige Mitglieder dieses Bundes sind. Jede ernsthafte Schwöpfung der nationalliberalen Partei nach links würde diese Anhängerchaft, die im Grunde genommen mehr konservativ als liberal gesinnt ist, nach rechts treiben. In Zeiten starker politischer Verärgerung über neuauferlegte Lasten mag sich vielleicht in diesen Elementen zeitweilig die Oppositionslust regen, aber ihre Interessen ziehen sie immer wieder nach rechts.

Selbst Nationalliberale geben offen zu, daß ihre Partei aus einem bunten Gemisch besteht. So schreibt der frühere Generalsekretär der Jungliberalen P. Zimmermann im „Hamburger Elbwart“: „Dem das ist der Krebsgeschaden, der in diesen Wochen der lauteften Pressepolemik offen zutage tritt: wir haben nicht etwa nur, wie jede Partei, einen rechten und einen linken Flügel innerhalb unserer Partei, wir beherbergen auch eine große Zahl von Personen, die durchaus nicht nationalliberal sind.“

Die Hoffnung auf eine sogenannte „geschlossene, aktionsfähige Koalition der gesamten Linken“, auf einen „Reichsblock“ nach badischem Muster ist deshalb nichts als eine höchst naive Illusion, von der in vollem Umfang das Sprichwort

gilt, daß Hoffen und Harren manchem zumarren macht. In den größten Teilen des Reichs fehlen alle Grundbedingungen für eine solche Koalition. Selbst wenn die deutsche Sozialdemokratie sich auf den erhabenen Standpunkt der prinzipiellen Würsichtigkeit stellen wollte, zu dem der Karlsruher „Volksfreund“ sich in jahrelanger Uebung durchgearbeitet hat, und sich zu Ihrer Majestät allergetreueste theoretisch-oppositionelle Regierungspartei entwickeln würde — eine Möglichkeit, die wir für vollkommen ausgeschlossen halten — bliebe der Reichsblock der gesamten Linken ein Phantom, denn der Nationalliberalismus würde nicht mitmachen.

Wiel wahrscheinlicher ist, daß es (wenn nicht heute, dann morgen oder übermorgen) zu einer Spaltung in der nationalliberalen Partei kommt, zu einer Abspaltung der jungliberalen Ideologen vom großindustriell-agrarischen Flügel, vielleicht auch zu einer späteren Angliederung der jungliberalen Elemente an die fortschrittliche Volkspartei. Wesentlich verändert würde aber auch dadurch die politische Gesamtlage nicht.

Die „moralischen“ Wirkungen des Dreiklassenrechts.

An der heiteren Stätte, an der „echt deutscher“ Patriotismus dem alten Wilhelm ein biederer Denkmal gesetzt hat, weil er dort „friedlich, wie er war gekommen, schlürfte seinen Stränchenbrunnen“ und weil er den Benedetti abfallen ließ, also zu Ende im Lahntale, ist ein kommunaler Kampf ausgebrochen, der das ohnehin nicht im Aufsteigen befindliche Renommee dieses Ortes noch bedenklich mehr zu schmälern droht. Man schreibt uns von dort hierüber:

Selten ist das Dreiklassenwahlrecht als Schulpfortbildung für die schmutzigste kommunale Profitwirtschaft so bloßgestellt worden, als in den Gebden, die jetzt hier ausgebrochen sind. Der fremde Wadegast, der die bekannten gelagerten Wadepreise bezahlt, sieht mit Staunen, wie sich unter dem Schutze preussischer Gesetzgebung eine kleine Clique an ihm bereichert, um dann ihr Geld in sehr eigentümlicher Weise zu vertun. Das ganze Bürgertum leht hier von der „Kur“. Den Namh schöpfen aber die Inhaber der Hotels und Pensionen ab, die um die Heilquellen herumliegen. Die Heilquellen gehören dem preussischen Fiskus. Der Staat erhält also die Lebensquelle des Emser Profits. Daß sie dieser Sorge entzogen sind und eigentlich nur die Hand aufzuhalten haben, ist so sehr die letzte Lebensweisheit der Emser Fremdenindustriellen geworden, daß sie in ihren Vererbergungseinrichtungen fast auf dem Stand zur Zeit des alten Wilhelm stehen blieben und in der Wäberkonkurrenz deshalb merkwürdig ins Hintertreffen kamen. Das hat sie aber in der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten nicht gescheitert gemacht. Ihr Unglück war eben, daß sie das Dreiklassenwahlrecht in den beiden oberen Klassen auch noch zu den Herren des Ortes machte. Dazu gehört eben doch mehr, als im Sommer Fremdenindustrie nach altem Rezept treiben und im Winter auf die Jagd gehen. Die Herren haben sich in der Gemeindeverwaltung allmählich so fürchterlich bloßgestellt, daß es für sie das größte Glück wäre, wenn das Hausbesitzerprivileg abgeschafft und das allgemeine Wahlrecht eingeführt würde.

Daß man bei der Wasserverforgung die Großabnehmer in schandbarer Weise begünstigte und die Kleinen teurer bezahlte ließ, als die Großen, das stank so zum Himmel, daß man bezüglich dem Wutren der Bürger nachgeben und die unterschämten Rabattsätze für die großen Verbraucher herabsetzen mußte. Von einer Privatgesellschaft, die in der städtischen Interessengemeinschaft ist, ließ man sich ein Gaswerk aufhängen, das absolut unbrauchbar sein wird, wenn es an die Stadt übergeht. Für Entwicklung der Verkehrsverhältnisse hat man so gut wie nichts selbst oder bei der Eisenbahn getan. An das Kohlenlager elektrische Vorortbahnen schließt man sich aus der alten Philisterangst nicht an, die Kurgäste möchten „zubiel weggehen und ihr Geld forttragen“. Als der Bahnhof vergrößert wurde, war die Hauptfrage, daß er keine Restauration bekomme, damit die umliegenden Wirte ohne Konkurrenz blieben. Die Jugerverbindungen nach Ems von Frankfurt und zum Rhein her aber sind so miserabel, daß man von Glück zu sagen hat, wenn man einen der wenigen Fülzüge bemizen kann. Sonst hat man die 100 Kilometer z. B. von Frankfurt her vier Stunden lang im Dummeln zu fahren. Die Initiative, die den Hotelmensch in dieser Richtung fehlte, entwickelten sie dafür noch ganz anderer Seite. Wenn die Fremdenruperei im Sommer besorg war, laten sie sich zu fröhlichen Gelagen zusammen und offenbarten sich dann nach Ablegung des Oberleinertrads ihr hohes Innere, das auch der Geldsack nicht ausfüllen konnte. Rum wäre ja ihr etwas rohes Vergnügen ihre Privatsache und ging niemanden sonst etwas an, wenn sie auch diese Seite ihrer ruhmvollen Betätigung nicht mit einem kommunalen Glanzdälchen erquidit hätten. Sie liehen sich bei ihren Jagdfesten von ihrem städtischen Realschuldirektor gedruckte Zoten reihen. Der Mann kannte ihre Natur, und verfaßte für sie zum St. Hubertstag 1909 eine gedruckte Jagdzeitung, „Die Schrotspribe“, in der gerade seine Beiträge neben den vielen geistlosen und harmlosen anderer sich durch besondere Schmutzerei auszeichneten. Von den Reifen seiner Kunden in die benachbarten Großstädte sang der kundige Varde:

„Statt zu pürschen im Waldesdädel,
 Jagd Ihr Sumpfwild im Großstadtschlackel.“

Und ein anderes Poem dieses Emser Erziehungsmeisters handelt vom „Verbrauten Schwanz“ und erzählt von einem Emser Jäger:

Dann spricht er die Worte so froh und so lähn:
Ein Trost, daß der Hund sich verbrannte
Den Schwanz, und ich nicht mit schmerzender Miene
Mit dem meinen zum Doktor rannte."

Von den "Sähen, kleinen Nabels", die ein Mitglied dieser wackeren Schar in der "Schrotspitze" gratis zu entfliehen sich erbot und anderen ähnlichen Dingen gar nicht zu reden. Gätten die Emser Hotel- und Kommunalhelden ihren Potentat sein Handwerk treiben lassen und ihn nicht noch auf Kosten anderer gelohnt, so wäre der Skandal vielleicht gar nicht öffentlich geworden. So aber fiel es auf, daß sie ihm für seine Tätigkeit an einer sehr winzigen und ohnedies kostspieligen Anstalt, die von den Kindern der meisten Einwohner doch nicht benutzt werden kann, plötzlich im Gehalt bis auf 8000 M. hinaufschraubten, mit Rechenschaftsrechnungen, die im Besoldungsgefeß keine Begründung haben, und gegen den anfänglichen Widerspruch selbst der Stadtverordneten und der kleinen Bürger. Das schlug dem Hah den Boden aus. Nun erfuhr man auch, daß die "Schrotspitze" mit ihren schönen Versen von den Schülern dieses preußischen Erziehers besser gekannt wurde als die langweiligen Schriftsteller, die sie in der Schule zu lesen hatten. Man sagte sich, daß der Vortrag, den der Herr Direktor seinen Schülern über Königin Luise als Muster preußischer Tugenden gehalten habe, wahr- scheinlich sehr viel weniger gewirkt habe, als seine unsauberen Jagdscherze, und daß der Schaden auch dadurch nicht ausgeglichen werden könne, daß der Direktor nach Bekanntwerden seiner Streiche plötzlich im Kirchenbesuch seiner evangelischen Schüler sehr scharf zu kontrollieren begann, um sich wenigstens nachträglich einen Heiligenschein zu erwerben. Vollends kompromittiert aber wurden die Emser Erschlaffer durch ihren kostspieligen Schützling, als dieser anfang, sich gegen die Bewegung zu wehren, die sie gegen ihn und seine Gönner richtete. Er verbot einem seiner Lehrer den Besuch der Stadtverordnetenversammlung, in denen der Mann "nichts zu tun" habe! Er besann sich plötzlich auf seine Eigenschaft als Reserveoffizier — natürlich mußte er das sein! — und suchte mit Hilfe gleichgesinnter Kameraden den kleinen Beamten aus dem Kriegerverein zu drängen, der seine saubere Post, als alle öffentliche Kritik nichts gescheit hatte, der Schulbehörde mitgeteilt hatte, weil er Vater eines der Höglinge des wackeren Erziehers war.

Unter solchen Zeichen steht jetzt die Vorherrschaft der „erst- und zweitklassigen“ Hoteliers und ihrer Freunde in der guten und patriotischen Stadt Ems. Man braucht in der Tat kein Liebhaber moralisierender Miene in la Noeren zu sein, um die „moralischen“ Wirkungen, die in diesem Falle das kommunale Dreiklassenwahlrecht in einer abgeschlossenen Bourgeoisloterie gezeitigt hat, als höchst bezeichnend zu finden. So rächt sich der Geist der brutalen Unterdrückung und der Unterdrückung der Menschen nicht nach geistigen, sondern nach Geldsachqualitäten, an diesem System selber, indem es es unrettbar kompromittiert. Und das Beste von dieser neuesten Emser Geschichte ist, daß sich endlich eine Art Kleinbürgerlicher und Arbeiteropposition gebildet und organisiert hat, wenn auch noch in sehr unvollkommenen Formen. Ein Bürgerverein von 700 Mitgliedern sorgt jetzt an der Stätte erhabender preußischer Monarchen- erinnerungen, daß die öffentliche Kritik wenigstens nicht ganz schweigt. Bisher war sie durch die Abhängigkeit der Kleinen von den Großen in der Enge des Orts niedergehalten. Jetzt versucht sie, leider sehr spät erst, zu bessern und ist, so fern diese Leute auch politischen Fragen stehen, schon durch die Macht der Umstände auf die Reform des Wahlrechts hingelenkt worden. Sie hat mindestens geheimes Gemeindegewalt gefordert. Vielleicht lernen die bisher von der herrschenden Clique niedergehaltenen Kleinbürger und Arbeiter auch noch mehr aus den Emser Affären: daß wir in Preußen ganz andere Änderungen brauchen, wenn unsere Verhältnisse wieder innerlich und äußerlich gesund werden sollen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli 1910.

Die linksliberale Brille.

Herr Konrad Haußmann, das große politische Kind aus Schwaben, das eine Lücke des launischen Geschicks zum Parteiführer gestempelt hat, hielt gestern abend in Jussenhäusern (Württemberg) zugunsten des im Reichstagswahlkreise Cannstadt-Ludwigsburg aufgestellten nationalliberalen Kandidaten Deltinger eine lange Rede, in der er auseinander setzte, weshalb die Fortschrittliche Volkspartei den nationalliberalen Kandidaten unterstützt und nicht den sozialdemokratischen. Ein süddeutscher Nationalliberaler, der sich ehrlich zu Wasserfmann halte, hätte, so meinte Herr Haußmann, vor einem Sozialdemokraten mannigfache Vorzüge, ganz abgesehen davon, daß es heute gelte, die nationalliberale Partei in der Front festzuhalten, die sie seit der letzten Reichsfinanzreform eingenommen hätte. Freilich, wenn ein Konservativer mit einem Sozialdemokraten um den Sieg ringe, dann müsse der Sozialdemokrat unterstützt werden, denn:

„Die Politik der heutigen Reichstagsmehrheit ist volksschädlich und entwicklungswidrig, so daß eine Entscheidung der Partei des preußischen Adels, der für diese Politik die größte Verantwortung trägt, abzuweichen eine nationale Notwendigkeit geworden ist. Wo dem Herrn v. Oldenburg und Genossen ein Kandidat genommen werden kann, da ist Zustimmung für den Sozialdemokraten die unvermeidliche Forderung einer politischen Besserung. Die Gesamtpolitik darf nicht nach rechts gehen, sonst ist alle Entwicklung dauernd versahren und ökonomische Wirren werden eintreten. Die Front der Rechten fordert eine Front der Linken. Wenn eine Front der Linken erforderlich ist, muß sie auch die nationalliberale Wasserfmannsche Richtung mit umfassen.“

Allerdings unter einer Bedingung hätte, wie Herr Haußmann erklärte, auch die Sozialdemokratie einen Anspruch auf gleiche Unterstützung, wie die Nationalliberalen — nämlich, wenn sie die Klassenkampftheorie aufgäbe und die Massen statt zur Verbitterung zur Versöhnung erziehe:

„Um uns dieser Haltung untreu zu machen, dazu ist die Methode der Sozialdemokratie leider noch immer nicht anziehend genug. Sie kann mit dieser Methode und den Fehlern der Berliner Politik immer größere Massen sammeln, aber sie kann ehrliche Gegner nicht in dem Glauben erschüttern, daß diese Methode falsch ist, und nicht alle, aber immer noch die Mehrheit der Sozialdemokratie arbeitet nach dem Rezept, Mißtrauen in alle Lebensverhältnisse hineinzutragen und Verbitterung zu züchten. Seitdem die Sozialdemokratie einmal durch ihre kulturelle Forderung, zweitens durch ihre Methode und drittens durch die Regierungsfehler eine sehr große Partei geworden ist, darf und muß man an ihre Führer die Frage richten, ob sie blind für jene Schädigungen des Mißtrauens und der Verbitterung sind, oder ob sie die Erziehung ihrer Anhänger zu gerechten Menschen nicht unter ihre vornehmsten Aufgaben rechnen.“

Gar sonderbar malt sich in diesem Kopf die Welt!

Der Kampf um Wasserfmann.

Der „Mannheimer Generalanzeiger“, der Beziehungen zum Reichstagsabgeordneten Wasserfmann unterhält, bringt aus angeblich zuverlässiger Quelle die Nachricht, die Frage eines Reichstagsmandats für Wasserfmann werde, soweit die Partei im Lande und die Fraktionsgenossen dabei mitwirken könnten, zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden. Alle Behauptungen von einer Mandatsmüdigkeit Wasserfmanns hätten ihren Ursprung in den schlummernden Wünschen rechtsnationalliberaler und konservativer Autoren, eine Spaltung und Rechtschwankung der nationalliberalen Partei herbeizuführen. Aus diesen Gründen solle Wasserfmanns Mandatsmüdigkeit erzwungen werden. Eine solche liege aber nicht vor. Die Freunde, die mit dem Sturze Wasserfmanns die nationalliberale Partei der Parteipolitik gefügig machen wollten, hätten sich zu früh gesreut!

Wasserfmann hat also vorläufig noch keine Neigung, sich durch die Vertreter des großindustriell-agrarischen Flügels seiner Partei kassieren zu lassen.

Ein Gemeindegeld aus dem Reiche Zällichau-Krossen.

Mehr als eigenartige Zustände scheinen in der Gemeinde Kentschen bei Zällichau zu bestehen, wie anlässlich einer Beleidigungsklage vor dem Schöffengericht zu Zällichau bekundet wurde. Der Häusler Paech war angeklagt, die Gemeindevorsteher von Kentschen Spitzbuben und Zigeuner genannt zu haben, was er auch nicht bestritt. Veranlaßt wurde der betreffende hierzu durch Maßnahmen der Gemeindevorsteher (die sich fast ausschließlich aus Großbauern zusammensetzt). Es bestand nämlich in der Gemeinde eine private Schweineversicherung gegen Krankheiten, der sich der größte Teil der Gemeindeglieder angeschlossen hatte. In den letzten Jahren waren die Mitglieder von der Entrichtung der Beiträge entbunden, da die betreffende Versicherungsanstalt über einen ansehnlichen Bestand verfügte. Nun hatte im letzten Jahre die evangelische Kirchengemeinde circa 4000 M. zu den Kirchenbaulasten beizutragen. Was tat nun die Gemeindevorsteher von Kentschen? Sie nahmen einfach zu diesem Zwecke 600 M. aus der — privaten Trichinenkasse. Dadurch schmolz natürlich der Bestand beträchtlich zusammen, so daß im September vorigen Jahres der Nachtwächter von Kentschen bei den Mitgliedern der Kasse herumgehen mußte, um neuerdings Beiträge von denselben einzuziehen, bei welcher Gelegenheit der Beklagte seine inkriminierenden Äußerungen tat. In der Urteilsbegründung — Paech wurde wegen formaler Beleidigung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt — wird denn auch erklärt, daß die Verwendung der 600 M. für diesen Zweck „ungehörig“ sei, zumal auf diese Weise auch katholische Gemeindeglieder zu den Lasten für die evangelische Kirche herangezogen worden seien.

In der Tat ist dieses Verfahren mit fremden Privatgeldern mindestens „ungehörig“, und es ist das Verdienst der Anklage, in dieses heilige Gemeindegeld hineingelegt zu haben. Nun scheint dieses Vorkommnis nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Leben dieser Gemeinde zu sein, denn der Angeklagte kramte noch allerhand niedliche Vorgänge aus seiner Gemeinde aus. So z. B.: Das Gehalt für den Lehrer wird zum Teil durch Umlage viermal im Jahre zu den Quartalen zu erheben. Es soll nun der vierteljährliche Beitrag nicht viermal, sondern fünfmal in einem Jahre erhoben worden sein. Der fünfte Beitrag ist aber nicht für das Gehalt des Lehrers, sondern für die Räumung von Gräbern verausgabt worden. Nun sollen aber von dem zuviel erhobenen Gelde nicht etwa sämtliche Gräber der Gemeinde geräumt worden sein, sondern nur diejenigen in dem Gebiete der größeren Besitzer, die in der Gemeindevorsteherung die überwiegende Majorität haben. Diejenigen Gräber aber, die sich in dem Gebiet der kleineren Besitzer befinden, sollen nicht geräumt worden sein. Derartige Zwielichtigkeiten von Beiträgen, beziehungsweise Umlagen soll wiederholt vorgekommen sein. Ferner behauptete der Beklagte, daß die größeren Besitzer der Gemeinde in der Einkommensteuer und in ihren sonstigen Steuern viel zu niedrig eingeschätzt seien, so daß die kleineren Besitzer fast ebensolche Steuern bezahlen müßten wie die größeren Bauern. Ebenfalls seien Unregelmäßigkeiten bei der Erhebung des Pfarrgehalts und des Wächtergehalts häufig vorgekommen. Dieses alles liefen alle darauf hinaus, daß von sämtlichen Gemeindegliedern zu viel Beiträge erhoben würden, und daß die überschüssenden Beiträge dann lediglich zugunsten der großen Besitzer verwendet würden.

Es sind recht erbauliche Dinge, die da vor Gericht zur Sprache gelangten. Vielleicht werden die maßgebenden Behörden hierdurch veranlaßt, diese eigenartige Gemeindevorsteherung unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere dürfte sich dem Landrate des Kreises Gelegenheit bieten, die mehr als eigenartige Geschäftsführung auf ihre Uebereinstimmung mit den Forderungen der Landgemeindevorsteherung zu prüfen. Man sieht hier wieder einmal, wie es in den Gemeinden zugeht, die nicht unter der Kontrolle von Sozialdemokraten stehen. Wir werden uns der Sache erinnern, wenn wieder einmal der Vorwurf erhoben wird, wir trüben dort, wo wir die Mehrheit haben, Mißwirtschaft!

Neue Kriegsluftschiffe.

Das Kriegsministerium widmet einem neuen Luftschiffbauunternehmen, Kriegsmotorluftschiff, System Jörn, sein ganz besonderes Interesse. Die Militärverwaltung hat das ihr zugegangene Material geprüft und eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt. Neuerdings haben auch verschiedene Konferenzen stattgefunden. Hierbei betonte Oberst Schmiedecke, Chef der Verkehrsabteilung, als amtlicher Vertreter des Ministeriums, das Interesse und die Unterstützung der Militärverwaltung werde besonders weitgehend sein, weil das neue Luftschiffunternehmen seinen Sitz in der Nähe der Grenze habe und dadurch den strategischen Bedürfnissen entgegenkomme.

Die sogenannte bayerische Steuerreform.

Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat dem für die laufende Finanzperiode geforderten Steuerzuschlag von 22 Proz. seine Zustimmung erteilt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, diesen Steuerzuschlag von 22 Proz. so zu verteilen, daß die kleinsten und mittleren Einkommen weniger belastet werden, wurde abgelehnt und als aus steuerrechtlichen Gründen undurchführbar bezeichnet.

Herr Bischof Henle.

Wegen seines Wortes: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“ wird der Regensburger Bischof und Reichsrat v. Henle nun auch von dem Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine in aller Öffentlichkeit heftig angegriffen. Das Blatt schreibt: „Wer mit den Worten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“ fagen wollte, niemand darf in seinem Stande empfortreten, selbst nicht mit erlaubten Mitteln aus niederem Stande einem höheren zustreben, der ist unchristlich durch und durch, denn er steht im Gegensatz zu den fundamentalen Lehren des Christentums und zu der christlichen Prognose an allen Jahrhunderten. Ein anderer Satz

des Herrn Bischofs ist uns noch verständlicher geblieben, denn er sagte: „Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt.“ Wenn mit dem Satz, so wie er dasteht, behauptet wird, das Christentum habe sich jahrhundertlang nicht sozial beschäftigt, so müssen wir dem mit allen christlichen Sozialpolitikern, insbesondere mit dem großen Bischof Keiseler, ganz entschieden widersprechen.“

Unseres Erachtens hat der Bischof Henle die heiligen Grundsätze der katholischen Kirche weit richtiger interpretiert als das mit den Lehren der großen katholischen Autoritäten allem Anschein nach ganz unbekanntes Organ der katholischen Arbeitervereine. Jedenfalls kann sich Bischof Henle für seinen Ausspruch, daß der Knecht bleiben soll, auf den größten Kirchenlehrer des Katholizismus, den heiligen Thomas von Aquino, berufen.

Christliche „Liebestätigkeit“.

Charakteristisch für den Wohlthatigkeitsrummel unserer heiligen bürgerlichen Gesellschaft ist das Eingeladene eines Ungenommenen in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 20. Juli. Es lautet:

Vergangenen Freitag kam ich von Hamburg zurück mit dem Schnellzuge, der nachts 11 Uhr hier einläuft. Einige Mitreisende — sie hörten, daß ich nach Leipzig fuhr — boten, mich eines jungen Mädchens anzunehmen. Sie sah im Nebencoupé, einen Säugling im Arm. Das Kind war 10 Tage alt; die Mutter natürlich noch sehr angegriffen. Sie war am selben Tage erst aus dem Eppendorfer Entbindungshaus entlassen. Der Anschlag nach Chemnitz — ihrem Heimsitz — war nicht mehr zu erreichen; somit wollte das arme Mädchen die Nacht auf dem Bahnhof verbringen und früh weiterfahren. Man denke sich eine solche Nacht; das arme Weib obdachlos in einer fremden Stadt, das kleine Kind auf den Armen, und selbst todmüde. Ich wurde von meiner Frau am Bahnhof abgeholt, und wir nahmen uns des Mädchens nun zusammen an. Auf meine Frage, wo das Mädchen mit dem Kinde die Nacht über bleiben könnte, nannte mir der diensttuende Schutzmann das Marthahaus, wohin wir uns unverzüglich begaben. Die Schließerin öffnet, ich trage mein Anliegen vor, die Oberin wird benachrichtigt und — weist uns ab mit der Begründung, daß sie Mutter und Kind nicht aufnehmen könne, da das Kind nachts Störungen verursache.

So stand ich denn ratlos vor dem Hause, das — wie man mir sagte — sich die Aufgabe gestellt hat, fremde Mädchen aufzunehmen und zu schützen. Selbst wenn es nicht zur Aufgabe des Marthahauses gehört, jungen Müttern Obdach zu gewähren, wäre es nicht ein Gebot der Nächstenliebe gewesen, dieses hilflose Mädchen mit dem Kinde aufzunehmen für diese eine Nacht?

Ich führte das Mädchen nun in ein Hotel. Der Wirt nahm sie auf und hatte keine Bedenken, daß das zehn Tage alte Kind die Ruhe seiner übrigen Gäste stören würde.

Das Marthahaus in Leipzig untersteht dem Leipziger Frauenverein, dessen Vorsitzender der Pastor Hanisch ist. In dem Marthahaus geht es natürlich sehr fromm zu. An allen Wänden hängt das Bild des „Heilands“, der ja nach der christlichen Ethik auch nicht wußte, wo er sein Haupt hinlegen sollte und in dessen Namen jetzt der Leipziger Frauenverein seinen Wohlthatigkeits-Sport betreibt.

Völlig überflüssig.

Wilhelm II. hat den General der Kavallerie v. Pfuel demnachträgt, sich mit vier anderen Offizieren nach Chile zu begeben, um die deutsche Regierung bei der dort im September stattfindenden Hundertjahrfeier der chilenischen Unabhängigkeit zu vertreten. — Wilhelm II. bezahlt die Kosten, die durch diese seine Anordnung entstehen, natürlich nicht selbst, vielmehr müssen sie aus Steuern mitgedeckt werden. Die Kosten für diese Deputation werden mit Rücksicht auf die weite Entfernung recht beträchtliche sein. Eine Notwendigkeit dafür, daß deutsche Offiziere zu solchen Repräsentationszwecken nach Chile reisen, ist nicht einzusehen. Das Deutsche Reich hat bei der chilenischen Republik seine unabhängige Vertretung, die die Vertretung des Deutschen Reiches auch bei diesem Anlaß übernehmen könnte, in Wirklichkeit sogar dazu berufen ist. Wohin soll es führen, wenn bei allen möglichen Anlässen deutsche Offiziere in der ganzen Welt herumgeschickt werden. In der Budgetkommission ist man bestrebt, am Militäretat zu streichen, eine einfache Anordnung der Kaiser's wirkt aber dann diese ganze Sparjamkeit der bürgerlichen Parteien mit einem Schlag wieder über den Haufen.

Zimmer wieder der Schuhmannsfall. Unter dieser Spitzmarke hatte die „Niederrh. Arbeiter-Zeitung“ über eine Gerichtsverhandlung berichtet, in der sich zwei Arbeiter, die auf offener Straße von einem „Schuhmann“ mit blankem Säbel verhaften waren, wegen „gemeinsamen Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ zu verantworten hatten. Was es mit diesem „gemeinsamen Widerstande“ auf sich gehabt hat, ist wohl daran zu ersehen, daß einer mit 15 M., der andere mit 30 M. Geldstrafe belegt wurde. Während ein Zivilzeuge unter Eid bezeugte, daß der Polizist auch nicht die geringste Veranlassung zu seiner Sauererei gehabt habe, will der Polizist „bedroht“ gewesen sein, so daß er sich in einer Zwangslage befunden habe. Er habe deshalb von der Waffe Gebrauch machen müssen.

Die Art und Weise nun, wie die „Niederrh. Arbeiter-Zeitung“ über diese Gerichtsverhandlung berichtet hatte, soll die Absicht der Polizeibehörde haben erkennen lassen. Genosse Schach, der Verantwortliche unseres Duisburger Parteiorgans, wurde deshalb mit 150 M. Geldstrafe bestraft. Der Antrag auf Lösung eines weiteren Zeugen wurde abgelehnt und auch der Satz des § 193 verweigert. Alles von Rechts wegen.

Militärische Pädagogik.

Wegen Mißhandlung Untergebenen in 68 Fällen hatte sich der Sergeant der Reserve Terpitz vor dem Kriegsgericht der Königl. Landwehr-Inspektion in Berlin zu verantworten. Er, der früher bei der Kavallerie stand, ist heute in Berlin Polizeibeamter. Die Anklage legte ihm zur Last, im Jahre 1908 seine Untergebenen in 68 Fällen bei Ausübung des Dienstes mißhandelt zu haben. Eine besondere Vorliebe hatte der Angeklagte dafür, die Untergebenen mit dem Springseil auf den Rücken und ins Gesicht zu schlagen. Bei den Turnübungen verfehlte er den Mannschaften in zahlreichen Fällen derartige Schläge. Die Anklage enthielt die Namen von nicht weniger als 25 Mannen, die mit dem Springseil Bekanntschaft gemacht haben. Es wurden bei allen Mannschaften Mindestfälle angenommen, und die Anklage enthielt im ganzen sechs Fälle. Hierzu kamen noch zwei Fälle, in denen der Angeklagte Untergebenen Ohrfeigen gab. Schließlich wurde ihm noch eine Mißhandlung, bei der er einen Untergebenen mit einer Gerte schlug, zur Last gelegt.

Es war in vollem Umfang geständig. Das Gericht kam zu der Ueberezeugung, daß der Angeklagte nicht wie ein Soldatenführer vorgegangen sei, sondern daß er nur erzieherisch eingewirkt habe. Die Fälle der Mißhandlungen mit dem Springseil wurden jedoch als vorchriftswidrige Handlungen angesehen und auf eine Gefängnisstrafe von im ganzen 9 Tagen gelindem Arrest erkannt. Das Gericht muß etwas seltsame Vorstellungen über Pädagogik haben, wenn es in 68 Körperlichen Mißhandlungen nur erzieherische Einwirkungen sieht.

Oesterreich.

Die ungarische Wahlreform.

Budapest, 21. Juli. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary hielt am Schluß der Abredede eine Rede, in der er über die Wahlreform sagte, er selbst vertrete eine sehr liberale Auffassung und halte eine weitergehende Lösung für das Land nicht für gefährlich. Andererseits müsse man auch seiner ewaltwärtigen gesamtlichen

Auffassung Rechnung tragen, welche üble Folgen von einer zu ausgedehnten Wahlreform befürchte. Man müsse jetzt einen größeren Schritt machen, da man verärgert habe, von Stufe zu Stufe fortzuschreiten. Er hoffe, daß die Lösung der Wahlreform durch Ausgleichung der einander entgegenstehenden Ansichten erfolgen werde. Zu den Beschwerden über Wahlmissbräuche bemerkte der Ministerpräsident, die geschlagene Partei sollte Einsicht halten und zugeben, daß die öffentliche Meinung sich von ihr abgewendet habe, so wie er selbst Bescheiden eingestehen, daß der Sieg der Regierungspartei nicht so sehr der Begeisterung für sein Programm zu danken, sondern auf die große Unzufriedenheit und Enttäuschung zurückzuführen sei, die das Koalitionsregime erweckt habe.

Italien.

Der Konflikt in der Romagna.

Rom, 21. Juli. (Eig. Ber.) Infolge der fortgesetzten Unruhen, die in der Romagna herrschen, ist eine ungeheure Menge Militär aufgebunden worden, aber trotz alledem klagen sowohl Grundbesitzer als Tagelöhner, daß ihre Rechte nicht gewahrt würden. Halbparterner und Tagelöhner gemeinsam haben vor Jahren die ersten Schritte auf dem Wege der gewerkschaftlichen Organisation getan, aber als die Halbparterner ihre Lage durch verbesserte Pachtverträge gebessert hatten, gingen sie an, sich gegen die Tagelöhner zu kehren. Da sich die Pächter eben als Kleinbürger fühlen, lehnen sie jede Gemeinschaft mit den Proletariern ab. Die Organisation der Tagelöhner ist vorzüglich, aber sie leiden viel unter periodischer Arbeitslosigkeit. Um diese zu überwinden, wollen sie das Monopol der Dreifarbenarbeiten erkämpfen, weshalb auch ihre Gewerkschaften Dreifarbmächinen in ihren Besitz gebracht haben. Nun haben aber auch die Pächter und die mit ihnen im Einverständnis stehenden Grundbesitzer Dreifarbmächinen erworben und wollen den „roten Maschinen“ (so werden die von den Sozialisten bedienten Maschinen genannt) den Eintritt in ihre Zentren verweigern. Nun gibt es in der Provinz Romagna — und dadurch wird die Lage noch viel komplizierter — noch eine dritte Art Landarbeiter, die sogenannten Terzari, d. h. gewöhnliche Tagelöhner, die aber in Naturalien, und zwar in einem Drittel des Produktes der von ihnen bestellten Felder, ausgelöhnt werden. Diese sind gemeinsam mit den Tagelöhnern organisiert, sind Sozialisten, die auch die Rechte der Tagelöhner verfechten und die roten Maschinen der Tagelöhner ohne Schwierigkeiten auf ihre Zentren lassen. Der Halbparterner ist wohl vom Rechtsstandpunkte aus dem Eigentümer gleich zu rechnen, der Terzario jedoch nicht. Die rote Maschine kann mit Erlaubnis des Halbparterners (einige wenige halten es mit den Tagelöhnern) auf dessen Gut arbeiten, ohne daß der Eigentümer dagegen etwas zu sagen hätte, ausgenommen natürlich, daß sein Pachtvertrag ihn dazu berechtigt. Um aber zu verhindern, daß sie auf die von Terzari bedienten Zentren eingebracht werde, müßten die Grundbesitzer einen Vertreter an Ort und Stelle haben. Das verstehen aber die Terzari schäuflich zu verhalten. So ist also den roten Maschinen der Eintritt in viele Zentren gestattet, und die sozialistischen Tagelöhner bedienen sie zu tarifmäßigen Preisen. Die den Halbparternern und Gutbesitzern gehörigen Maschinen haben dagegen mit dem Mangel an geeignetem Personal zu ihrer Bedienung und mit der Schwierigkeit zu kämpfen, die ihnen bereitet wird, wenn sie in die von Terzari bestellten Güter einbringen wollen. Die Lage ist recht ernst und der Kampf äußert sich erbittert, um so mehr als ein Stück Existenzmöglichkeit der Tagelöhner auf dem Spiele steht und die wirtschaftliche Ueberlegenheit der Grundbesitzer und Halbparterner.

Die Zarenreise des Bürgermeisters und der Stadtrat von Rom.

Rom, 21. Juli. (Eig. Ber.) Die sozialistische Parteifraktion von Rom hat, wie dies vorausgesehen war, durch ihre Stadteroberungen gegen die tallosen Neuberungen, deren sich der Bürgermeister Nathan bediente, als er von seiner Zarenreise berichtete, vor dem römischen Stadtrat protestieren lassen. Gen. Ferrari, der in der Sitzung vom 18. d. M. in der Sache sprach, rief vor allen Dingen den Anwesenden ins Gedächtnis zurück, daß der Bürgermeister gegen die Ermordung Ferraris Einspruch erhoben hatte, und daß er darum logischerweise einer Feieler fernbleiben müßte, auf der einem Ratne gehuldet würde, unter dessen Regierung derartige Ermordungen gang und gäbe wären. Da es sich aber um einen politischen und nicht um einen administrativen Akt handelte, hätten die Sozialisten nicht im Rathause dagegen protestiert. Die heutige Protest-Stellungnahme der sozialistischen Partei sei durch Nathan selbst provoziert worden, der den Sozialisten vorgeworfen hat, daß sie der Höflichkeit ermangelten, die einem zivilisierten Volke zukommt. Den Sozialisten, die sehr gut wissen, was einem zivilisierten Volke zukommt, geht jedoch jedes Verständnis ab für die Beweggründe, die den ersten Bürger einer demokratischen Stadt wie Rom veranlassen können, vor einem Herrscher zu schamwenzeln, der jeden Freiheitsgedanken seines Volkes im Keime erstickt und noch vor kurzer Zeit die Verfassung Finnlands, die er beschworen hatte, verraten hat. Das Schließen von Freundschaften mit Regierungen, die der Achtung nicht wert sind, scheine den Sozialisten eine schlechte Unternehmung der Forderungen der Kulturwelt. Das italienische Volk, das an sich selbst das Elend der Bedrückung erfahren hat, fühlt sich mit den russischen Märtyrern und Kämpfern solidarisch und begleitet nicht den Bürgermeister auf seiner Reise nach Nacconigi, um dem russischen Zaren Beifall zu streuen. Die Rede des Gen. Ferrari schloß mit den Worten: „Noch einmal und immer, hoch die russischen Märtyrer, hoch die russische Revolution!“

Die darauf folgende Erklärung des Bürgermeisters Nang recht lakonisch. Die Ausführungen des Stadterordneten Ferrari zeigen, daß die Kriterien für äußere Politik sehr verschieden sind, und daß die seiner Parteigenossen wesentlich von denen abweichen, die wir die hier kritisierten Worte eingaben. Es liegt nun einmal in der Natur der Koalition, aus der der Stadtrat hervorgegangen ist, daß uns die Wertungsbegründungen einigen, während die Politik uns manchmal trennt.“ Sehr treffend machte hier der Stadterordnete Gen. De La Seta folgenden Zwischenruf: „Immer, Herr Bürgermeister.“ Denn es werden seltene Fälle sein, daß der Bürgermeister und die sozialistischen Stadterordneten in politischen Fragen einer Meinung sind.

England.

Die Bivilliste des englischen Königs.

London, 22. Juli. (Unterhaus.) In der heutigen Sitzung wurde über die Resolution betreffend die königliche Bivilliste verhandelt, welche in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Kommission die königlichen Bezüge auf 470 000 Pfund Sterling für den König und den königlichen Haushalt festsetzt, ferner auf 10 000 Pfund für jeden Sohn, der das 21. Lebensjahr erreicht hat und nicht verheiratet ist, auf 15 000 Pfund im Fall der Verheiratung und auf 8000 Pfund jährliches Einkommen für jede Tochter. Für den Prinzen von Wales ist keine Anpanage ausgeworfen, weil er die Einkünfte der Herzogtümer Cornwall und Lancaster erhält. Schatzkanzler Lloyd George, der die Vorlage einbrachte, erklärte, daß soweit der Souverän und sein Haushalt in Betracht komme, die Resolution gegenüber der früheren Bivilliste eine Verminderung der Belastung bedeute, und wies darauf hin, daß der König selber freiwillig die Einkommenssteuer bezahle habe, während die Ausgaben für die Staatsbesuche vom Staatskassier getragen wurden; jetzt sei es so arrangiert worden, daß die Bivilliste künftig die Kosten der Staatsbesuche zu tragen habe, während die Einkommenssteuer von ihr nicht mehr erhoben werden soll.

Wernes (Arbeiterpartei) sprach sich gegen die Resolution aus, weil die Einkünfte der Herzogtümer von Cornwall und Lancaster Staatsvermögen sein sollten und weil der Betrag der Bivilliste unverhältnismäßig hoch sei.

Ein Antrag Wernes, die königliche Bivilliste von 470 000 Pfund auf 385 000 Pfund herabzusetzen, wurde mit 207 gegen 26 Stimmen verworfen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erhob Keir Hardie den heftigen Widerspruch gegen die Anpanagen für die Kinder des Königs mit Ausnahme des Prinzen von Wales und begründete diesen damit, daß diese großen Summen zu einem mäßigen und luxuriösen Leben verleiteten, ohne daß von den Prinzen eine Gegenleistung verlangt würde.

Lloyd George betonte hierauf nachdrücklich, daß die königliche Familie sich bereitwillig dem öffentlichen Dienst zur Verfügung stelle.

Schließlich wurde die Resolution über die Bivilliste mit 197 gegen 19 Stimmen angenommen.

Das Unterhaus hat die dritte Lesung der Regenschafbill angenommen.

Nicaragua.

Eine Intervention der Vereinigten Staaten?

London, 22. Juli. „Morning Post“ meldet aus Washington: Nach Berichten aus Bluefields hat Präsident Madrid den kommandierenden Offizieren Befehl gegeben, alle Gefangenen, einschließlich der Amerikaner, hinzurichten. Ebenso hat er eine geheime Instruktion zur Hinrichtung Siman Longs erlassen, eines Amerikaners, der gefangen genommen wurde, während er für die Anhänger Estradas als Ingenieur tätig war. Sollten diese Befehle ausgeführt werden, so wird die Regierung in Washington unbedingt intervenieren müssen.

China.

Der russisch-japanische Vertrag.

Seking, 22. Juli. Die vom Wainupu dem russischen Geschäftsträger als Antwort auf den mitgeteilten Text des russisch-japanischen Abkommens überreichte Note hat folgenden Wortlaut: Nach genauer Kenntnisnahme des Vertrags ist das uns anvertraute Ministerium fest überzeugt, daß dieses Abkommen Russland und Japan zu gebührender Achtung der verschiedenen Verträge zwischen China und Japan, China und Russland, Russland und Japan verpflichtet; folglich erscheint dasselbe als eine neue ernste Bestätigung der von Russland und Japan durch den Vertrag von 1905 anerkannten Souveränitätsrechte Chinas in der Mandchurie und des Prinzips der Gleichberechtigung der fremden Mächte und der Unterstützung Chinas bei der Entwicklung seines Handels und seiner Industrie in der Mandchurie, ebenso auch der Durchführung des Prinzips der offenen Tür in der Mandchurie, das der chinesisch-japanische Vertrag von 1905 vorgegeben hat. Geleitet von dem im russisch-japanischen Vertrage aufgestellten Prinzip hält es China für nötig, für sich das dem chinesisch-japanischen Vertrage zugrunde liegende Prinzip zu verwickeln und seine ganze Aufmerksamkeit zu richten auf die Durchführung und Sicherung seiner Wohnstätten in den Grenzen seiner Souveränitätsrechte, auf die Gleichberechtigung aller fremden Staaten und die Entwicklung des Handels und der Industrie in der Mandchurie zum allgemeinen Nutzen. Wir beehren uns zu bitten, das Dargelegte zur Kenntnis der russischen Regierung zu bringen.

Aus der Partei.

Zur Frage der Budgetbewilligung nahm am Mittwochabend die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Braunschweig Stellung. Der Parteisekretär Genosse Antik leitete die badische Disziplinfrage als revisionistischen Vorstoß. Die Revisionisten schienen damit zu rechnen, daß angesichts der glänzenden Aussichten auf die Reichstagswahlen die alten Parteigenossen, um eine Schädigung zu vermeiden, ein Auge zudrücken würden. Diese Revisionisten würden sich aber getäuscht haben. Wenn dieser Disziplinbruch ohne Gegenmaßregel durchginge, so würden wir zu denselben Zuständen kommen, wie sie leider in Italien und Frankreich eingetreten sind. Dort hätten unsere Genossen wohl einige glänzende, staatsmännisch begabte Redner in den Parlamenten, aber die große Masse der Arbeiter wäre dort völlig bedeutungslos und einflusslos. Wenn das vor zehn Jahren jemand gesagt hätte, daß heute in unserer wohlentwickelten, durch die Hingabe unserer Genossen glänzend dastehenden Partei Landtagsabgeordnete es wagen würden, hinter dem Sarge eines sozialistischen Revolutionärs Großherzog herzugehen, so hätte das niemand für möglich gehalten. Heute gingen sogar sozialistische Abgeordnete als Abgesandte der Fraktion zur Gratulationscour zum gnädigen Herrn Großherzog und erhoben sich respektvoll vor den Sigen heimlich auf den Monarchen. Das und andere staatsmännisch weise Taten, wie die Bewilligung indirekter Steuern usw., würde die Partei schließlich auf demselben Hund kommen lassen, auf den die Nationalliberalen und Liberalen jetzt gekommen sind. Er erlaube die Vortragegenossen, energisch dafür einzutreten, daß dem gefährlichen Verhalten der Revisionisten ein Ende gemacht werde, bevor es zu spät. — Genosse Dr. Jaeger erklärte es für verfehlt, jetzt schon zu urteilen. Er sei der Meinung, daß nicht der Parteitag die höchste Instanz ist, auch nicht der Parteivorstand, sondern daß die betreffende Instanz dort ist, wo die Verhältnisse genau bekannt sind, und das ist bei der Masse der badischen Parteigenossen. Man müsse bei dem Veruche, das Kapitel zu retten, auch dahin sehen, daß die Kritik mit dem nötigen Takt bewegt, da man sonst durch scharfes Vorgehen und blinden Eifer mehr Schaden als Nutzen könne. Es sei vielleicht möglich, die Sache schieblich-friedlich zu regeln und man solle die Sache ruhig sein lassen, bis der Landesparteitag in Guben und der Reichsparteitag in Magdeburg geredet haben.

Sämtliche weiteren Redner schlossen sich im wesentlichen den Ausführungen Antricks an.

Die Versammlung erklärte sich gegen wenige Stimmen dafür, daß den Delegierten ein gebundenes Mandat erteilt werden solle in der Form, daß die Delegierten sich verpflichten müssen, für Hochhaltung der Parteitagebeschlüsse und für Verurteilung der badischen Abgeordneten einzutreten.

Badische Organisationen für die Budgetbewilligung.

Die „Rannheimer Volksstimme“ veröffentlicht folgende Verträge: Heidelberg, 20. Juli. Die heute (Mittwoch) abend im „Gewerkschaftshaus“ stattgefundene Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins nahm unter anderem Stellung zum badischen Parteitag. Landtagsabgeordneter Raier besprach die letzten Vorgänge im Landtag. Nach Raier kamen zunächst die Gegner der Budgetbewilligung zum Wort. Als solche traten nur zwei Genossen auf. Einer von ihnen erkannte die schwierige Stellung der Genossen im Landtag an und hält den Nürnberger Beschluß nicht gerade für einen glücklichen. Im Interesse der Partei aber hätten die Abgeordneten sich dem Parteitagebeschlusse fügen sollen. Die nachfolgenden Diskussionsredner, sechs an der Zahl, billigten alle das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion. Teilweise stellten sie sich auf den Standpunkt, daß die Budgetfrage eine Angelegenheit sei, über die nur die Landesorganisationsorgane entscheiden hätten. Schließlich nahm die gutbesuchte Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen nachstehende Resolution an:

Die heutige Generalversammlung des Ortsvereins Heidelberg spricht der Landtagsfraktion für ihre Tätigkeit während der verflochtenen Session Anerkennung und Dank aus. Sie hält die Abstimmung für das Budget angesichts der politischen Situation für notwendig, um eine konservativ-klerikale

Politik in der Zukunft zu verhindern. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Budgetbewilligung keine Verschleierung unseres Endzieles bedeutet, sondern als logische Folge der praktischen Arbeiten in den Landesparlamenten zu betrachten und dementsprechend von Fall zu Fall zu entscheiden ist.

Die Versammlung spricht ferner die Hoffnung aus, daß der deutsche Parteitag in Magdeburg in Erkenntnis der Sachlage die Frage in leidenschaftlicher und objektiver Weise prüft und der Erklärung der 66 aus dem Nürnberger Parteitag Rechnung trägt.

Vortrag, 19. Juli. Der hiesige Sozialdemokratische Kreisverein hielt am Samstagabend seine Mitgliederversammlung ab. Abg. Breitenfeld gab einen instruktiven Vortrag über das neue badische Gemeindegesetz und im Anschluß hieran berührte er die Bewilligung des Staatsbudgets seitens der sozialdemokratischen Fraktion. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner befriedigt aus über die Zustimmung unserer Vertreter zum Gemeindegesetz, das ja immerhin, wenn es unseren Wünschen auch nicht ganz entspricht, doch ein beachtenswerter Fortschritt sei. Daß dem Staatsbudget zugestimmt worden sei, müsse als logische Folge der Situation angesehen werden, in der sich die Fraktion befand in den letzten Tagen des Landtages. Lang, Warquardt, Adl und Schmidt erklärten, daß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für ihre Arbeiten Anerkennung zu zollen sei.

Die Jugendorganisation in Holland.

Die sozialistische Jugendorganisation Hollands „De Jaoler“ („Der Säemann“) hielt am Sonntag zu Leiden ihren 6. Kongreß ab. Es ist mit der Organisation gegenwärtig ziemlich schlecht bestellt, und daß es so ist, ist im wesentlichen als eine Folge der Streitigkeiten innerhalb der holländischen Sozialdemokratie anzusehen. Vor der Spaltung der Sozialdemokratie in zwei Parteien zählte die Jugendorganisation 531 Mitglieder, im Jahre 1909 war die Mitgliederzahl zeitweilig auf 100 gesunken, jetzt ist sie allerdings wieder auf 800 angewachsen, aber der Zustand ist derartig, daß man noch lange nicht von einem Aufschwung in der sozialistischen Jugendbewegung reden kann. Dazu kommt, daß „De Jaoler“ von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geradezu bekämpft wird. Es liegt in dieser Hinsicht ein Beschluß des Parteivorstandes vor, durch den die Ortsabteilungen der Partei angewiesen werden, keinerlei Verbindung mit den Ortsabteilungen des Jugendverbandes „De Jaoler“ zu unterhalten; wo jedoch jenem Verbands nicht angehörende, selbständige Jugendvereine bestehen, einen Vertreter der Ortsabteilung in den Vorstand des Jugendvereins zu delegieren. Diese Anweisung des Parteivorstandes ist offenbar darauf gerichtet, jenen Jugendverband als ein Glied der modernen Arbeiterbewegung unmöglich zu machen. Der Grund ist vor allem der, daß der Verband sich bei der Spaltung innerhalb der Partei nicht entschieden auf die Seite der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stellte, sondern gegenüber der neugegründeten sozialdemokratischen Partei eine gewisse Neutralität zu wahren suchte. Infolge des Beschlusses des Parteivorstandes trennten sich einige Abteilungen von dem Jugendverband und einige andere gingen zugrunde. Ein neuer Jugendverband im unmittelbaren Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist nicht zustande gekommen.

Das Verhältnis des Jugendverbandes zu den beiden sozialdemokratischen Parteien kam auf dem Kongreß zur Sprache. Es zeigte sich hier deutlich, daß man allgemein ein friedliches Zusammenarbeiten anstrebt. Es wurde eine Resolution angenommen, durch die die Vorstände der Ortsabteilungen aufgefordert werden, solche Redner, die innerhalb der Jugendorganisation die eine oder die andere sozialdemokratische Partei angreifen, nicht als Referenten heranzuziehen. Eine zweite Resolution, die ebenfalls angenommen wurde, besagt, daß alles getan werden soll, um eine Verbindung mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei herzustellen. In die Redaktion des Verbandsorgans „De Jonge Garde“ wurde einer der bisherigen Redakteure, Dijnkoop (Sozialdemokratische Partei) wiedergewählt und neugewählt wurde Van Bijl (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) an Stelle der Genossin Roland Holt, von der die Mitteilung vorlag, daß sie, wie sie überhaupt von der aktiven Arbeiterbewegung zurücktrat, auf ihren Posten in der Redaktion des Jugendorgans verzichte. (Ubrigens ist Frau Roland Holt auch aus der Redaktion der marxistischen Wochenbeilage von „Het Volk“ ausgetreten, das nun von dem Genossen Wibaut allein redigiert wird.) Als Verbandsvorsitzender wurde Polak jun. gewählt.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Preßprozeß. Vor dem Schöffengericht zu Offenburg in Baden fand am Donnerstag die Verleumdungs- und Beleidigungssache gegen die Redaktionen zweier Zentrumsblätter („Badischer Beobachter“ und „Offenburger Zeitung“) statt. Es ist ein Nebenprozeß zum berühmten Völschprozeß und betrifft eine Verunglimpfung der Sozialdemokratie durch eine Predigt des katholischen Pfarrers Kopf zu Oßlsbach bei Gengenbach, die er zur Totenfeier am Allerheiligenfest hielt. Es wurde die Vermutung in der Verhandlung zur Wahrscheinlichkeit, daß die Kritik gegen Kopf in der Freiburger Oberredaktion des Zentrumsbundes geschmiedet wurden. Die Redakteure der Zentrumsblätter wurden zu 20 bzw. 10 M. Geldstrafe verurteilt und zu drei Viertel der Kosten. Der Kläger trägt ein Viertel der Kosten (§ 508 der Strafprozeßordnung). Der eine der beklagten Redakteure des „Badischen Beobachters“ mußte freigesprochen werden, da der geistliche Redakteur die Verantwortung übernahm zur angeblichen Wahrung berechtigter Interessen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Krise im Bund für Mutterschutz.

Wie schon gemeldet, war die Klage der ehemaligen Vorsitzenden des Bundes für Mutterschutz, Frau Dr. Helene Stöcker gegen Frau Adele Schreiber und die Verfasser der Broschüre: „Zur Krise im Bund für Mutterschutz“ kostenvollständig abgewiesen worden, mit der Begründung, daß die Broschüre in rein sachlicher Weise Beanstandungen vorbringe, die durch reichliches Beweismaterial gestützt seien. Die Beweiserhebung, die Frau Dr. Stöcker durch Justizrat Sello gegen diesen Beschluß einlegen ließ, ist, wie aus einem dem Vertreter der Beklagten Rechtsanwalt Grunspach heute zugestellten Beschluß hervorgeht, von der neunten Strafkammer des Landgerichts Berlin I gleichfalls auf Kosten des Fr. Dr. Stöcker abgewiesen worden. Der Beschluß des Landgerichts schließt sich in seinen Ausführungen dem Beschluß der ersten Instanz an und weist die Einwendungen der Beschwerdeschrift als belanglos zurück. Eine Stelle der Urteilsbegründung, die sich mit der Presse befaßt, ist von besonderem Interesse. Sie lautet:

„Auch daraus, daß nach Behauptung der Privatklägerin der Inhalt der Broschüre von den Beschuldigten einzelnen Organen der Presse mitgeteilt ist, folgt keineswegs die Absicht einer Beleidigung, denn es ist gerichtsbekannt, daß mit der ganzen Angelegenheit sich die Presse beschäftigt hatte.“

Wenn demnach die Vertreter der Presse durch die Beschuldigten über den nach ihrer Ansicht wahren Sachverhalt aufgeklärt wurden, damit Unrichtigkeiten nicht in die Welt gesetzt würden, so handelten die Beschuldigten auch hier in Wahrnehmung berechtigter Interessen und § 193 des Strafgesetzbuches steht ihnen auch insoweit schützend zur Seite.“

Die Gerichte sind nicht immer so leicht geneigt, beim Gebrauch der Presse den Schutz des § 193 zuzugestehen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilschmied — Nieder-Schönhausen-West. Am Montag, den 25. Juli, veranstaltet die hiesige Frauenabteilung einen Ausflug mit Kindern nach Tegel. Treffpunkt vormitags 7 1/2 Uhr bei Reind, Kopenhagener Str. 71. Abfahrt 8 Uhr 30 Minuten vom Bahnhof Reinkendorf-Dorf. Treffpunkt für Radfahrer in Tegel im Restaurant Altpfenstem am See. Zahlreiche Beteiligung erwarten wir. Die Bezirksleitung.

Gewerkschaftliches.

Die fortschrittliche Krähe in sozialistischen Federn.

Ueber die Beendigung der Hagener Aussperrung liest man in der bürgerlichen Presse, daß sich die Fortschrittspartei um den Frieden sehr verdient gemacht habe. Zweimal habe die Fortschrittspartei im Hagener Stadtparlament den Anlaß zu Verhandlungen gegeben. Das erstemal seien die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, das anderemal sei aber der Friede zustande gekommen. Diese Darstellung ist durchaus falsch. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten waren es, welche die Einführung von Koststandsarbeiten für die nichtorganisierten Arbeiter verlangten. Und daraufhin nahm die Fortschrittspartei die Gelegenheit wahr und stellte Anträge, Einigungsverhandlungen anzubahnen. Auch der Haus- und Grundbesitzerverein und eine Kommission, die in einer Versammlung in Schwelm gewählt war, stellte Anträge auf Einigungsverhandlungen an die Räte der in Frage kommenden Kreise und an den Herrn Dr. Müller in Schwelm. Also kann die Fortschrittspartei sich nicht allzuviel auf ihre Mitwirkung beim Friedensschluß einbilden. Man will durch Austreibung derartiger Mitteilungen wohl die Ausführungen des Reichstaatsabgeordneten und Oberbürgermeisters Cuno (Mitglied der Fortschrittspartei) abschwächen, der beim ersten Vorstoß der Sozialdemokraten im Stadtparlament als Anwalt der Unternehmer auftrat. Bemerkenswert ist noch, daß ein großer Teil der dortigen Unternehmer, die ausgesperrt hatten, der Fortschrittspartei angehören, unter anderem auch der Vorsitzende dieser Partei: Herr Buschhaus. Daß die Angelegenheit im Stadtparlament ins Rollen gebracht wurde, kann man nur der Sozialdemokratie verdanken.

Berlin und Umgegend.

Die Große Berliner Straßenbahn und ihre Angelegenheiten.

In einer am Donnerstag vom Transportarbeiterverband einberufenen öffentlichen Straßenbahnerversammlung erörterte der Referent Ortmann das Verhältnis der Großen Berliner Straßenbahndirektion zu den Angestellten. Es war ein langes Sündenregister der Direktion, welches er vor dem zahlreich erschienenen Straßenbahnerpersonal entrollte. Er zeigte, wie die Direktion seit dem großen Streik im Jahre 1900 planmäßig gegen die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten vorgegangen ist und deren Arbeitsverhältnisse lediglich vom Standpunkt des Geschäftsinteresses der Gesellschaft betrachtet und gestaltet hat. In bezug auf die Vorgänge in letzter Zeit erinnerte der Referent daran, daß anlässlich der Zulage von 5 M. monatlich, welche dem Personal im Herbst vorigen Jahres gewährt wurde, ein großes Jubelgeschrei angestimmt wurde, obgleich diese Zulage, die in gar keinem Verhältnis zu dem Geschäftsgewinn der Gesellschaft steht, durch vermehrte Anspannung der Arbeitskräfte des Personals überaus aufgewogen wird. Ist doch die tägliche Lohnzahl der Angestellten durch Einführung der kürzeren Fahrzeiten vermehrt worden, und durch die Anwendung der Stromzeitähler werden die Fahrer veranlaßt, durch Ersparung von elektrischem Strom der Gesellschaft einen erheblichen Gewinn zuzuwenden. Bei der letzten, vor einigen Wochen abgehaltenen Konferenz der Vertrauensmänner der Angestellten forderten diese eine Verfüzung des Hilfsdienstes der Schaffner und Verlängerung der Haltezeit an den Endpunkten der Straßenbahnlinien. Die Direktion hat diese bescheidenen Forderungen rundweg abgelehnt. Den Angestellten wurde gesagt, die Haltezeit sei nicht dazu da, daß sie sich ausdrücken, sondern sie sollten in dieser Zeit die Wagen für die nächste Tour rangieren und dazu sei die Zeit ausreichend. Im Anschluß an diese Darlegungen warf der Referent die Frage auf, was zu tun sei, um die berechtigten Wünsche und Forderungen der Angestellten durchzuführen. Die Antwort auf diese Frage ging dahin: Solange die Mehrheit des Personals sich der Direktion in jeder Hinsicht gefügig zeigt, solange sie dem direktionsfreundlichen Verein anhängen, ist an eine nennenswerte Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht zu denken. Hat doch dieser Verein in den zehn Jahren seines Bestehens nicht vermocht, den berechtigten Forderungen des Personals Anerkennung zu verschaffen. Nur die gewerkschaftliche Organisation, welche ihren Forderungen Nachdruck verleihen kann und sich nicht lediglich auf das zweifelhafte Wohlwollen der Direktion verläßt, kann die Interessen der Angestellten mit Erfolg wahrnehmen.

Dieser Gedanke wurde auch von den zahlreichen Diskussionsrednern mit aller Entschiedenheit vertreten. Zwar versuchte ein Mitglied des direktionsfreundlichen Vereins die Meinung zu erwecken, als ob dieser Verein die Interessen der Angestellten vertrete, aber seine Ausführungen fanden keinen Glauben. Bismarck wurde ihm durch die nachfolgenden Redner bewiesen, daß dieser Verein alles andere, nur keine Interessensvertretung der Angestellten ist.

Achtung! Täschner, Portefeuliers! In der Taschensabrik von Wolmar u. Kohde, Prinzenstraße 28, sind wegen erfolgter Abzüge und wegen der Maßregelung unseres Vertrauensmannes Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist für alle Kollegen unbedingt gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Der Streik der Hasenarbeiter in Spandau ist mit vollem Erfolge für die Streikenden beendet worden. Die Firma L. Thomas hat mit dem Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen, der den Arbeitern erhebliche Vorteile bringt. Die Streikenden nahmen am Freitag, den 22. Juli, nachmittags, nach achtstündigem Streik die Arbeit geschlossen wieder auf.

Deutsches Reich.

Der Streik der Kupferhämmer in Magdeburg ist beendet. Durch Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgeber wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von wöchentlich 1,80 M. und eine bessere Regelung der Montagezuschläge erzielt. Der Abschluß eines Tarifvertrages konnte nicht erzielt werden.

Zur Ungefehrlichkeit gezwungen

Sollen die Arbeiter auf dem Pfah- und Walzwerk A.-G. in Düsseldorf-Reicholz werden. Dort sind in der mechanischen Abteilung Differenzen ausgebrochen, welche eine ganz eigenartige Ursache haben. Es handelt sich um ein Werk, für welches die Bundesratsverordnung zum Schutze der Arbeiter der Großindustrie Anwendung findet. Die Arbeiter müssen deshalb während der zwölfstündigen Wechselschicht drei Pausen im Gesamtbeitrage von zwei Stunden haben. Die Firma verlangt nun von den Arbeitern, daß sie die Pausen durcharbeiten sollen, ohne dieselben anzuschreiben, d. h. der erzielte Mehrertrag soll auf die regulären Stunden umgerechnet werden, um die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen. Die Arbeiter weigern sich selbstverständlich, dieser sonderbaren Zumutung zu entsprechen, und sollen nun dazu gezwungen werden. Einem Arbeiter hat man bereits gekündigt und weitere Kündigungen in Aussicht gestellt. Die Firma mahregelt also Arbeiter, die sich weigern, ungesetzliche Dinge zu begehen. Da auch die Akkordpreise außerordentlich gedrückt worden sind, so daß neu anfangende Arbeiter nichts verdienen können und meistens nach wenigen Tagen wieder aufhören, ist von den beteiligten Organisationen beschloffen worden, den Betrieb vorläufig zu sperren. Zugang von Drechern, Hoblern, Schlossern usw. ist deshalb ferngehalten.

Die Porzellanarbeiter in Schönwald in Oberfranken stehen in einer ersten Lohnbewegung.

Zum Kampf in der Bleistiftindustrie Nürnbergs.

Wir haben bereits berichtet, daß am 8. Juli sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Johann Faber die Arbeit eingestellt haben und daß daraufhin weitere drei Firmen die Aussperrung androhten. Diese ist inzwischen zur Tatsache geworden und sind bei den Firmen Schwanhäuser, Städler und Froschels sämtliche organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Die wenigen Nichtorganisierten schlossen sich den Verbandsmitgliedern an, so daß diese Fabriken vollständig leer sind. Die Fabrikmacher — ein gesonderter Betrieb der Firma Faber — arbeiteten auf Anweisung des Fabrikarbeiterverbandes zunächst weiter, haben nunmehr aber ebenfalls die Arbeit eingestellt. Insgesamt beträgt die Zahl der Streikenden nunmehr rund 1000 und die der Aussperrten etwa 800. Von diesen 1800 sind ungefähr 1200 Arbeiterinnen. In den Fabriken sind nur die Vorarbeiter mit dem Instandhalten und Reinigen der Maschinen beschäftigt. Die Firma Faber hat dem größten Teil der Vorarbeiter einen vierzehntägigen Urlaub erteilt, jedoch haben sie ihren genauen Aufenthaltsort angeben müssen, um gegebenenfalls telegraphisch zurückgerufen werden zu können.

Ein Vertreter des Magistrats der Stadt Nürnberg versuchte, Verhandlungen in die Wege zu leiten; diese scheiterten aber daran, daß die Fabrikanten erklärten, die seitens des Holzarbeiterverbandes geforderten Einstellungslöhne nicht zahlen zu können. Diese betragen bekanntlich für Arbeiter über 18 Jahre 20 M., über 16 Jahre 15 und unter 16 Jahren 12 M. pro Woche und für Arbeiterinnen über 18 Jahre 13 M., über 16 Jahre 10 und unter 16 Jahren 8 M. pro Woche; Lohnsätze, die doch wahrhaftig nicht zum Existieren reichen. Wenn die Fabrikanten sagen, sie können diese Löhne nicht zahlen, so sei darauf verwiesen, daß die Firma Faber, die vor einer Reihe von Jahren in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, in den letzten vier Jahren neben horrenden Abschreibungen, glänzenden Direktorengelältern und Zantienen 15 Proz. Dividende verteilt. Schwanhäuser sen. hat seinen beiden Söhnen ein Vermögen von 14 Millionen Mark hinterlassen, das durch die Bleistiftfabrikation zusammengewirtschaftet wurde. Die Firma Froschels wird 8 Millionen schwer geschädigt, während der Grundbesitz der Firma Städler „nur einige“ Millionen wert sein soll. Die Bleistiftindustrie nähert also ihren Mann, d. h. den Fabrikanten, der aber die von den Arbeitern verlangten Einstellungslöhne nicht zahlen kann, um das Anhäufen weiterer Millionen zu beschleunigen. Dabei spielt sich der Inhaber der Firma Schwanhäuser, ein Dr. phil., sogar als Sozialpolitiker auf, der in der Theorie alle möglichen Probleme löst, auch Mitglied der „Gesellschaft für soziale Reform“ ist. Hier aber, wo seine sozialpolitische Schwärmerie, in die Praxis umgesetzt, den Unternehmergewinn um ein geringes schmälern würde, sind seine ganzen sozialpolitischen Grundsätze wie weggeblasen.

Die Wirkungen des Kampfes machen sich schon jetzt bemerkbar. In den Fabriken Breitenfelder, Bubel, Krämer und Kurz, die die Forderungen des Holzarbeiterverbandes anerkannt und die rund 600 Arbeiter beschäftigen, wird mit Hochdruck gearbeitet. In den letzten Tagen wurden eine ganze Anzahl Streikender eingestellt. Es scheint, als wenn diese Firmen erfolgreich bestrebt sind, die Kundschafft der bestreikten Firmen an sich zu ziehen. Den Arbeitern kann dieses recht sein, denn ob sie bei der einen oder anderen Firma beschäftigt werden, ist ihnen einerlei. Eine weitere Folge des Kampfes ist, daß die Firma A. W. Faber in Stein bei Nürnberg in den letzten Tagen in allen Sparten erhebliche Lohnaufbesserungen durchführte. Hoffentlich vergessen die dort beschäftigten Arbeiter nicht, daß sie dieses nur dem Eingreifen der Organisation zu verdanken haben, und schließen sich dieser ohne Ausnahme an.

Ein erfreuliche Folgeerscheinung der Bewegung ist aber, daß der Holzarbeiterverband in Nürnberg wieder 200 neue weibliche Mitglieder gewonnen hat und jetzt deren über 2000 zählt. Der Kampf wird von den beteiligten Arbeitern mit aller Ruhe und Entschiedenheit geführt. Besonders die Arbeiterinnen suchen ihre männlichen Kollegen durch ihren Ernst und Eifer in allen zu verdrängenden Arbeiten, sowohl in der Leitung wie im Aushendienst zu übertrumpfen. Von früh bis spät in die Nacht versehen sie ihren Dienst sowohl als Streikposten wie als Kontrollleure, und wehe dem Kollegen, der nachlässig seiner Pflicht nachkommt, er darf seiner Strapazierbarkeit sicher sein, die in dem Falle, weil sie von einer Kollegin gehalten wird, doppelt nachschallig wirkt.

Die Sade der Arbeiter steht gut; bei solch tapferer Schar muß der Sieg auf Seiten der Arbeiter sein.

Ein Tarifvertrag im Bäckergewerbe.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde zwischen dem Deutschen Bäckerverband (Ortsverwaltung Solingen) und der freien Bäckerei selbst ein Tarifvertrag abgeschlossen. Das Brot- und Logiswesen bei den Bäckern wurde abgeschlossen. Der Minimallohn beträgt 25 M. Für gefehlliche Wochenfeiertage, an denen nicht gearbeitet wird, darf kein Lohnabzug stattfinden. Bisher bestandene Vergünstigungen dürfen nicht gekürzt werden. Die Arbeitszeit ist eine zwölfstündige, einschließlich der notwendigen Essenspausen. Ueberstunden werden mit 50 Proz. pro Stunde vergütet. Durchaus notwendige Arbeiten an Sonn- und Festtagen werden mit dem Ueberstundenlohn bezahlt. Von dem von den vertragsschließenden Parteien zu errichtenden Arbeitsnachweis sind die Gehilfen ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche oder politische Zugehörigkeit der Reihenfolge nach in Arbeit zu schicken. Der Tarif gilt bis zum 1. Mai 1912. Erfolgt zwei Monate vor Ablauf desselben keine Kündigung, so besteht derselbe ein Jahr weiter. Aus dem Vertrag entsetzende Streitigkeiten sind dem Tarifamt zu unterbreiten. Beide Parteien verpflichten sich, dafür einzutreten, daß diese Vereinbarungen zur Durchführung gelangen. Der Tarif tritt sofort in Kraft und wird auch in jedem Betrieb an sichhabender Stelle ausgehängt. — Auch bei diesem Tarifabschluß versuchte die Streikbrecherorganisation der Gelben das Zustandekommen eines Tarifs zu verhindern. Schon vor der Tarifkündigung wurde der Innung von den Gelben eine schwarze Liste eingereicht, auf der diejenigen Bäckermeister verzeichnet waren, bei denen Mitglieder des Verbandes beschäftigt waren. Die Liste hatte aber den gegenteiligen Erfolg als den, welchen sich die Gelben davon versprochen. Außerdem hatten die Gelben einen besonderen Tarif eingereicht, in dem noch weniger Lohn verlangt wurde, als bisher schon bezahlt wurde! Ferner erklärten sie sich bereit, im Falle es zu einem Kampf kommen sollte, Streikbrecherdienste zu verrichten und für die genügende Anzahl Streikbrecher sorgen zu wollen. Alle ihre Liebesmühe und Verdräckerdienste waren aber umsonst. Die Solinger Bäckermeister in ihrer Mehrzahl waren vernünftig genug, lieber mit ihren eingearbeiteten Gehilfen einen Tarifvertrag zu schließen, als zweifelhafte Elemente ins Haus zu bekommen und sich boglotisieren zu lassen.

Ausland.

Von der Tribüne auf die Bühne!

Das „Journal“ schreibt, der bekannte Streikführer Pataud habe mit einem Impresario, der in Frankreich, Belgien und der Schweiz das Stück „La Baricade“ von Bourget aufführen wolle, einen Vertrag abgeschlossen, der ihn verpflichtet, vor jeder Vorstellung einen Vortrag über Syndikalismus und Ausstandsbeziehung zu halten.

Ministerkonferenz über den drohenden Eisenbahnerausstand.

Paris, 22. Juli. Der Kabinettschef Briand empfing gestern nachmittags den Justizminister Barthou, den Polizeipräsidenten Lépine und den Arbeitsminister Viviani. Nach dieser Konferenz hatte er eine Unterredung mit dem Ingenieur der Nordbahnen Sastiaux, dem Direktor der Eisenbahngesellschaft Paris-Lyon-Mittelmeer, Paris, sowie später mit dem Interimsminister Doumergue, welcher augenblicklich als interimistischer Minister für öffentliche Bauten fungiert. Alle diese Unterredungen betrafen den drohenden Eisenbahnerausstand. „Matin“ berichtet, daß auf Grund dieser Besprechungen der Kabinettschef Briand alle Maßregeln getroffen habe, bezüglich der Eventualität eines

allgemeinen Eisenbahnerausstandes. Die Konferenzen erstreckten sich namentlich auf den Punkt der Behebung eines plötzlich eintretenden Verkehrsstillstandes. Bekanntlich wurde von den Eisenbahnern ein allgemeines Aufhören mitten in der Arbeit auf freier Strecke zur ganz bestimmten Zeit beschlossen.

Paris, 22. Juli. Die Angeestellten der „Metro“, der Pariser Untergrundbahn, haben sich den Reichen der Unzureichenden angeschlossen; sie agitieren gleichfalls für den Generalstreik und werden bei dessen Eröffnung 12 000 Mann stark die Arbeit niederlegen.

In einer von der S. L. G. einberufenen Massenversammlung wurde der 14. August als der geeignetste Tag für die Eröffnung des Generalstreiks bezeichnet. Beim Verlassen der Versammlung durchzogen deren Teilnehmer, die Internationale singend, die Straßen. Die Führer der Bewegung sind noch ungewiß, ob sie die Verantwortung des großen Verkehrsstillstandes auf sich nehmen könnten. Denn sobald die Regierung, wie ja aus ihren Maßnahmen hervorgeht, die Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs durch Militär durchsetzt, muß es zu blutigen Zusammenstößen und damit zu Kämpfen zwischen französischen Bürgern kommen. Derartige Folgen fürchtet aber ein Teil der Eisenbahner.

Drohender Bergarbeiterstreik in Frankreich.

„Journal“ berichtet aus St. Etienne: In den Beratungen des Verbandskomitees der Grubenarbeiter des Loirebeckens, welche erst gestern Abend nach mehrstündiger Sitzung, die äußerst erregte Debatte gebracht hatte, gegen 12 Uhr endigte, erklärte der Sekretär, daß das Verbandskomitee seitens der verschiedenen Syndikate für seine Absichten und Pläne die volle Zustimmung erhalten habe. Er fügte hinzu: Wir haben alle Maßregeln getroffen, damit der Ausstand der Grubenarbeiter bereits nächsten Montag beginnen kann.

Die Beendigung des englischen Eisenbahnerstreiks

Ist nach Mitteilungen bürgerlicher Depeschbüros auf die Erklärung des Sekretärs William des Generalstabes der Eisenbahngesellschaften zurückzuführen, daß das Syndikat nicht in der Lage sei, die Streikenden weiter zu unterstützen. Sofort bildete sich ein Komitee. Drei Mann, an der Spitze William, begaben sich nach dem Bureau der Eisenbahngesellschaft und nahmen namens der Streikenden die von der Direktion der Gesellschaft gestellten Bedingungen an.

Notwehr gegen die gelbe Gefahr.

Barcelona, 22. Juli. Die Fördermannschaft der Kohlenbergwerke droht am 28. Juli in den Ausstand zu treten. Die Arbeiter fordern die Erlaubnis, eine eigene Gewerkschaft bilden zu dürfen, ohne wie bisher vor ihrem Eintritt in ein Unternehmen einem unter Leitung der Arbeitgeber stehenden Verbands beitreten zu müssen.

Der Abgeordnete Runoz hat mit Einwilligung der Unternehmer Einigungsversuche eingeleitet. Er hofft, diese noch vor dem Ausbruch des Streikes zum glücklichen Ende führen zu können.

Einigungsversuche im amerikanischen Bahnerstreik.

Der kanadische Arbeitsminister King bemüht sich um die Beilegung des Streikes auf der Grand Trunk Railroad. Er hat mit deren Präsidenten Haynes sowie mit den Arbeitervertretern längere Unterredungen gehabt und beiden vorgeschlagen, die Streitfragen einem Schiedsgerichte vorzulegen. Haynes hat sich zur Anerkennung eines Schiedsgerichtes bereit erklärt, wenn er auch bis zur endgültigen Fassung eine 24stündige Bedenkzeit gefordert hat.

Die Ausständigen sind bereit, sich dem Schiedsgericht eines Kommission zu fügen. Ueber deren Zusammensetzung ist man sich jedoch noch nicht einig. Die Streikenden verlangen, daß das Schiedsgericht aus denselben Männern bestehe, die während der letzten Zeit in 14 großen Bahnstreiks der Union vermittelt haben. Präsident Haynes von der Bahngesellschaft verlangt dagegen, daß das Schiedsgericht ausschließlich aus Kanadiern, die von der Regierung ernannt werden sollen, bestehe. Der Arbeitsminister, der die Einigungsversuche eingeleitet hat, hofft, in kürzester Zeit ein beiden Parteien genehmes Schiedsgericht einsetzen zu können.

Ottawa, 22. Juli. Wie das Neuere Bureau erfährt, ist es zwischen der Canadian Pacific Eisenbahn und ihren Angestellten zu einer vollständigen Einigung gekommen. Die Eisenbahnangestellten haben, wie verlautet, 90 Proz. ihrer Forderungen zugestimmt erhalten.

Soziales.

Der Krawattenakademie-Direktor Steinberg

Beschäftigte dieser Tage wieder einmal das Gewerbegericht. Ein Fräulein B. klagte auf Herauszahlung des Lehrgeldes von 20 Mark. Fräulein B. war auf ein Inserat hin zu Steinberg gegangen, weil sie den im Prospekt gemachten Angaben auf spätere Beschäftigung glaubte. Ihr wurde als Quittung ihr die bezahlten 20 Mark ein zusammengefallener Schein ausgehändigt, den sich das Fräulein erst später ansah. Auf diesem Schein steht nichts von späterer Beschäftigung. Das im Prospekt gemachte Versprechen soll wohl damit aufgehoben werden. Der Beklagte wandte ein, daß er in Wirklichkeit nicht A. und G. Steinberg sei, obwohl er Mitinhaber der Firma wäre. Außerdem aber bestreite er die Zuständigkeit des Gerichts, weil die Firma Steinberg ein Lehrinstitut und kein Gewerbebetrieb sei. Er verwies auch darauf, daß er wiederholt von Gerichten freigesprochen worden sei.

Die Einwände Steinbergs wurden vom Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Leo (II. Kammer) als unbegründet erachtet, nachdem die Klägerin in der Verhandlung die Klage sofort als gegen A. Steinberg gerichtet bezeichnet hatte. Das Gericht erklärte sich auch für zuständig. Es handelte sich in der Tat um einen Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung. Die Klage selbst wurde als gerechtfertigt erachtet und Steinberg zur Zurückzahlung des Lehrgeldes an Fräulein B. verurteilt. Damit hat sich das Gewerbegericht auf den von uns ständig vertretenen Standpunkt gestellt im Gegensatz zu früheren Entscheidungen. Hoffentlich hält das Gewerbegericht diesen dem Gesetz entsprechenden Standpunkt aufrecht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Generalstreik proklamiert.

Rom, 22. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Arbeiterkammer in Imola proklamierte heute den Generalstreik als Protest gegen das parteiische Verhalten der Polizei, die die Einführung der Streikbrechermaschine in Imola trotz des lebhaften Widerstandes der Arbeiterpartei ermöglichte. Die Situation ist äußerst gespannt.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 22. Juli. (W. L. W.) In den letzten 24 Stunden sind 45 Personen an Cholera erkrankt und zwölf gestorben. Die Zahl der Erkrankten beträgt 151. Die Gouvernements Rjajan, Nishnijnowgorod, Kasan, Simbirsk, Samara, Saratow und Stawropol sind für choleragefährlich erklärt worden.

Verheerende Waldbrände.

Winnipeg, 22. Juli. (W. L. W.) Im nördlichen Ontario in Britisch-Kolumbia wüten heftige Waldbrände und richteten großen Schaden an. Tausende bekämpfen die Feuersbrunst, um ihre Häuser und die Städte zu retten. Die im Westen herrschende Trockenheit erhöht den Ernst der Lage.

Sind wir Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft?

Von Ed. Bernstein.

Der Satz des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokraten ihre politische Haltung von dem Gedanken leiten lassen müssen, daß sie die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft seien, ist von den Todfeinden einer demokratisch gerichteten Reformpolitik mit Eifer aufgegriffen worden, um den Widerspruch einer solchen Politik zu beweisen. Es scheint daher angezeigt, ihn etwas näher zu prüfen.

Was heißt „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“, was kann es im Munde eines Sozialdemokraten heißen?

Der Begriff bürgerliche Gesellschaft ist, wie der Begriff bürgerlich, vieldeutig, verschwommen. Bürgerlich stammt vom Wort Bürger ab, das den Bewohner der Burg und späteren Stadt bezeichnet. Politisch steht es zunächst für den Inhaber des Burg- oder Stadtrechts und wird damit von der Zeit ab, wo die Städte neben einer in diesem Recht befindlichen, noch eine mehr oder weniger nur geduldeten Einwohnerschaft haben, Bezeichnung einer privilegierten Klasse. Diesen Sinn hat es namentlich in seiner französischen Form „bourgeois“, die noch stärker als das deutsche Wort Bürger an den althochdeutschen Ursprung burghart erinnert. Aber über der Stadt erhebt sich der Staat, und in dem Maße, wie er aufhört, feudalfürstliche Herrschaft zu sein, entwickelt sich in seinem Schoße ein anderes Recht, das Staatsbürgerrecht, dessen Inhaber in Frankreich zum Unterschied vom bourgeois mit dem Wort citoyen bezeichnet wird, entsprechend dem „cittadino“ der italienischen Städtestaaten des Mittelalters. Längere Zeit beschränkt das Staatsbürgerrecht die Privilegien der Inhaber des Stadtbürgerrechts nur insofern, daß es auch diese Bürger zu direkten Unterthanen des Staates macht, läßt sie aber ihre Vorrechte sonst fast unangefastet. Es kommt jedoch die große französische Revolution, proklamiert als politischen Rechtsgrundsatz die „Gleichheit aller vor dem Gesetz“, und der „Citoyen“ wird nun prinzipiell den anderen Citoyens gegenüber ein gleicher, dem Staat gegenüber ein Nicht-privilegierter. Die Revolutionäre reden sich mit Citoyen an.

Die Staatsauffassung der französischen Revolution hat sich auch in Deutschland mit Ach und Krach Bahn gebrochen. Auch unsere Verfassungen statuieren die „Gleichheit aller vor dem Gesetz“, erklären grundsätzlich, daß „Standesvorrechte nicht stattfinden“. (In Preußen Artikel 2 der Verfassung.) Aber die deutsche Sprache, zu deren unerschütterlichen Vorzügen die Schärfe der Unterscheidung nicht gehört, die vielmehr gern mit gemüthlichen Dämmerungsbegriffen hantiert, hat kein eigenes Wort für den Citoyen gebildet, sondern behilft sich, wo der Unterschied von Privilegierten zum Ausdruck gebracht werden soll, mit dem zusammengesetzten Wort Staatsbürger, das jedoch nicht in den alltäglichen Gebrauch eingegangen ist. Für gewöhnlich braucht der Deutsche das Wort „Bürger“ und seine Ableitung „bürgerlich“ in der verschiedenartigsten Anwendung: als Bezeichnung für das Mitglied einer bestimmten, noch oben wie unten begrenzten Gesellschafts-Klasse; als Bezeichnung für den Städtebewohner zum Unterschied vom dörflichen Landbauer, als Bezeichnung für den nicht im Heer dienenden Staatsangehörigen, und schließlich auch für den nicht privilegierten Staatsangehörigen schlechthin. Daß dieser vieldeutige Gebrauch zur Quelle aller möglichen Mißverständnisse, Unbestimmtheiten und Mißverständnisse werden mußte, liegt auf der Hand.

Am klarsten zeigt sich dies gerade an der Geschichte des Wortes „bürgerliche Gesellschaft“. Dies Wort deckt zwei ganz verschiedene Dinge. Es ist der Ausdruck für den Allgemeinbegriff einer geordneten Gesellschaft, die nicht mehr die feudale Gesellschaft ist, wo also das Wort bürgerlich mit „civil“ übereinstimmt, und es ist die buchstabengemäße Uebersetzung

des Spezialbegriffs einer Gesellschaftsordnung, die den Auffassungen und Klassenansprüchen der besonderen Gesellschafts-Klasse der besitzenden Bürger, der „Bourgeois“ entspricht. Diese Form nahm der Staat am Tage nach der französischen Revolution an. Er hielt nur die Gleichheit vor dem Gesetz fest, die Rechte am Staat blieben oder wurden ungleich verteilt. Nur daß nicht die Geburt schlechthin für die Verteilung maßgebend wurde, sondern wirtschaftliche Momente nunmehr das Mittel der Konstituierung staatlicher Ungleichheiten abgaben. Die politischen Rechte verteilten sie nach der direkten Steuerleistung, nach Besitznachweisen und dergleichen, in grundsätzlicher, mehr oder weniger genauer Uebereinstimmung mit der unmittelbaren aus den Besitzunterschieden sich ergebenden rein gesellschaftlichen Machtverteilung. Es entstand die Bourgeoisgesellschaft. Der Staat wurde das Herrschaftsmittel des besitzenden Bürgertums, der Bourgeoisie. Diese Klasse hielt die Gesetzgebung in Händen und paßte sie ihren Bedürfnissen an.

Den so geschaffenen Zustand der Dinge nun hatte der aufkommende neuezeitliche Sozialismus im Auge, als er den Kampf gegen die neue Gesellschaftsordnung eröffnete, und sobald er sich von der Utopie emanzipiert hat, findet er auch den genauen Begriff für das Objekt seiner Angriffe: er will die „Société bourgeoise“, „l'ordre bourgeois“ — die Bourgeoisgesellschaft, die Bourgeoisordnung — abschaffen. Es ist das zweifelhaft Verdienst Lorenz Stein's, sehr viel dazu beigetragen zu haben, daß sich dafür in der Literatur des deutschen Sozialismus der zweideutige Begriff „Erlämpfung der bürgerlichen Gesellschaft“ eingebürgert hat. Außer bei Fourier, der unter dem Kaiserreich und der Restauration schrieb, wo die Verhältnisse sich noch nicht geklärt hatten, und dem seine Phantasiegemeinschaften (Phalansterien) vorzuziehen, findet man bei keinem französischen Sozialisten den Widerspruch einer Kriegserklärung gegen die „société civil“. Auch das „kommunistische Manifest“ braucht für die Kennzeichnung der dem Proletariat gegenübergestellten Klasse wohlweislich die Worte Bourgeois und Bourgeoisie. Ebenso sucht Lassalle im „Arbeiterprogramm“ streng die Begriffe „Bourgeois“ und „Bürger“ auseinanderzuhalten und geht darin sogar so weit, den Begriff Bourgeois ausschließlich auf denjenigen Besitzenden zu beziehen, der auf Grund seines Besitzes staatliche Vorrechte beansprucht, und „Bürger“ lediglich für den Begriff des Staatsbürgers gelten zu lassen. „Bürger“, sagt er wörtlich, „sind wir alle“. Erst später führt die im allgemeinen lobenswerthe Abneigung gegen Fremdwörter dazu, daß die Worte „Bürger“, „bürgerlich“ auch in der Sozialdemokratie unterschiedslos bald in dem einen und bald in dem anderen Sinne gebraucht werden.

Reifens hat das nun nicht allzuviel auf sich, weil der Zusammenhang in der Regel schon erkennen läßt, in welchem Sinne die Worte genommen werden sollen. Wird aber in diese Frage betreffender Satz außerhalb jedes erklärenden Zusammenhanges als Schlagwort in die Debatte geworfen, so ist eine genaue Begriffsbestimmung unerlässlich.

Es liegt auf der Hand, daß ein Sozialist sich nicht schlechthin als Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft im Sinne von société civile — gesellschaftlich geordnetes Gemeinwesen — bezeichnen kann. Dies tun hier auf die Utopie zurückgehen. Wir können die Idee fassen, daß die gesellschaftliche Entwicklung schließlich einmal zu einem Zustand führen mag, der in der Tat nichts mehr von Regelung durch Gesetze an sich hat, und einen solchen Zustand uns als Ideal ausmalen. Aber auf bloße Denkschriften gründet sich für eine Partei, die der sozialen Entwicklungstheorie huldigt, keine „Todfeindschaft“. Ihre Gegnerschaft kann sich nur auf eine bestimmte Ordnung der Dinge, nicht gegen jede gesellschaftliche Ordnung beziehen. Soll der Satz also weiter nichts ausdrücken, als „Todfeindschaft“ gegen die Ordnung der Gesellschaft im Bourgeoisinne, d. h. gegen ungleiche staatsbürgerliche Rechte und die kapitalistische Produktionsordnung mit der Unterordnung der Arbeit unter den Besitz, so spricht man etwas aus, was jeder Sozialist unterschreibt,

Musik.

Die Pragar Audiprova ist berühmt — wenigstens im Süden so berühmt, wie die Hämmerländer im Norden. Wir lernen sie jetzt kennen durch ein Ensemble-Gastspiel von Mitgliedern des Deutschen Landes-Theaters in Prag, das sich in die Gottsche-Oper (Schiller-Theater O.) einschaltet. Die Künstler singen und sprechen im ganzen recht gut, kommen aber samt ihrer Regie nicht über alte Opernweise hinaus. Noch dazu war das Stück, bei dem wir eine Stichprobe machten, die richtige „Oper“; allerdings nicht schlecht und recht Wühnenfangung, sondern eins von den Stücken G. Verdi's, die auf seinem Wege vom Keiergesang zum Liedrama liegen. Mit einem auf den ungeligen Pariser Theaterautor A. E. Scribe zurückgehenden Text, der zwischen Wonne und Rache zick und zack, hat Verdi im „Mastekball“ musikalische Plättchen und Schönheiten entfallen, die zusammen doch etwas Grobes und sogar echt Empfundenes geben. Wiederrum stellt sich hier unser Wunsch ein, daß doch solche Stücke einmal von den eingewöhnten Manieren befreit und genau nach der Vorlage des Komponisten so aufgeführt würden, wie dies mittels der heutigen Erfahrungen möglich ist — nicht mit „Feldtelegraphen“, die vor's Publikum hingestellt werden, und dergleichen.

In der Sommeroper! Man läßt sich auch die Melame gefallen, die mit dem Tenor A. Pica ver gemacht wird: er hat zwar nicht den vornehmsten, aber einen vollen Ton. Man trägt die schillernden hohen Fortetöne von Helene Forti, die sonst gut „hochdramatisch“ singt. Man findet allmählich auch bei den übrigen Künstlern Unteres heraus: die Wärme des Vortons H. Kant, die Beweglichkeit der Sopranistin L. Perrot, den sonoren Klang der Mezzosopranistin J. Neustadt und endlich die jedenfalls nicht kleinliche Dirigentenleistung von J. Trummer.

Humor und Satire.

Die Schuphast.

Eine Strolachege wegen Freiheitsberaubung usw. gegen die Polizeier Stechan und Altrodge, die bei der Frevredemonstration unschuldige Personen hatten verhaften lassen, wurde von der Staatsanwaltschaft abgewiesen, weil die Verhaftung lediglich zur Sicherheit der Verhafteten erfolgt sei.

Wie fürsorglich die Polizei Besorgt um unser „Leib und Leben“, Und wie sie rücksichtslos dabei, Hat eben ein Befehd ergeben.

Nimmt etwas unfaßt sie in Haft Spaziergänger, die nichts verbrochen, Wird doch sie laut Befehd gestraft Der Strafverfolgung Lodgeprochen.

Freiheitsberaubung war es nicht; Noch weniger war es Verleumdung: Nur Christen und Beamtenpflicht War dies — behauptet die Verteilung.

Zu der Eistierten eignen Heil Hat man sich ihrer angenommen; Nur Schuphast war dies, allbewei Sie sonst zuckenden konnten kommen.

der ernst genommen sein will. Diese Gegnerschaft ist für den Sozialisten selbstverständlich. Warum aber dann nicht lieber einen Ausdruck wählen, der das auch ganz unzweideutig erkennen läßt?

Freilich „bourgeois Gesellschaft“ würde abscheulich geschmacklos lauten, und „Gesellschaftsordnung der Bourgeoisie“ ist auch eine unschöne Wortbildung und außerdem auch zu verlausliert. Es fehlt indes nicht an einem guten deutschen Ausdruck, der das umschreibt, was das französische Wort société bourgeoise bezeichnet, es sogar sozialpolitisch schärfer bestimmt. Man gehe von der Kategorie des ökonomischen Werkzeugs der Bourgeois Herrschaft aus und sage einfach: kapitalistische Gesellschaftsordnung. Dies Wort versteht heute alle Welt; was Gegnerschaft gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung bedeutet, begreift jeder einigermaßen politisch bewanderte Mensch, mit dem Hinweis auf diesen Kampf läßt sich keine Umnebelung der Gehirne mehr vollziehen. Wohl aber läßt sich das Wort „Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft“ dazu, denn das große Publikum versteht unter bürgerlicher Gesellschaft lediglich die gesellschaftlich geordnete Gesellschaft im weiteren Sinne, und man kann ihm das nicht einmal freitig machen. Wir sind keine Anarchisten, die jede staatliche Ordnung verwerfen, die von keinem Gesetz wissen wollen, und noch weniger hat unser Kampf mit der Gegnerschaft der Verbrecher von Verur gegen das Gesetz zu tun. Die Sozialdemokratie tut sich selbst Unrecht, wenn sie ihre Kampfstellung gegen eine bestimmte Staats- und Wirtschaftsordnung mit einem Ausdruck kennzeichnet, aus dem Unwissenheit alles mögliche herauslesen, böser Wille alles mögliche herausdeuten kann.

Anmerkung der Redaktion. Man muß sich Genossen Bernstein dankbar sein, daß er sich zu dieser minutiösen Auseinanderlegung entschlossen hat, die auch böswilligen Auslegern den Sinn unserer Worte zu entstellen erschwert. Wir waren allerdings der Meinung, daß das Wort „bürgerliche Gesellschaft“ in diesem Zusammenhang nur als gleichbedeutend mit „bourgeois Gesellschaft“ verstanden werden kann, einer Gesellschaft, in der die Bourgeois ihre Klassenherrschaft ausübt; uns läßt das Wort „bürgerliche Gesellschaft“ mehr die politische Seite zu betonen, während der Ausdruck „kapitalistische Gesellschaft“ nur den rein ökonomischen Charakter ausdrückt. Genosse D u e s s e l übrigens, den diese Worte so sehr aufgeregt haben, wird jetzt vielleicht einsehen, daß diese Aufregung nur einem Mißverständnis entsprungen war, das man nicht nur bei einem Sozialisten für ausgeschlossen halten sollte.

Vierzehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Braunschweig, 21. Juli.

Vierter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit einem einhelfständigen, groß angelegten Referat des Reichstagsabgeordneten G e h e r über die

Reichsversicherungsbildung.

Redner legt die bekannte Resolution vor, die auch seinerzeit in den acht Berliner Versammlungen Annahme fand. Er schloß sein Referat: Wenn diese Reichsversicherungsbildung nicht zustande kommt, haben die Arbeiter nichts verloren dabei.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen, die Resolution einstimmig angenommen.

Auf Anregung H ü b s c h (Generalkommission) trat der Kongress auch einstimmig dem Beschluß des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses bei, wonach, wenn die Halbierung der Krankenkassenbeiträge Gesetz wird, die Gewerkschaftsmitglieder den Betrag der ersparten Beiträge zur Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge für die Führung des gewerkschaftlichen Kampfes opfern.

Danach hielt Verbandssekretär Eberle ein kurzes Referat über den zu Kopenhagen stattfindenden internationalen

Wenn man's nicht definieren kann — So hat der Staatsanwalt entschieden — So sieht man es als Schuphast an ... Doch die Berechtigten ehnen!

R. Dergler.

Notizen.

— Theaterchronik. Die diesjährigen Festspiele des Deutschen Theaters zu Berlin im Münchener Künstlertheater werden vom 1. August bis Ende September dauern. Von den Darbietungen nimmt die geplante Aufführung des zweiten Teiles von Goethes „Faust“ besonderes Interesse in Anspruch. Außer Wiederholungen sollen „Julius Cäsar“, „Der Widerspenstigen Zähmung“ und die Drestie des Wesschlos in neuer Inszenierung zur Darstellung kommen.

— Wissenschaftliche Auszeichnung. Die Universität von Edinburgh hat dem Direktor der chirurgischen Universitätsklinik zu Berlin, Professor August Bier, den Cameronpreis zuerkannt, der ausgesetzt war für den Wohltäter der Menschheit, der innerhalb der letzten fünf Jahre auf dem Gebiete der Heilkunde besonders wichtige Fortschritte erzielen würde. Prof. Bier hat bekanntlich eine neue Methode erunden zur Erzeugung örtlicher Gefäßlosigkeit, wodurch schwere Operationen ermöglicht werden, ohne Anwendung der Karfose.

— Liliencron's Popularität. Anlässlich der Enthüllung des Grabdenkmals für Liliencron, die am Freitag in Alt-Rahstedt stattfand, wird eine Statistik über die Verbreitung seiner Werke interessieren. Besonders des Dichters Lieblingswerk, sein unterbuntes Epos „Wogged“, hat im letzten Jahre den Bereicherkreis so erweitert, daß es die fünf anderen Bände seiner Verse bereits überholt hat. Die erste Auflage steht bevor. Auch die beiden (schwächeren) Nachläßbände: „Legte Feute“ und „Gute Nacht“, haben hohe Auflageziffern erreicht. In der alle seine Bücher stehen den „Kriegsnovellen“ an Popularität nach; über 100 000 Exemplare zählen sie jetzt in den Originalausgaben, über 300 000, wenn die billigen Ausgaben hinzugerechnet werden. Mitte September werden von Dehmel herausgegeben, zwei Bände ausgewählter Briefe erscheinen, die etwa 1000 Nummern enthalten werden.

— Caruso. Ueber die Künstlerlaufbahn des Ritters vom hohen O veröffentlicht der „Messaggero“ einige Angaben, die ihm der Sänger gemacht hat. In den letzten 5 bis 6 Jahren hat der Künstler die Kleinigkeit von 6,5 Millionen Mark verdient. Jeder Abend, an dem Caruso seine Stimme erschallen läßt, bringt ihm 8000 Mark ein. So glänzend hat er aber nicht angefangen, denn sein erstes Engagement nach seinem Debut brachte ihm für 14 Tage die Summe von 64 Mark. Auch an Enttäuschungen und Demütigungen hat es nicht gefehlt. Sagte doch sogar ein bekannter Gesangslehrer einst zu ihm: „Machen Sie sich keine Illusionen, das bisherige Stimm, was ist das!“ Und der Sänger Scalifi, der ihn mit Engelsgebild eine Zeitlang anhörd, sagte schließlich bei der sechsten falschen Note: „Er ist ein guter Junge, aber zunächst muß er studieren.“ Und diesen Rat hat er auch befolgt, an der Schulung seiner Stimme gearbeitet, wodurch dieselbe nach seinem Ausspruch vor allem an Umfang gewonnen hat.

Kleines feuilleton.

Was wird aus Abdul Hamids Odalisten? In einer seiner jüngsten Sitzungen hat sich das türkische Parlament mit dem Schicksal der Frauen beschäftigt, die einst den Harem des entronnten Sultans Abdul Hamid bildeten. Man hatte urprünglich angenommen, daß die Zahl der kaiserlichen Haremfrauen 200 nicht überschritten habe; nun hat der Finanzminister den Volksvertretern ein genaues Verzeichnis vorgelegt, nach dem die Zahl der Haremweiberinnen mit ihren Dienerinnen und Kindern die staatliche Höhe von nicht weniger als 746 erreicht. Der „Stambul“ berichtet, daß allen diesen Frauen und Kindern Ansprüche gegen den Sultan zustehen, die sich auf rund 184 000 türkische Pfund, also weit über drei Millionen Mark belaufen. Für den jetzigen Stand der türkischen Finanzen schlug der Minister vor, diese Summe nicht auszugeben, sondern in zehnjährige Rente von 100—150 Bialisten im Monat umzuwandeln. Es gab eine erregte Debatte, einige Abgeordnete forderten, man solle die Frauen des Sultans verheiraten, statt sie zu bezahlen. Der Finanzminister wies darauf hin, daß die erdrückende Mehrzahl dieser Frauen weder Verwandte noch ein Heim besäßen, aber viele Abgeordnete wollten von dieser Pensionierung nichts wissen und verlangten, man solle die Frauen und Kinder den Eltern und Verwandten zurückgeben, die seinerzeit vom Sultan reiche Abfindungen erhielten und sicherlich leicht ausfindig gemacht werden könnten. Schließlich wurde die Regierungsvorlage angenommen, nach der der türkische Staat zehn Jahre lang jährlich rund 240 000 Mark für die einstigen Odalisten Abdul Hamids bezahlt. Aber trotzdem sind die Pensionen sehr knapp bemessen, denn für eine gewisse Gemahlin des Beherrschers der Gläubigen ist eine Monatsrente von 20, 40 60 und in besonderen Fällen 100 Mark gerade keine fürsüliche Abfindung.

Schiffe aus Eisenbeton, die sich in Italien schon seit mehreren Jahren recht gut bewährt haben, kommen neuerdings nach dem „Prometheus“ auch in anderen Ländern in Aufnahme. So hat kürzlich eine Pommerische Zementfabrik einen 10 Meter langen und 4 Meter breiten Prähm aus Eisenbeton zu Wasser gelassen, der zum Transport von Schlamm, Erde usw. bei Baggararbeiten Verwendung finden soll. Das 17 Tonnen schwere Fahrzeug besitzt eine Tragkraft von 22,5 Tonnen und hat im unbeladenen Zustande einen Tiefgang von 60 Zentimeter, während seine Seitenhöhe 1,83 Meter beträgt. Der ganze Prähm enthält 4 getrennte Räume, von denen die beiden mittleren, größeren oben offen sind und als Laderäume dienen, während die beiden kleineren, an den Schiffsenden liegenden Räume völlig geschlossen und als Luftkammern ausgebildet sind. Die Wandstärke des Schiffkörper beträgt nur 7 bis 8 Zentimeter, die Quer- und Längsrippen haben einen Querschnitt von 12 zu 25 Zentimeter. — Auf dem Main fahren seit einigen Monaten auch zwei Niederrheinische Eisenbeton Prähme von etwa 40 Meter Länge, die von einer süddeutschen Eisenbetonfirma erbaut sind, und demnächst sollen auch beim Bau des Panamalanals Eisenbetonprähme Verwendung finden, auf denen Baggermaschinen aufgestellt werden sollen.

Tabakarbeiterkongress. Der Vorsitzende Deichmann und die Kollegen Eberle, Bremen und Schmidt, Dresden wurden als Delegierte zu diesem Kongress gewählt.

Da am Nachmittage sofort mit einem Referat des Vorsitzenden Deichmann über: **Minimallöhne und Tarifverträge** in der Tabakindustrie begonnen werden sollte, wurden noch einige unter „Sonstiges“ rubrizierte Anträge behandelt, wobei nach längerer Debatte die Verlegung des Vorstandes nach Süddeutschland gegen 5, die Abhaltung der Generalversammlung statt aller zwei, aller drei Jahre gegen 3 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Antrag, daß nur solche Kollegen zu einer Anstellung im Verband gelangen sollen, die mindestens fünf Jahre Mitglied sind, wurde einstimmig abgelehnt.

Deichmann referierte nunmehr über

Minimallöhne und Tarifverträge.

Er betont, daß die Gattungen sich mit der Aufstellung der im Entwurf aufgestellten Forderungen einverstanden erklärt haben und die Generalversammlung nur noch ihre Zustimmung geben müsse, damit der Vorstand energisch in dieser Sache vorgehen könne. Neben dem Entwurf ein Bild der bisherigen Bestrebungen zur Erreichung von Minimallöhnen. Schon im Jahre 1848 haben die Kollegen in Mannheim und Heidelberg derartige Forderungen erhoben; das selbe Bestreben zeigte sich auch in Norddeutschland, jedoch waren die inneren Kämpfe, die innerhalb der Arbeiterschaft selbst tabeten, und die politischen Anschauungen nicht günstig für die Erringung von Minimallöhnen in der Tabakindustrie. Die Frage ist aber nicht zur Ruhe gekommen, sie hat sich vielmehr dazu ausgewachsen, daß zurzeit in 178 Orten Firmentarife für 577 Betriebe mit 2818 Beschäftigten, darunter 1070 weiblichen, zum Abschluß gekommen sind.

Bei Abschluß eines Landestarif für die Zigarrenindustrie muß besonderer Wert auf die Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit gelegt werden. Dies ist dringend notwendig, um den Gesundheitszustand der deutschen Tabakarbeiter zu bessern. Nach Ermittlungen des Verbandes fallen auf die männlichen Verbandskollegen im Durchschnitt pro Kopf 0,64 Proz., auf die weiblichen dagegen 12,72 Proz. Krankenlöhne. Der hohe Prozentsatz der Arbeiterinnen ist auf die starke Belastung derselben durch Erwerbs- und häusliche Arbeit zurückzuführen.

Der Tarifentwurf sieht für Formearbeiter 7,70 M. (5 M. für Koller und 2,70 M. für Widelmacher), für Hand- oder Pennalarbeiter 11 M. (7,50 Koller und 3,50 Widelmacher), für Arbeiter der Handpresse 9,50 M. (6,20 M. für Koller und 3,30 M. für Widelmacher) bei freier Jurisdiktion vor.

Der Mindestlohn für im Tagelohn beschäftigte Juristen beträgt 2,25 M. und der der Juristinnen 1,50 M. täglich betragen. Für die beschäftigten Heimarbeiter wird ein fünfprozentiger Lohnzuschlag gefordert.

Nach Möglichkeit sind die einzustellenden Arbeiter von dem im Gau oder am Orte befindlichen Arbeitsnachweis des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu entnehmen.

Deichmann läßt die Begründung dieser Forderungen ausföhrlich in der Rahmung, daß die Tabakarbeiter nur durch ihre Organisation stark und machtvoll ihre Interessen vertreten können, daß aber auch alle Tabakarbeiter sich den Konsumvereinen anschließen müssen, um der Unterstüfung der organisierten Arbeiter als Konsumenten gewiß zu sein.

Folgende Resolution wird mit zur Debatte gestellt:

Die 14. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes beauftragt die Beschlüsse der im Jahre 1909 abgehaltenen Gaukonferenzen bezüglich Aufstellung der Minimallohnbestimmungen und Abschluß von Tarifverträgen für die Arbeiter der Zigarrenindustrie und beauftragt die Verbandsleitung, auch für die Arbeiter der Zigaretten-, Kautabak- und Rauchtabakgewerbes Minimallohnbestimmungen auszuarbeiten. Zur Begünstigung und endgültigen Bestätigung dieser Bestimmungen sind von der Verbandsleitung Branchenkonferenzen einzuberufen.

Aus Industrie und Handel.

Intrene schlägt den eigenen Herrn.

Es war ergötzlich zu sehen, wie die deutsche und österreichische Handelspresse gegen den amerikanischen Petroleumtrust wüthete. Selbstverständlich aus reinem Patriotismus! Ist es nicht unerhört, daß amerikanische Kapitalisten das Geschäft in Deutschland machen, wo wir doch einheimische Geldsäcke genug haben, die den Profit schlucken möchten? Und dann die Sorge um die Konsumenten, um den kleinen Mann, der sein bißchen Petroleum immer teurer werden bezahlen muß, wenn man es so weit kommen läßt, daß die Amerikaner das Monopol in Deutschland haben! — Wer die Zusammenhänge kennt, lachte dazu. Denn es handelte sich hier ganz einfach um den Kampf zweier Kapitalistengruppen, und dem deutschen Konsumenten kann es wirklich gleichgültig sein, ob ihm von einem amerikanischen oder von einem deutsch-österreichischen Trust das Fell über die Ohren gezogen wird. So viel war ja von vornherein klar, daß in demselben Augenblick, wo die Amerikaner zurückgedrängt wurden, die anderen Petroleumlieferanten — vornehmlich die österreichischen — ihre Preise in die Höhe schrauben würden.

Das Geschrei dieser selbstsamen „Patrioten“ hat nun bekanntlich die österreichische Regierung zu Gewaltmaßnahmen gegen die Standard Oil Co. verleitet. Man hat ihren Betrieb in Oesterreich geradewegs lahmgelegt. Und nun will es eine föstliche Ironie des Schicksals, daß zu allererst diejenigen deutschen Kapitalisten geschlagen werden, in deren Interesse die Bekämpfung der Amerikaner verlangt worden ist! Sowie die Raffinerie der Amerikaner z. B. kein Benzin mehr liefern konnte, haben die anderen österreichischen Raffinerien den Preis für Benzin um ca. 80 Mark pro Tonne erhöht. Man sieht, die Herren verstehen, verdienen groß zu schreiben. Was das aber für die deutschen Abnehmer zu bedeuten hat, lehrt folgender Ausspruch, den wir in der Handelszeitung des „V. Z.“ finden:

Die Maßnahmen der österreichischen Regierung haben zur Folge gehabt, daß die Vacuum Oil Co. in Oesterreich ihren Betrieb wesentlich einschränken gezwungen war und ferner die der Standard Oil Co. nachfolgende französische Raffinerie Rimanova ihren Betrieb gänzlich einstellen mußte. Die letztere Gesellschaft steht nun mit einer großen Anzahl deutscher Importfirmen in Geschäftsverbindung und ist infolge der Betriebseinstellung nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Eine hiesige Firma hatte mit der französischen Petroleumlicht- und Kraftgesellschaft in Rimanova einen Benzinlieferungs-Vertrag abgeschlossen. Während die Petroleumlicht- und Kraftgesellschaft sich darauf berief, daß sie an der Erfüllung des Vertrages durch „höhere Gewalt“ verhindert sei, kann die deutsche Firma ihren Abnehmern gegenüber keine „höhere Gewalt“ vorbringen, sondern ist gezwungen, ihre Verträge einzuhalten und ihren Bedarf bei anderen Raffinerien einzudecken. Da es sich bei dem erwähnten Lieferungsvertrage um Benzin aus österreichischem Erdöl handelte, so ist die Firma genötigt, das Benzin von anderen österreichischen Raffinerien zu beziehen, die aber inzwischen den Preis für Benzin um circa 80 M. pro To. erhöht haben, so daß sich für die deutsche Firma eine nicht unerhebliche Geschäftsschädigung ergibt. Wie verhalten soll auch noch eine ganze Reihe anderer deutscher Firmen ebenfalls durch die Nichterfüllung von Lieferungsverträgen seitens der Raffinerie in Rimanova geschädigt sein.

Das „V. Z.“ gehört zu denjenigen Handelsblättern, die seit mehr denn Jahresfrist am festhalten nach Gewaltmaßnahmen der Regierungen gegen die Standard Oil geschrieben haben. Jetzt sieht es an den Wässern Babylon und klagt:

Die Vorteile, die für den deutschen Handel daraus entspringen können, daß die Macht des amerikanischen Petroleumtrusts an einer Stelle gebrochen wird, muß auf der anderen Seite wieder vollständig aufgehoben werden, wenn die österreichischen Raffinerien den Wegfall der amerikanischen Konkurrenz sofort dazu ausnützen, ihrerseits die Preise zu erhöhen; denn ob der deutsche Händler bei seinem Einkauf

einem amerikanischen oder österreichischen Trust gegenübersteht, ist für den deutschen Handel von gleich schädigender Wirkung. Ungefähr dasselbe haben wir bereits vor einem Jahre gesagt.

Die amerikanischen Eisenbahnfrachten. Wie aus Washington telegraphiert wird, ist die vor kurzer Zeit angekündigte Erhöhung der Frachttäge der östlichen Bahnen in Gemäßheit eines Abkommens zwischen den Bahnen und dem Präsidenten der zwischenstaatlichen Handelskommission bis zum 1. November der eigenen Veranlassung der Bahnen suspendiert worden. Der Präsident erklärte, die Kommission werde ihre Untersuchung bezüglich der Berechtigung der vorgelegten Erhöhungen beschleunigen in der Hoffnung, die Angelegenheit vor dem 1. November zur Entscheidung zu bringen.

Soziales.

Zur Stellenvermittlung.

Die auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Ministerialvorschriften über den Gewerbebetrieb der Gewerbe- und Stellenvermittler bestimmen, daß die Vermittler außerhalb ihrer Geschäftsräume mit Stellensuchenden zum Zwecke der Vermittlung nicht in Verkehr treten sollen. Der Minister hat nun 1907 bestimmt, daß die Vorschriften seines Erlasses nicht Anwendung finden sollen auf die von Berufsvereinen eingerichteten Stellenvermittlungen, wenn sie nicht gewerbmäßig betrieben werden. In einer Strafsache gegen den Stellenvermittler Hennig war die Frage zu entscheiden, wie es sich mit der Anwendung jener Vorschriften verhält, wenn ein gewerbmäßiger Stellenvermittler einen Auftrag von einem Berufsverein hat. Ihn hatte der Geschäftsführer des Vereins ostpreussischer Landwirte beauftragt, mit Arbeitern in einer Kneipe zusammen zu treffen und Verträge abzuschließen. Das hatte er getan. Er wurde deshalb wegen Uebertretung des Verbot, außerhalb der Geschäftsräume mit Stellensuchenden in Verbindung zu treten, angeklagt. Die Strafkammer in Tilsit sprach ihn jedoch frei mit Rücksicht auf die Vorschrift über die Stellenvermittlung von Berufsvereinen. Er habe gemäß einem Auftrage eines solchen Berufsvereins gehandelt, auf den die Vorschriften der Ministerialverordnung nicht Anwendung finden, er hätte deshalb mit den Arbeitern in der Kneipe zusammentreffen und mit ihnen dort Verträge abschließen können.

Das Kammergericht hob dieser Tage das Urteil auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgeführt: Zu Unrecht habe die Vorinstanz hier die Vorschrift angewandt, wonach Berufsvereine, die nichtgewerbmäßig Stellen vermitteln, nicht unter die Ministerialverordnung fielen. Eine solche Stellenvermittlung liege darin, daß die Organe der Vereinigung die Stellenvermittlung besorgen. Anders läge es hier. Denn hier sei ein gewerbmäßiger Stellenvermittler in Tätigkeit getreten. Ein solcher habe sich stets nach den ministeriellen Vorschriften zu richten. Dabei sei es ganz gleichgültig, ob ein Berufsverein oder dessen Organ diesen Stellenvermittler mit der Vermittlung beauftragt habe oder irgendein Arbeitgeber. Der Angeklagte hätte darum nicht in eine Kneipe gehen dürfen, um dort mit den ruffischen Arbeitern Verträge abzuschließen. Er müsse verurteilt werden. Wegen der Strafzumessung müsse die Sache an die Strafkammer zurückgehen.

Gerichts-Zeitung.

Ein tragikomisches Abenteuer eines Justizrats und Rotars

Beschäftigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger die 7. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Wegen öffentlicher Beleidigung und Freiheitsberaubung war der Buchhalter Bruno Sachs angeklagt. Der Angeklagte liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Der verstorbene Kaufmann Louis Sachs hatte durch Testament vom 20. April 1904 seinen beiden Söhnen, dem jetzigen Angeklagten und dessen Bruder Walter, ein Kapital von 28 000 M. in Wertpapieren vermacht. Da Walter S. viel Schulden hatte, hatte der Erblasser in dem Testament bestimmt, daß dieser lediglich den lebenslänglichen Zinsgenuß des Kapitals haben sollte, während das Kapital selbst dem jetzigen Angeklagten zufiel. Die Wertpapiere wurden laut Testament von dem Testamentvollstrecker Justizrat und Rotar Klew in Grünberg in Schlesien als gesperriertes Depot der Reichsbank übergeben. Als jedoch wiederholt Gläubiger des Walter S. dessen Zinsanspruch bei der Reichsbank pfordern ließen, forderte diese die Rücknahme des Depots, um die mit den Pfändungen verbundenen Exekutionen loszuwerden. Um das Depot abzugeben, begab sich Justizrat Klew in Begleitung des Angeklagten zur Reichsbank, wo er das Paket Wertpapiere in Empfang nahm. Seine Absicht, die Papiere der Deutschen Bank zu übergeben, scheiterte daran, daß diese keine gesperrierten Depots annahm. Da ein sogenanntes offenes Depot, von welchem der Inhaber jeden Tag Abhebungen machen konnte, nicht im Sinne des Erblassers war, teilte Justizrat Klew dem Angeklagten mit, daß er erst eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeiführen wolle. Der Angeklagte stellte nun an den Justizrat das unerschütterliche Ansuchen, ihm die Papiere zu übergeben. Als dieser das Verlangen unter Hinweis auf die Bestimmungen des Testaments ablehnte, drohte ihm der Angeklagte mit einer Anzeige bei der Anwaltskammer. Als Justizrat K. auf diese Drohung hin weitere Unterhandlungen mit dem Angeklagten ablehnte und eine Drohschle befrag, um nach einem Weinrestaurant zu fahren, wo ihn seine Tochter erwartete, ließ der Angeklagte hinter der Drohsche her, um an der Ecke der Friedrichstraße und unter den Linden einen Schuhmann heranzurufen und den Justizrat in aller Form verhaften zu lassen. Der Angeklagte ließ dabei Worte fallen, aus welchen hervorging, daß er den Justizrat des Diebstahls an den Papieren beschuldigte. Trotz des energischen Protestes des „Verhafteten“ bestieg der Schuhmann die Drohsche und alle drei fuhren nach dem nahegelegenen 2. Polizeirevier. Als der Angeklagte hier von dem Polizeiwachmeister Kump gefragt wurde, weshalb er die Festnahme des Justizrats veranlaßt habe, antwortete er ausweichend, daß man in der letzten Zeit sehr viel von Veruntreuungen durch Rechtsanwältinnen und Rotare in den Zeitungen gelesen habe. Justizrat K. wurde sofort wieder auf freien Fuß gesetzt, war aber doch immerhin durch die „Verhaftung“ über eine halbe Stunde seiner Freiheit beraubt. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß sich der Angeklagte eines groben Eingriffes in die persönliche Freiheit eines untadelig dastehenden Mannes schuldig gemacht habe, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Ist ein Mitglied des Steueraussschusses Beamter?

Diese Frage beschäftigte die vierte Ferien-Strafkammer des Landgerichts Berlin I. Wennschreiber betreibt in der Grenadierstraße in einem Kellerverkaufsstelle einen Kolonialwaren-, Wäuter- und Spirituosenhandel. Eines Abends gegen 7 1/2 Uhr, als das Verkaufsstelle mit Käufern dicht gefüllt war, erschien plötzlich das Mitglied des Steueraussschusses Leopold Viehr, der in der Grenadierstraße eine Schankwirtschaft betreibt, in dem Schreiberschen Verkaufsstelle. Er fragte den Ladeninhaber, nachdem er sich vorgestellt hatte, ob er die Konzession zum Verkauf von Spirituosen besitze. „Gewiß besitze ich diese Konzession“, versetzte Viehr. „Wollen Sie mir die Konzession vorgeigen, ich bin vom Steueraussschuß beauftragt, bei Ihnen zu revidieren.“ bemerkte Viehr. „Ich habe die Konzession in meiner im dritten Stock gelegenen Wohnung“, bemerkte Viehr. „Sie sehen, mein Lokal ist voll von Käufern, in einer halben Stunde muß ich schließen, ich kann daher das Schriftstück augenblicklich nicht herunterholen. Ich bitte aber, mir zu glauben, daß ich die Konzession besitze. Morgen vormittag bin ich gern bereit, Ihnen die Konzession zu unterbrengen. Sie können schon versichert sein, daß ich mich hüten

werde, Spirituosen ohne Konzession zu verkaufen, zumal ich Kaufländer bin.“ Ihr galizischer Jude, ihr Ausländer seid zu allem fähig!“ rief Viehr mit lauter Stimme. Aus Anlaß dieser in Gegenwart von vielen Kunden getanen Bemerkung forderte Schreiber Viehr wiederholt auf, den Laden zu verlassen. Viehrer soll aber noch etwa zehn Minuten im Laden verweilt haben. Schreiber erriktete dieses Vorganges wegen Anzeige. Infolgedessen hatte sich L. wegen Amtsanmaßung, Hausfriedensbruch und Verleumdung zu verantworten. Der Vorsitzende des Steueraussschusses, Regierungsrat Quenfel, befandete als Zeuge: Der Angeklagte sei kein Beamter und habe nur auf ausdrücklichen Befehl des Steueraussschusses die Befugnis, Revisionen vorzunehmen. Trotz des Zeugens des Angeklagten hielt der Staatsanwalt die Anklage, da sie durch mehrere Zeugen unterstüft wurde, in vollem Umfange aufrecht und beantragte, in Berücksichtigung des Umstandes, daß anscheinend ein gewisser Kontrahenzneid die Triebfeder des Handelns des Angeklagten war, 150 Mark Geldstrafe. — Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wille: Der Gerichtshof hat die Frage, ob der Angeklagte Beamter ist, unentschieden gelassen. Der Gerichtshof hat aber die Ueberzeugung gewonnen, der Angeklagte ist der Meinung gewesen, er sei Beamter und habe auch die Befugnis zum Revidieren. Er ist daher von der Anklage der Amtsanmaßung und des Hausfriedensbruchs freigesprochen worden. Dagegen hat er sich einer groben Verleumdung schuldig gemacht. Der Gerichtshof hat deshalb auf 80 Mark Geldstrafe eventuell fünf Tage Haft erkannt und, soweit Beurteilung erfolgt ist, dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

In dem Gründungschwindelprozeß,

in welchem es sich, wie mitgeteilt, um recht umfangreiche Kautions- und Kreditschwindelen der auf betrügerischer Basis gegründeten „Internationalen Tief-, Hoch- und Brückenbau-Kompagnie“ handelte, wurde gestern nachmittag nach dreitägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautete: gegen den Kaufmann Wilhelm Hermann auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Händler Heinrich Kunert auf 9 Monate Gefängnis, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden, gegen den Maurerpolier Karl Bergeler auf 9 Monate, gegen den Maschinenbauer Georg Fuchs auf 6 Wochen und gegen den Reisenden Hans Keszler auf 4 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte Werkzeugschlosser Karl Grieben wurde freigesprochen.

Dienstbotenelend.

Der Bauerngutbesitzer Albert Schwarzlose aus Bukow Land, wie wir der „Brandenburger Zeitung“ entnehmen, dieser Tage vor dem Schöffengericht in Rathenow wegen Mißhandlung seines früheren Dienstmädchens. Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Am Morgen des 21. April d. J. starb plötzlich unter eigenartigen Umständen die beim Angeklagten beschäftigte Dienstmagd Anna Stage aus Rathenow. Der plötzliche Todesfall gab sehr bald zu dem Gerücht Veranlassung, daß der Tod infolge von Mißhandlungen, die dem Mädchen an dem betreffenden Morgen von dem Dienstherrn zugefügt worden, eingetreten sei. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde schließlich die Leiche ausgegraben und obduziert. Die Untersuchung ergab, daß der plötzliche Tod auf eine Gehirnwulst im Gehirn, die sich dort allmählich entwikkelt hatte, zurückzuführen ist. Es wurden an der Leiche aber auch mannigfache Spuren äußerer Verletzungen, die auf Mißhandlungen schließen lassen, konstatiert.

Die Beweisaufnahme in der Verhandlung ergab, daß die Stage seit längerer Zeit und namentlich des Nachts von heftigen Kopfschmerzen und Uebelkeit geplagt wurde. Nach solchen Anfällen war sie des Morgens stets müde und ging schlaftrunken an ihre Arbeit, so daß die Dienstherrschaft von ihrem Zustande Kenntnis haben mußte. Auch in der Nacht zum 21. April hatte die Stage solche Anfälle gehabt. Die Dienstmagd Gräf, die mit ihr die Schlafkammer teilte, war sogar infolge des Stöhnens der Leidenen aufgewacht. Als die Mädchen in der Frühe geweckt wurden, stand die Gräf sofort auf, während die Stage liegen blieb, aber versprach, gleich nachzukommen. Als sie trotz mehrmaligen Rufens immer noch nicht kam, gingen die Ehefrau des Angeklagten und die Gräf zur Kammer, um die Schlafende durch Weiprennen mit Wasser munter zu machen. Sie fanden das Mädchen nur mit dem Kopf befestigt vor dem Bette lauernd anscheinend krank vor. Auf die Frage der Frau, was ihr fehle, erwiderte das Mädchen, daß ihm sehr schlecht sei. Inzwischen war der über das Ausbleiben des Mädchens aufgebrachte Angeklagte in der Kammer erschienen und schlug ohne weiteres auf die am Boden Ruende mit einem Rohrstock ein. Die Kranke brach nun völlig zusammen und mußte darauf ins Bett gelegt werden. Kurze Zeit darauf wurde das Mädchen tot im Bette aufgefunden. Der Angeklagte räumte ein, die Stage mit einem „ganz dünnen Rohrstock“ aufs Gesicht geschlagen zu haben, er will indessen nur zwei Schläge getan und den trankfasten Zustand des Mädchens nicht gefannt haben. Daß indessen die Mißhandlungen durchaus nicht geringfügig gewesen sein können, ergibt sich aus den Angaben des Kreisarztes, Medizinalrat Dr. Gottschalk, der die Leiche untersucht hat. Danach wies die linke Stirnseite der Leiche mehrere blutunterlaufene Stellen auf. Mehrere 10—11 Zentimeter lange und 1 Zentimeter breite Striemen zeigten sich in der Gegend des rechten Oberarmes und Gefäßes. Auf beiden Oberarmen befanden sich außerdem je drei kurze genau nebeneinander laufende Striemen von 3 Zentimeter Länge und 1 Zentimeter Breite, die nicht von Stockschlägen herrühren können, sondern durch Schläge mit einem anderen Gegenstande, vielleicht einer Riemenföhne, hervorgerufen sind. Ferner wies der linke Ellenbogen Verletzungen auf, die von Wütertüssen herrühren.

Das Gericht erkannte trotz der Rohheit und Schändlichkeit der Handlung des Angeklagten dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf nur — 20 M. Geldstrafe. Wie hoch wäre wohl die Strafe ausgefallen, wenn etwa die schwerranke Frau des Richters in dieser Weise in fast unbescheidetem Zustande verprügelt worden wäre?

Schutz gegen Schulkneute.

Es verdient registriert zu werden, wenn Schulkneute vom Gericht wegen Mißhandlungen verurteilt werden. Das um so mehr, als die übermeisten Klagen über Mißhandlungen auf Polizeimachen oder auch auf der Straße, z. B. gelegentlich der Wahlrechtssdemonstrationen, zu einer Verurteilung der Schulkneute nicht führen.

Aus Kiel ist der seltene Fall zu melden, daß zwei polizeiliche Wächlinge von dem Arme der Gefechlichkeit ergriffen worden sind. Die Hilfschulkneute Gallinat und Schindler wurden von der Strafkammer zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie einen 52jährigen Erdarbeiter schwer mißhandelt hatten. Der mißhandelte Hilfschulkneute Schulz wurde freigesprochen. Die Schulkneute waren angetrunken von Holtenua gekommen, und zwar an einem Abend im März. Auf dem nördlichen Ufer des Nord-Ostsekanals begegneten sie dem Erdarbeiter, der einen von ihnen in der Dunkelheit verwechselnd antrieb. Dafür überschlugen zwei von den Schulkneuten den Arbeiter. Dieser setzte sich nun zur Wehr und schlug mit seiner Kaffeekanne um sich. Er wurde zu Boden geworfen, mit Fäusten bearbeitet und mit Füßen getreten. Dann gingen die Schulkneute, lehrten aber bei der Drehbrücke, die über den Kanal führt, plötzlich wieder um. Einer schlug nun dem am Boden liegenden mehrfachen alten Arbeiter mit einem Latienstück über den Kopf, daß die Latte zerbrach, der andere zog den Säbel und schlug damit auf den Arbeiter ein. Der so Mißhandelte blieb bewußtlos auf der Straße liegen, wurde später im Sanitätswagen nach der chirurgischen Klinik in Kiel gebracht, wo er drei Wochen in Behandlung war. So hat sich der Vorfall nach den Aussagen zahlreicher Zeugen abgespielt. Der mißhandelte Arbeiter kennt

Von GIBB sagen, daß ihm ein solches Neugemäusel zum Verfügung stand — es waren fast alles Marineoldaten, darunter mehrere Raute —, sonst wäre der Ausgang wohl ein anderer gewesen. Dann hätte wohl der arme mißhandelte Arbeiter auf der Anklagebank gesessen, und die Schuldeute wären als Zeugen erschienen. Sagte doch der Schuttmann Bollinat dreist und gottesfürchtig aus, daß der Arbeiter sie absichtlich angerepelt und dann direkt angegriffen habe. So war aber das Beweismaterial so wichtig, daß die beiden jetzt verurteilten Schuldeute schon bald nach der Tat aus ihrem Amte entlassen wurden. Selbst die Wahlrechtsbewegung der Arbeiterschaft sollte schließlich noch zur Entlassung der politischen Richter dienen. Der Verteidiger der angeklagten Schuldeute, Rechtsanwalt Schirren, eine nationalliberale Leuchte, stellte an einige als Zeugen vernommene Schuldeute die Frage, ob unter den Arbeitern vielleicht wegen der Wahlrechtsdemonstration eine Empörung herrsche. Davon wußte aber niemand zu berichten.

Interessante Kriminalprozesse von kulturhistorischer Bedeutung. Nach eigenen Erlebnissen von Hugo Friedländer. Eingeleitet von Justizrat Dr. Sello (Berlin). Verlag von Hermann Barsdorf, Berlin W. Elegant broschiert 8 M., in Pergamentband 4 M.

Kulturgeschichtlich und geschichtlich interessante Erinnerungen bietet das vorliegende Werk. Unter anderem enthält sein Inhalt: Der Raubmord im Eisenbahncoupe, der Kwidled-Verbrechen wegen Kindesunterstützung, der Hannoverische Spieler- und Wucherprozeß (alle ehrliche Seemann), die Leiche im Koffer, der Raubmörder Hennig, der Knabenmord in Kanten, die Geheimnisse eines Klosters (Bruder Heinrich), der Hauptmann von Köpenick, der Judenlinden-Prozeß, die Engelmacherin Wieße, der Erbe-Vankrott-Prozeß, die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk, das spiritistische Medium Anna Kottke.

Das Buch ist eine Art moderner Vitabal, das den Vorzug der Wahrheit und Zuverlässigkeit vor erfundenen Kriminalgeschichten hat. Der Verfasser gebt in noch weiteren Bänden in ähnlicher Weise Kriminalprozesse zu veröffentlichen, die die Öffentlichkeit lebhaft interessieren und noch heute von kulturgeschichtlichem Wert sind.

Vermischtes.

Ueber die „Hochwürdigen“

Außert sich der durch seine urwüchsige Schreibweise bekannte „Kord-halbener Grenzboten“, das Blatt des liberal-katholischen Pfarrers Grandinger, wie folgt: ... Es gibt keinen hochwürdigen Senatspräsidenten; aber der frischgeweichte Bauernbube läßt sich „Hochwürden“ schimpfen. Schweiswedel und Kapuzen! Es gibt jetzt auch hochwürdige Damen. Bisher war das ein Privileg für die Herren Kapläne, Kooperatoren, Benefiziaten, Kuraten, Episkopi, Pfarrer, Dekane, Definitoren, Räte, Kammerer und wie sie alle heißen, die vom Bischof Gefalbten. Ob nun da einer z. B. triest und stinkt nach Schmalzler (Schmalzstaber), — oder ob er keinen alten Kreuzer mehr in der Tasche hat, — oder ob er einen Gehirnlapp hat, — ob nun einer mündlich fromm herumkriecht, christlich liebevoll herumwimmert oder blutdürstig während hin- und herspringt wie eine tonfertierte Hyäne, — das tut nichts; hochwürdig ist er und hochwürdig bleibt er bis zum letzten Schnaufer.

Und im Hinblick auf die Wallfahrt bayerischer Vergnappen nach Altötting, bei deren Anblick nach Zentrumsblättern die in Altötting in Silber eingetapfelten Herzen bayerischer Fürsten „aufgehüpft“ haben mögen vor „Bonne“, meint das Blatt des Pfarrers Grandinger, daß sich beim Lesen der Namen der frommen Vergnappen die Mutter Gottes von Altötting wohl gefast haben mag:

„Jesus, der Niederlupfer Lont is a dabei, und der Krochhuder Lenz is a mitlemma! Son halt doch fromme guate Keel, wenns a ananda d' Maßkrug am Kopf derhaua und d' Messer einiremma!“

Der katholische Pfarrer von Jallau hat einem Schulknaben das Wort Gottes durch eine Ohrfeige derart gründlich beigebracht, daß dem Knaben das Trommelfell zerbrach.

Wo das Geld bleibt.

Gar mancher wird sich schon gewundert haben, wieso eigentlich alle Jahre so viel neue Goldmünzen geprägt werden. Die Münzen nutzen sich ja im allgemeinen nur wenig ab. Jedenfalls steht fest, daß noch viele Goldmünzen kursieren, die schon 30 bis 40 Jahre alt sind. Und doch müssen unaußföhrlich so viel neue gefertigt werden. Einer der Gründe ist, daß die deutsche Goldwareindustrie statt Bartengold viel lieber neu geprägte Zwanzigmarkstücke einsetzt und verwendet. In den Verhandlungen der Banknotenkommission wurde angegeben, daß allein im Pforzheim-er Industriebezirk jährlich für 60 Mill. Mark Goldmünzen in den Schmelztiegel wandern. Diese Schmelzung hatte die Reichsbanknebenstelle zu Pforzheim als zu hoch bezehmet, jedoch ihrerseits immerhin 25 Millionen geschägt. Nun hat aber die Pforzheimer Handelskammer ihren Jahresbericht für 1909 herausgegeben und darin mitgeteilt, daß der dortige Bezirk insgesamt jährlich für 72 bis 75 Millionen Mark Gold verbräucht, wovon etwa für 60 Millionen 20-Markstücke und nur für 12 bis 15 Millionen Barren- und Bruchgold, daraus werden Goldwaren im Werte von 100 Millionen Mark hergestellt. Es steht fest, daß von den neu ausgeprägten 20-Markstücken, die im Durchschnitt der letzten sechs Jahre 100 Millionen Mark ausmachten, über die Hälfte nicht in den Verkehr, sondern in den Schmelztiegel gewandert sind.

Dem Moloeh Militarismus zum Opfer gefallen.

Ueber den schweren Unglücksfall auf dem nordamerikanischen Fort Monroe, worüber wir in der gestrigen Nummer schon kurz berichtet, liegen noch folgende Einzelheiten vor. Die Zahl der Toten beträgt 11, die der Schwerverletzten 15. In Gegenwart von 80 Offizieren, die aus der Artillerieerschule des Forts Monroe hervorgegangen sind sowie in Anwesenheit mehrerer Generale wurden gestern auf Fort Monroe mit großen Feldgeschützen Schießübungen auf schwebende Ziele vorgenommen. Ein Sergeant kommandierte die Batterie, die von zahlreichen Unteroffizieren umgeben war. Plötzlich löste sich der Verschluß eines zwölfzölligen Geschüßes und die ganze Ladung ging nach hinten durch. Die umstehenden Unteroffiziere wurden sofort zu Boden geworfen und wälzten sich in ihrem Blute. Drei von ihnen sind im Hospital ihren Verletzungen erlegen. Die amerikanische Infanterie hatte bisher derartige Übungen noch nie vorgenommen, die Geschüße waren ganz neuer Konstruktion.

Ein frecher Schwindler.

In einem Hotel in Schneidmühl erschien vor einigen Tagen ein Herr, der sich als Wirtschaftsinспекtor Brand vorstellte und dem Wirt erklärte, er bekomme von einer Bank 102 500 M. zugefandt, mit welchem Gelde er Hypotheken in der Umgebung auszahlen wolle. Er wolle das Geld unter der Adresse des Wirtes sichten lassen, damit er nicht Schwierigkeiten wegen der Legitimation bei der Post habe. Das Geld wurde auch dem Wirt in Anwesenheit des Fremden bei der Post ausgezahlt, und der Wirt übergab es gegen eine Empfangsbekundigung dem Inspektor. Wie sich jetzt herausstellt, ist der angebliche Inspektor Brand der Kassenkontrollleur Supplitt aus Tüchel in Westpreußen, der während der Beurteilung des Kassenrendanten eine Anweisung der Sparkasse fälschte, auf die ein Berliner Bank die 102 500 Mark auszahlte. Supplitt ist mit der Summe spurlos verschwunden.

Aufdeckung eines Justizmordes.

Aus Tours (Frankreich) meldet ein Telegramm vom gestrigen Tage: Ein Lumpenjammer namens Bureau hat sich dem Gericht gestellt und erklärt, er habe die fünf Kinder des Pächters Brider in Gorancez ermordet.

Vor einigen Jahren wurde in dem Dorfe Gorancez im Departement Eure-et-Loire ein entsetzliches Verbrechen entdeckt. Vier unmißliche Kinder des Bauern Brider wurden mit durchschnittlicher Reife in ihren Betten aufgefunden, während das älteste Mädchen mit eingeschlagenem Schädel inmitten der Bohnstube lag. Der Vater der Kinder wurde verwundet im Garten gefunden. Die Schränke und Schubladen der Wohnung waren durchwühlt und der wachsame Hofhund vergiftet. Die Öffentlichkeit bezeichnete den Vater der Kleinen als den Mörder seiner eigenen Kinder. Er sollte dem Raubmord füngiert haben, um die hübsche Tochter seines Nachbarn heiraten zu können, die gegen den jungen Witwer nichts einzubringen hatte, sich aber an die zahlreiche Kinderfaher stieß. Auf Grund eines Indizienbeweises wurde Brider zum Tode verurteilt, später aber zur Deportation begnadigt. Trotz aller Unschuldbezeugungen mußte er die Fahrt nach Guyana antreten, wo er bald dem Klima erlag.

Der Lumpenjammer hat ein umfangreiches Geständnis abgelegt, die fünf Kinder in Abwesenheit ihres Vaters ermordet zu haben. Er hatte die entsetzliche Tat noch nicht vollendet, als der Bauer erfuhr. Zwischen beiden entspann sich ein schwerer Kampf, bei dem der Mörder schließlich siegte und dann entfloh. — Die Behörde schenkte dem Mörder Glauben. Durch das Geständnis ist ein schwerer Justizmord aufgedeckt worden, dem der unschuldige Bauer zum Opfer fiel.

Kleine Notizen.

Nach dem Genuß von Pilzen erkrankte in Sossenheim eine ganze Familie unter Vergiftungserscheinungen. Ein 20-jähriger Mann und zwei Kinder sind bereits gestorben.

Sandsteinmännchen. Wie aus Nied bei Höchst am Main gemeldet wird, wurden in der vergangenen Nacht auf dem hiesigen Friedhof 36 Grabdenkmäler aus Sandstein und Marmor umgeworfen oder abgebrochen. Von Frankfurt aus wurde ein Polizeibeamter mit einem Polizeihund hieher beordert zur Verfolgung des Täters.

Fünfzig Manuskripte Tolstois verbrannt. Auf dem russischen Gute der Liebblingstochter Tolstois Tazjana wütete ein verheerender Brand, bei welchem auch 50 Manuskripte Tolstois verbrannten.

Liebestragödie. Der in Wien zugereiste Schneidergehilfe Bernhard Schölg verwundete seine Geliebte, das Stubenmädchen Pogena Stephan durch zwei Nebelverhüllte Lebensgefährlich und erschloß sich dann selbst. Das Motiv der Tat ist Eifersucht.

Ein Spielernach ausgenommen. In Ostende drangen gestern Abend die Gerichtsbehörden in Begleitung von zahlreichen Polizeioffizieren in den Spielaal des Kurhaals ein und liehen alle Ausgänge schließen. Im Saal selbst beschlagnahmten sie sämtliche Einzüge. Es kam zu lebhaften Protestkundgebungen und eine ganze Anzahl Zwischenfälle fanden statt. Eine Gruppe Spieler verurachte durch Abbringen aus dem Fenster zu entkommen. Sämtliche Personen sind einem Verhör unterzogen worden.

Rassenvergiftung auf einem französischen Kriegsschiff. Wie dem „Matin“ aus Toulon gemeldet wird, sind an Bord des französischen Panzerkreuzers „Dupleix Honours“ ungefähr 100 Fälle von Vergiftung vorgekommen, deren Ursachen bisher jedoch nicht festgestellt werden konnten.

Dynamitexplosionen. Pariser Schulkinder fanden auf einer Baustelle ein Palet Dynamitpatronen, die sie für Feuerwerkskörper hielten; sie verurachten das Palet mit dem Taschenmesser zu öffnen, dabei explodierten die Patronen. Ein Knabe erlitt lebensgefährliche, fünf andere mehr oder weniger schwere Verletzungen. Man vermutet, daß die Patronen von dem kürzlich beendeten Bau der Untergrundbahn herkommen.

Anfolge des anhaltenden Regens ist der Schieferbruch bei Probstzella (Thüringen) eingestürzt. Ein 18-jähriger Arbeiter wurde verschüttet und erlitt schwere Verletzungen. Der Betrieb mußte eingestellt werden.

Deutscher Transportarbeiter-Verein.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß unser langjähriger Mitglied, der 70/6
Paul Bandt
am 22. d. Mts. nach langem schweren Leiden an der Wasserlucht verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des f. n. s. Hedwigs-Kirchhofes in West-Reinickendorf, Berliner Straße 36, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Görtzher Viertel. (Bezirk 161.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Ernst Busse
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
219/10 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Feiler
Jakob Block
am 19. Juli an Gehirnlauten gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Bermer starb am 21. d. M. unser Mitglied, die Arbeiterin
Agnes Blau.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Bermer unser Mitglied, der Bauanschläger
Otto Schoßtag
am 21. Juli an Lungenerkrankung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Bezirk Spandau.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Ernst Gebhardt
Synarstr. 7
gestorben ist. 63/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedhofes in den Riffeln aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Mutter und Schwiegermutter
Henriette Möbus
nach langen, schweren Leiden am 20. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 24. Juli, von der Leichenhalle des Hedwigs-Kirchhofes in Reinickendorf aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Freunden, Bekannten und Verwandten, den Genossen des 4. Wahlkreises, dem Leichenbestatter „Süd-Ost“, dem Arbeiterverein, dem Pfanzerverein „Alte Eiche“, dem Unterhaltungsverein „Eintracht“ und den Kollegen der Firma Herberg meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Donner und Kinder.

Abfahrtsstelle Schillingsbrücke
am Schlesischen Bahnhof.
Morgen früh 8 und 9 Uhr, Sonntag mittags 2 Uhr nach
Waltersdorfer Schleuse. Ein 50, zurück 50 Pf.
Heute Sonntagabend: Große
Mondschein-Promenadenfahrt
mit Musik und feillich illuminierten Dampfern nach
Rieder-Schöneweide. Dabst: Großer Sommernachtsball. Abfahrt abends 9½, bis 10 Uhr. Ein und zurück 50 Pf.

Bellevue Waltersdorfer Schleuse,
empfiehlt sich zu Dampferpartien. 258*
Großer Parkettsaal. Garten direkt am See.

SALAMANDER

Einheitspreis für Herren M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50.
Fordern Sie Musterbuch V

Salamander
Schuhes. m. b. H., Berlin
Zentrale: W 8, Friedrich-Strasse 183
C. Kögel-Strasse 47
NW, Wilsnacker Strasse
Ecke Turm-Strasse 9
SW, Friedrich-Strasse 221
N. Bad-Strasse 20
C. Rosenhaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
Spandau, Breite Strasse 30
W. Taubentien-Strasse 15
Steglitz, Schloss-Strasse 20

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter
für
Schöneberg und Berlin
(G. S. N. 115).
Sonntag, den 31. Juli 1910, vormittags 9 Uhr:
General-Versammlung
in Großes „Neue Rathaus“
Reiniger Straße 5 (Tunnel).
Tages-Ordnung:
1. Halbjährlicher Kassenericht.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 257/8*
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.
H. L. G. Jaenicke.
Officiere in frischer schöner Ware:
Fette Gänse 65.
Nur allererste Qualität.
Gänserümpfe, ½, Gänse, Fette Suppenhühner, junge Brathühner.
Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
Heller elegante fertige
Herren-Garderoben
Ersatz für Maß.
Anfert. a. Maß.
Tadellose Ausf.
Julius Fabian
Schneidermstr.
Große Frankfurterstr. 37 II
Eingang Strausburger Platz.
II. Geschloß:
Turmstr. 13
nur erste Etage,
kein Laden.
Humor-Quartett
Berliner
G. Kreuzer, Kantien-Älter an

Zum Ausschneiden!
Der Grundbesitzerverein in der „Gartenstadt Hofjagdrevier“ am Bahnhof Stolpe-Nordbahn feiert vom 24. bis 31. Juli 1910 sein diesjähriges Sommerfest. Während dieser Zeit vergüten wir unferen Interessenten bei Erwerb eines Grundstückes 3 Proz. des Kaufpreises. Als besondere
Ausnahmebewilligung
Stunden wie die Pfalterungsgelder 3 Jahre nach erfolgter Pfalterung, Restkaufgelder auf Verlangen bis 1920.
Wir offerieren die Quadratrute von 10,— M. auswärts, Eigenhäuser auf Bestellung von 9000 M. auswärts, Sommer- und Ferienhäuser von 500 M. auswärts.
Bei unserer Offerte bitten wir in Betracht zu ziehen, daß in unserer „Gartenstadt Hofjagdrevier“, früher Rifolasmald-Bergfelde genannt, mehr als 800 Grundstücke in kurzer Zeit verkauft worden sind, daß für mehr als fünfmal hunderttausend Mark Straßenpflaster gelegt worden ist und von den einzelnen Besitzern circa 200 Eigenhäuser erbaut worden sind. Schließlich bitten wir, die Nähe des Hofjagdreviers, welches für die Kolonie von großer Bedeutung ist, welches jedem zugänglich ist und auf keinem Fall der Art zum Opfer fällt, zu beachten.
100 M. Anzahlung. — 10 jährige Amortisation. — Quadratrute von 10,— M. —
Wir sind Begründer von 15 Berliner Vororten. Anerkennungen von Amts- und Gemeindebehörden.
Allgemeine Bau- und Ansiedelungsgesellschaft m. b. H.
vorm. C. Winkler.
Berlin C., Dirschstr. 20. Telefon Amt 7, 2524.

Verfammlungen.

Verband der Sattler und Portefeuliker. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre regelmäßige Generalversammlung ab. Den Bericht über das letzte Quartal erstattete Schulze. Das- selbe war, was die Differenzen mit den Arbeitgebern, als auch was das Steigen der Mitgliederzahl betrifft, sehr günstig. Sämtliche Lohnforderungen hatten für die beteiligten Mitglieder ein günstiges Resultat im Gefolge. Der Kassenbericht, den Weber erstattete, zeigte folgendes Bild: a) Ortsverwaltung. Einnahmen: 17 684,25 M. Darunter 34 571 Wochenbeiträge a 50 Pf., und 1787 Wochenbeiträge a 25 Pf. — Ausgaben: 17 684,25 M., wobei folgende Posten hervorgehoben sind: für Streif und Unkosten 8610,85 M., für Mahregelung 1442,30 M., Reiseunterstützung 144 M., für Arbeitslose 2906 M., Kranke 2253,50 M., Beerdigungsbefähigung 885 M., an die Hauptkasse abgehandelt wurden 3494,12 M. Bestand am 30. Juni 17 864,25 M. b) Die Lokalkasse hatte folgende Einnahmen aufzuweisen: 44 642,57 M., bei einem Kassenbestand von 86 866,92 M. Die Ausgaben betragen 4714,43 M., bleibt ein Be-

stand von 89 828,14 M. Unter den Ausgaben befindet sich eine Summe von 800 M., die zur Erneuerung bzw. Erweiterung der Bibliothek verwendet wurden, wozu die Vergütungskasse noch 200 M. aufsteuerte. c) Berliner Verwaltung. Einnahmen: 2404,40 M., Ausgaben 1906,05 M. Vorunter eine Summe von 50 M. für die Lehrlings- und Jugendabteilung. Bestand am 30. Juni 588,35 M. d) Lehrlings- und Jugendabteilung. Einnahmen: 82,40 M., Ausgaben (an die Hauptkasse gefandt) 82,40 M. Mitgliederbestand am 1. April 1910: 41, darunter 34 Lehrlinge und 7 Hilfsarbeiter. Am 30. Juni 1910: 81 Mitglieder, 74 Lehrlinge und 7 Hilfsarbeiter. Mitgliederbewegung: Mitgliederbestand am 1. April 1910: 2973, darunter 142 weibliche Mitglieder. Am 30. Juni 1910: 3088, darunter 156 weibliche Mitglieder. Auf dem Arbeitsnachweis eingeschrieben waren 728, davon 37 nicht organisiert. April 256, Mai 255, Juni 215. Verlangte Arbeitskräfte 508. April 151, Mai 204, Juni 148. Verletzte Stellen: 329. April 89, Mai 127, Juni 113. An die Leipziger Kollegen wurden 300 M. Streikunterstützung aus der Berliner Lokalkasse gezahlt, desgleichen beantragte der Vorstand, die im Kampfe liegenden Kollegen in Götting pro Kopf und pro Woche mit einer Mark zu unterstützen. Langert wünscht, auf diese Beihilfen bezugnehmend, man möge nicht allzu

freigebig mit den Lokalkassengeldern umgehen, auch sollten sich die größeren Verwaltungsstellen wie Leipzig, Dresden usw. in Zukunft auch der Berliner Kollegen erinnern, wenn diese einmal im Streif stehen. Weinschild weist darauf hin, daß der Selbsterhaltungstrieb die Berliner Kollegen veranlassen müsse, die Göttinger Streikenden zu unterstützen, da Götting mit seinen billigen Arbeitslöhnen bisher bei allen Tarifabschlüssen ein Hemmnis gewesen sei. Derselben Meinung war auch R a m m e l. Auch J w a n i z g trat warm für den Antrag des Vorstandes ein. Hierauf berichtete Schulze über die Sitzung der Gewerkschaftskommission. Die Delegierten zur Gewerkschaftskommission soll der Vorstand aus seiner Mitte wählen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Juli, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn M. D. Borge: „Neuere Theorien über den Bau der Materie“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. D. S. Hamburg). Filiale Berlin 3. Mitgliederversammlung am Sonnabend, 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaiser, Reichsberger Str. 154. — Filiale Rixdorf. Versammlung Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Steinmetzstr. 114 bei Labbert.

Berlins neue Wohnstadt.

Der Wettbewerb „Groß-Berlin“ und die Außenkolonisation — Was die Reichsträger sagen — Die Schnellbahn nach dem Norden — Winklers Gartenstadt — Großstadtleben in den märkischen Wäldern — Ein altheimisches Volkstüm — „Denk an Künftig!“

Das Ergebnis des Wettbewerbes zur Erlangung eines Generalbebauungsplanes für Groß-Berlin hat in letzter Zeit die hohe Bedeutung der Außenkolonisation für die künftige Entwicklung der Reichshauptstadt nahe gelegt. Die Preisgerichte betonen durchgängig die Notwendigkeit, für die Unterbringung des bedrohlich anwachsenden Bevölkerungszuwachses Sorge zu tragen und weisen den neu zuwachsenden Menschenmassen ihren natürlichen Platz in den äußeren, landhausmäßig bebauten Wohnvierteln von Groß-Berlin an, die, durch Schnellbahnen untereinander und mit dem Zentrum verbunden, der City ungleich näher gerückt werden, als ehemals, wo man sie noch bald und halb zur Provinz rechnete. So äußerte kürzlich einer der ersten Preisrichter, Architekt Hermann Jansen: „Ich habe bei meinem Projekte den Hauptwert auf Anlage von Siedlungen außerhalb Berlins gelegt, weil die innerhalb der Stadt bestehenden Anlagen nur schwer geändert werden können.“ Der gleichfalls mit dem ersten Preis gekrönte Entwerfer der Professoren Brüg und Gensmer und der Hochbau-gesellschaft wirft die Frage auf, was mit den zehn Millionen Berlinern geschehen soll, für die nach zwei Generationen Wohnung geschaffen werden möchte; und er findet einen Fingerzeig für die Lösung dieser Frage in der starken Abwanderung aus der City nach den Vororten. Die Träger des zweiten Preises aber, Professor Möhring, Oberingenieur Peterius und Professor Oberstadt, rechnen für die kommende Bau-tätigkeit auf dem Gebiete der Kleinwohnungen und kleinen Mittelwohnungen mit einem ganz beachtlichen Kapitalbedarf, der nach ihren Aufstellungen mit jährlich 75 Millionen nicht zu gering angesehen wäre.

Ein interessantes aber für die Eingewohnten keineswegs überraschendes Zusammentreffen der Umstände bringt es mit sich, daß zu derselben Zeit, wo unsere ersten Autoritäten auf dem Gebiet des Städtebaues den Dringenden auf nach neuen Siedlungsstätten er-

länen lassen, ein Verkehrsprojekt in die Öffentlichkeit bringt, dessen Realisierung dazu bestimmt sein dürfte, dem Strom der Berliner Völkerwanderung für die nächsten Jahre eine ganz bestimmte Richtung zu weisen: Die geplante Schnellbahn nach den nördlichen Gartenstädten. Zudem die Berliner Verkehrsdeputation dem von einer Privatgesellschaft beantragten Ausbau der südlichen Süd-Nord-Linie nach Hermsdorf prinzipiell zustimmte, hat sie zugleich ihrer Absicht Ausdruck gegeben, dem starken Zuge der Bevölkerung nach dem Norden forsan in ihrer Verkehrspolitik Rechnung zu tragen. Damit ist die von der Allgemeinen Bau- und An siedelungs-Gesellschaft, Berlin O., Dierichstr. 20, resp. ihres Begründers bereits vor Jahreszeiten angebahnte Kolonisation des „Nordbahn-Grünwaldes“ in ein neues, verkehrsgünstiges Stadium getreten. Schon heute bedeutet es für die Beamten und Angestellten der zahlreichen großen Fabriken im Norden Berlins eine wahre Wohltat, daß ihnen jenseits der Reichs-bahngrenze, nur wenige Fahrminuten von ihrer Arbeits-stätte entfernt, Gelegenheit zur Ansiedelung und Eigen-hausgründung geboten wird, unter Bedingungen, die jeder Art des Mietmohntums bedeutend vorzuziehen sind. Welch ein kolossaler Anreiz für die Bau-tätigkeit in den neuen Villenstädten, wenn nun zu den bisherigen Verbindungen der Nordbahn, die, wie ich schon mehrfach hervorzuheben habe, sich jetzt teilweise im diergleitigen Ausbau befindet, noch der Schnellbahnverleiher der Süd-Nordlinie hinzutritt!

Ein ganz neues eigenartiges Leben beginnt sich in dem großen Waldrevier hinter Waldmannsdamm und Hermsdorf, wo der Grund und Boden noch nicht die exorbitant hohen Preise erlangt hat, zu regen. Gleich hinter Prognau, 10 Minuten vom Bahnhof Stolpe bis hart an die Grenze des Hoggadreviers reihen sich die Straßenzüge mit ihren Eigenhäusern von jugendlichem Gepräge, immer tiefer schiebt sich die Ansiedlungsschicht in den Wald hinein; und doch ist es, wenn man diese zauberhaft schönen Alleen durchschneidet, als hätte der Wald hier nirgends ein Ende. Großstadtleben in den märkischen Wäldern! Ist das hier möglich? Wenn man in Betracht zieht, daß die nördlichen Vororte unter sich mehr oder weniger organisch durch Straßenzüge verbunden sind, indem sie für sich ein Stadtgebilde dar-stellen, so ist dies gar nicht verwunderlich, wenn diese Ortsteile eine Welt für sich bilden. So begehrt z. B. die Gartenstadt Hoggadrevier früher Nikolawald-Berg-

felde genannt, politisch zur Gemeinde Bergfelde gehörig, am 24. d. M. zu Ehren ihres Begründers Herrn C. Winkler, der in diesem Jahre seinen 60. Geburtstag hat, die Feier eines vom Grundbesitzerverein Bergfelde arrangierten Festes. Sie nennen es altheimisches Volkstüm. Wenn Berlin an den Sonntagen wie ausgestorben erscheint, pulst hier frisches, fröhliches Leben, und die circa 800 Grundbesitzer, die sich hier angesiedelt haben und eine Gemein-de für sich bilden, geben an diesem Tage der neuen Kolonie ihr Gepräge. Da fehlt es nicht an Militär-sonnert, an Volks- und Kinderbelustigungen aller Art, grünen Spiele wecheln mit Preisfahrten ab, für die ganz Kleinen ist ein Kasperle-Theater aufgebaut, ein großer Anekdote mit Land- und Wasserfeuerwerk be-schließt am Herkules das Fest. Den Glanzpunkt des Festes, der dem Arrangement den Stempel aufdrückt, hätten wir beinahe vergessen: Es ist dies Heimlich der Städtebauer, der seinen Eingang hält in die Gesinde der Gartenstadt Hoggadrevier. Mit seinen Rittern und Gelbtrauen, Herolden und Siegeswagen, mit Land-schützen und Söldnern, mit Patzkiern, Bürgern und mit allerlei fahrendem Volk, mit den Wäldern und Festbelustigungen wird an unserem Auge kaleidostopartig ein Stück vom Mittelalter vorüberziehen — wenn das Wetter gut ist.

Daß der Berliner der Mittelschicht, den die Enge und Dürftigkeit der großstädtlichen Verhältnisse mit der unaußersichtlichen Meisterräube aus dem Stadtkern vertrieben hat, sich hier heimlich und behaglich fühlt, brauchen wir nicht erst besonders zu betonen. Das Fest dieser Gemeinde legt für die Mittelschicht dieser Darstellung ein lebendiges Zeugnis ab. Er, der für Behaglichkeit und trautes Familienleben schwärmt, findet sich hier recht eigentlich in seinem Element. Da gibt es in der Gemein-de und im Grundbesitzerverein zu beraten und zu diskutieren. Unaußersichtlich sind sie an der Arbeit, unter Beihilfe der Gesellschaft das Wohl und die Zukunft ihrer Scholle zu erhöhen. Es ist dieses ein weitestgehendes, ideales Streben für das Hechten Erde, wo sie dormal-einst im Alter ihr Haupt zum Ausruhen hinlegen können — sie haben ein Eigenhaus und wissen, wo sie hingehören. Und dieses umsomehr, als es auf diesem Reuland noch so unendlich viel zu hoffen und zu er-warten gibt. Dieser Wald- und Ackerboden, der nach und nach in Wohnboden umgewandelt wird und bei-nabe noch zu Ackerpreisen abgegeben wird, birgt für den, der zu warten versteht, ein Vermögen in sich.

Die reichen Bauern im Norden Berlins wissen hiervon ein sehrliches Lied zu singen.

Um noch einmal auf den Brief Jansens, des Siegers im Wettbewerb „Groß-Berlin“, zurückzukommen, zeigt derselbe, welsch überragende Stellung den neuen Gartenstädten des Nordens von autoritativer Seite zu-gewiesen ist. Von den fünf fünfzig bis sechzig Meter breiten Ausfall-Straßen, die dazu bestimmt sind, die großen Massen der künftigen Weltstadt in kurzer Zeit aus dem Stadtkern nach den verschiedenen Himmels-richtungen an die Peripherie zu bringen, fährt die fünfte knapp an den Siedlungsgebieten der Gesell-schaft vorbei. Nicht ohne Einwirkung auf die künftige Gestaltung der Verkehrsverhältnisse in den nördlichen Villenkolonien dürfte auch die Tatsache bleiben, daß in dem großzügigen Niesen-Schnellbahnhof des Projektes der Ausbau der bereits vorhandenen Industriebahn zur nördlichen Vorort-Ringbahnlinie gefordert wird. Wenn man gut orientiert ist, so ist es zweifellos, daß im Norden ein neues Berlin entsteht von unabsehbarer Bedeutung. Die Kaufleute potenter Gesellschaften weisen darauf hin, und es ist ein Fehler, zu ignorieren, daß der reichste Magnat Deutschlands sich hier Taufende von Morgen gelichert hat, daß Vorkrieg und andere Großindustrielle hier ihre Arbeitsstätte aufgeschlagen haben und sich von Jahr zu Jahr vergrößern, und es zeugt von wenigem Verständnis für die Groß-Berliner Siedelung, wenn man fernerhin die Tatsache leugnen möchte, daß der Plusus im diergleitigen Ausbau der Nordbahn Millionen und in der Erschaffung des Berlin-Stettiner Großschiffahrtskanals Milliarden investiert. Der Berliner Norden liegt so vor dem Anbruch einer neuen Ära; denn schon in zwei Jahren soll der Bau des Großschiffahrtskanals Berlin-Stettin fertiggestellt sein. Das epochale Werk, das bereits in allen Punkten in Angriff genommen worden ist, hat auch in diesem Baujahre tüchtige Fortschritte gemacht, und es ist keineswegs eine falsche oder falsche Beurteilung, wenn ein englischer Politiker den Ausdruck tut: „Berlin liegt, wenn der Großschiffahrtskanal fertiggestellt ist, an der Spitze.“

Denklich leben sich heute bereits die Umrisse der neuen Wohnstadt im Norden vom Zukunftshorizont ab. Den Weisern des Städtebaues erwachen hier große Aufgaben. Berlin aber mag den Spruch beherzigen, den eines jener preisgekürnten Projekte an der Stirn trägt: „Denk an Künftig!“

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Dienstag, den 26. Juli 1910, abends 8 Uhr: General-Versammlung in Gopped Festsälen, Hermannstraße 49. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Anträge zur Kreis-Generalsversammlung. 4. Der Parteitag in Magdeburg. Anträge dazu. 5. Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimiert. In Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung wird die Versammlung pünktlich eröffnet. — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Maßanzüge sehr elegant, 32-85 M., fertige Anzüge 8,25 an. Vorkauf billig. Zuge sehr große Auswahl. Wenn schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. Tuchgesellschaft Rixdorf, Rixdorfstr. 16-17 (Hochb.) Verleger d. Inserats erhält 5% Rabatt.

Ausnahme-Preise Wollen Sie vorteilhaft kaufen? So kaufen Sie Ia. Briketts nach Gewicht! A. B. KOCH Kohlen- und Briketts-Großhandlung Hauptkontor: Berlin O. 34, Petersburger Straße 1. Telefon Amt 7, 3040 u. 3090. Lagerplätze: Rüdersdorfer Str. 71 — Ostbahn, Küstriner Platz. Fruchtstr. 13 — Ostbahn, Güterbahnhof. Behmstr. 28-34 — Ecke Schivelbeiner Straße.

Preise für Ia. Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Ztr. an: Ia. Halbsteine Hansa p. Ztr. 70 Pf. Ia. Marienglock Salon p. Ztr. 72 Pf. Ia. Gotthold Salon p. Ztr. 82 Pf. Ia. Diamant Salon p. Ztr. 90 Pf. (ges. geschützt p. Ztr. 115-120 St.) Ia. Ilse Salon p. Ztr. 90 Pf. Ia. Anthracit Cadé p. Ztr. 2,20 M. Transport bis in den Keller oder 4. Etage, je nach Quantum, 10-15 Pfennig mehr.

Bruchbriketts guter Qualität und Steinkohlen billigst. — Koks zu Anstaltspreisen. Holz, nach Wunsch zerklünnert, per Ztr. 2,00 M. Bei größeren Abschüssen und Original-Waggons sämtlicher Brennmaterialien verlangen Sie meine Spezial-Offerte. Versand nach allen Bahnstationen.

Loden-Pelerinen Für Herren u. Damen Bewährte Loden-Fabrikate in grauen und grünlichen Farben. Mit Kapuze und Tragbändern 8-12-15-18-22.50 24- Loden-Pelerinen für Knaben und Mädchen 5-6-7-8-10.50 12.50 Bozener Mäntel schön gemusterte Lodenstoffe 15-18-21-24-27-30- Loden-Touristen-Anzüge 18-21-24-27-30-36- Gummi-Regen-Mäntel modellarbeite 12.90 22.50 24-30-36- Loden-Hüte 1.90 2.90 3.40 4.90 BaerSohn Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10 Der Haupt-Katalog No. 39 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufs-genossen. E. H. 86. Hamburg. Mitgliederversammlungen finden statt: 288/8 Bezirf A. Am Montag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Canal 10. Bezirf B. Am Montag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Ehler, Blicher Str. 25. Bezirf C. Am Montag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schulz, Alte Jakobstr. 18/19. Bezirf D. Am Montag, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Lawerenz, Sophienstr. 10. Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht pro 2. Quartal. 3. Verschiedenes. Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987. Montag, den 25. Juli, abends 7 Uhr: Große Versammlung aller in Schraubenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Einrichter an Automaten und Einzelbänken) in Granmanns Festsälen, Rannustraße 27. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl zur Agitationskommission, Wahl des Branchenvorstandes. 4. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung. [118/19]

Herrn-Sommer-Anzüge 57524 in großer Auswahl sind gut und billig zu haben Brunnenstr. 153, Otto Heinicke, Soden gelb gefärbt.

Abzählungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Bellealliance-Str. 106, I. Etage...

Credit-Haus Moabit... Turnstraße 55, Ecke Waldstr. gewährt jedem b. spielend...

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 29 I. Rosenheimer, M. ...

Fritz Schnicke... Weber, Herm., Dandigerstr. 78 I. Wolter, Carl, ...

Alkoholfreie Getränke Franz Abraham... Bank-Moskau u. Römertank-Kell. ...

Goldtröpfchen... R. Neese, Mollhauerstr. 6. Ernst Kröger, ...

Orangen-Feuer... alkoholfreies Fruchtsaftgetränk mit dem Saft frischer ...

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick... NO, Landsberger Allee 6/7 ...

Si-Si... Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O., Kabelstr. 4

Arbeiter-Bekleidung F. Falk!... Kohnen & Jöring, Landab. Allee 148, Rixd., Bergstr. 62

Bäckereien, Konditor. Elisabeth Kraft, viel präm. u. Ausst. ... Feronia ...

Oskar Hanke's Brotbäckerei... 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei... Inh.: Paul Hanke. - Läden in allen Stadtteilen. - Herberg, Paul, ...

Carl Kappler... Kunze, Grossbäckerei... Berlin N., Pankow, Weißensee. Kuss, Joh., ...

Rich. Liebenow... Rixdorf, Bergstr. 143. Brotfabrik. Filialen in allen Stadtteilen.

Mache, Carl... Samariterstr. 39. I. Samariterstr. 39. I. Samariterstr. 39. I.

Peter's Großbäckerei... in allen Stadtteilen u. seitlichen Vororten; üb. 60 eig. Geschäfte. Schläp, H., ...

Th. Turban... Landbrotbäckerei, Frankfurter-Allee 22, Landab. Allee 145. Charlottenburg, ...

Ulbrich... Badeanstalten. Anstalten vom Admiralsgarten-Bad ...

Eracheint 2 mal wöchentlich.

Neptun-Bad, Schickauer-Allee 104. Bad Ostend, ...

Bandagen, Gummiv. Lange, A. E., Brunnenstr. 167. Meyer, P., ...

Panschow... A. Ranke, Charl., Berlinerstr. 119. E. Saxe, ...

Wende, A., Optiker, Zimmermann, Rich., Gr. Frikh. Str. 113. Seerdig-Anst., Sargm.

Berndt, W., Filialstr. 7, Ecke Neust. Fuchs, Paul, ...

Beleucht.-Gegenst. Böttner, A., Dandigerstr. 96. Neudorf, O. P., ...

Berufskleidung Bohn, R., Invalid.-Str. 125, Chaus.-Str. 122. ...

Schlesinger, Hermann... NW, Turmstr. 58. Die richtigen S. Leinwand-Str. 43. ...

Wilh. Scholem... Kottbuserdamm 94, Keller. Schuch, M., ...

Bierbrauereien, Bierh. W. Adelung & A. Hoffmann... Aktienbrauerei Potsdam. ...

Bergbrauerei... Feinstes Doppelbier. Tel. III, 1412. Patzenhofer Brauerei

Patzenhofer Flaschenbier... Die Patzenhofer Flaschenbier sind in allen einschlägigen ...

Berliner Bock-Brauerei... Berliner Weißbier-Brauerei Carl Richter, ...

Max Böhm Bierbrauerei... Marienburgerstr. 17. BORUSSIA

Brauerei „Germania“... Actien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokal. ...

Brauerei Königstadt... feinste Qualitätstiere. Brauerei Alt-Berlin, Charlottenb.

Brauerei Pfefferberg... Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weißensee, G. Enders. ...

Caramel-Weißbier... fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich. Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Groterjans... Malzbr., Schick.-Allee 139, T. III, 5043. Hempel, E., ...

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Phönix-Brauerei A.-G. Eratklässige Biere. Richter & Co., J. C. A., ...

Roland... Schade, Gröner Weg 111. Schlossbrauerei Schöneberg

Schlossbrauerei Schöneberg... Schloßbräu-Kronenbräu in Gebinden und Flaschen. Spandauerberg-Brauerei.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl. Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weißbier Albert Braun... Weißbier-Brauerei vorm. H. A. Bolle Friedrichstr. 128, Tel. III, 2542.

Weißbier-Brauerei Ed. Gebhardt A.-G. zum Selbstbilden, 1/16 Tonne 9 Ltr. Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann... 30 Filialen in Berlin O. Max Baenisch, 8 Filialen.

Oskar Beck... Dresdenstr. 97, Bismarckstr. 11. Reichenburgerstr. 18 u. weill. Vorort. Vorzugspreise.

Fritz Vortz... A. Däweritz, Oderbergerstr. 83. Dinkler, Otto, 11 Filialen.

Carl Franke... F. Hagen... Hasse, Wilh., Sebastianstr. 88. Hoffmann, R., ...

Kosmalla, E., 4 Detail-Engen Köhler, Neue Königstr. 98. Lichtenstein, A., Theaterstr. 23.

Maeding, J. Markthalle, Adressstr., Kratzst. Memeler-Str. 74, Gröner Weg 97. Müller, Ernst Max, ...

Butterhandlung Fritz Muth... Nordstern in Berlin N. NO. Pappel-Allee 13. Pomorski, Paul, ...

Schröter, R. 35 Schulz, Arthur, Ri. Hermannstr. 63. Schumacher, J., ...

Uhly & Wolfram... Georg Wunder, Fruchtstr. 70. Zudendrei Sternen, zahlr. Filialen. ...

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 155. Cyliax, G., ...

Seiffert, Erich, in Berlin Filial. in allen Vororten. Teichmann, H., ...

Alb. Kasnke... Klein, Wilh., Müllerstr. 194. Oberbaum 1. Kochschreck, G., ...

Klein, Wilh., Müllerstr. 194. Oberbaum 1. Kochschreck, G., ...

König... Julius Levy... Link, Paul, Rixdorf, ...

Paul Loewenthal... Rosenthaler-Str. 16/17. Prager, Ludw., ...

Westmann... 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Gr. Frank-Str. 115.

A. Kieper, Nowawes Friedrichstr. 28. Drogen u. Farben

Angermann, Königsbergerstr. 13. Artelt, Kurt, ...

Föhse, O. Fruchtstr. 62. Friedrich, Paul, O. Gärtnerstr. 29. ...

Knoesbeck-Drop... Königl. Herm. Photo-Druckerei, ...

Siegfried-Broterie... Edmund Beschlo, Soldinerstr. 20. ...

Eisen- u. Stahlw. Waff. Aln. O., R., Kaiser-Friedrichstr. 6. ...

Gericke & Wolfram... Rob. Helzke, Wilmersdorferstr. 102. ...

Jacob, Otto, Rixdorf, Bergstr. 32. Kniehase, A., ...

Rurt Kranke... E. Koppe, Wilmersdorferstr. 145. ...

Wolf, Carl, Moabit, Turmstr. 59. Franz Wollmer, ...

Fahrräd., Nähmasch. M. Able, Brunnenstr. 17. ...

Fahrrad-Vertrieb „Gross-Berlin“... 3 Verkaufsstellen: ...

Fahrrad-Lithhaus Lohmann... Neu-Schönhauser-Str. 11. ...

Haus- u. Küchengeräte Dähnert, O., Rixdorf, ...

Phonographen-Batz... größtes Spezialhaus. Pletsch, Hugo, ...

Phonographen-Batz... größtes Spezialhaus. Pletsch, Hugo, ...

Carl Müller... Reinickend.-Str. 104. Chausseest. 81. ...

Rund um Berlin... Kataloge gratis und franko. Schönborn, Willy, ...

Solidaria-Fahrräder... A. Wasch Teilsig. Kataloge gratis u. franko. ...

Carl Pollnow... Berliner Dampf-Wäberei. Gebr. Erbguth, ...

Meesters, Th. Osw. Naefe... chem. Wäberei. Fbr. Brits. Radoworstr. 34. ...

Stenzel, Paul, L. Nord-Berlin. Taubert, J., ...

Fischhandlungen H. Reimann, Weißensee, Berl. ...

Fleischer u. Wurstw. Berliner Fleisch-Consum... Robert Bludschus Nachfgr.

Wurst, Speck, Schinken... Anton Fehlau, Gonthardstr. ...

Fleisch- u. Wurst-Centrale... Brunnenstraße 76. Beste und billigste Bezugsquelle.

Oskar Klähn... 114 Alt-Moabit 114. 153 Invalidenstr. 153.

Wihl, Vogel... Emden-Str. 12. Wihle, Gust., ...

Wihle, Gust., Turmstr. 67. Grammoph., Sprechm. ...

Hoyer, A., Bergstr. 163 I. Jendrosch & Co., ...

Jahre, M., Brunnenstraße 117. Look's Rollschuh- ...

Phonographen-Batz... größtes Spezialhaus. Pletsch, Hugo, ...

Untenstehende Geschäfts-empfehlen sich bei Einkäufen.

Rockstroh, Rudi... Gröner Weg 42. Gaskoch, Wasmach. ...

Sandow, Rud., Schreier, Ad. Rixdorf, Bergstr. 145. ...

Horren-Artikel Berth. Axt, Fensterstr. 60. ...

Schlesinger... Amerikanische Verkaufsgallien. ...

Blitz!... Bohn, R., Invalidenstr. 129. ...

Ed. Freitag... Garderobensch. ...

Wamburg-Steglia... Herr. Bekleidg. ...

Max Kaplan... Große Auswahl fertiger Kleidung. ...

Ringel... Kosner, Max, Rixd., Bergstr. 30. ...

M. Swarenski... Sie kaufen recht auch nach Maß. ...

Karl Westhof... Hüt., Hützen u. Pelzw. ...

Barz Norden... Beise, Rud., Chausseest. 60. ...

Werner, Erich... Hüt., Hützen u. Pelzw. ...

Grund... Hanso, Rich., Kastanien-Allee 94. ...

Kohr-Hüte... Krüger, Otto, Prenzl.-Allee 210. ...

Mandel's Hutfabrik... Ring, A., Rosenthaler-Str. 19. ...

Vester, E., Kottbusser-Str. 119. ...

M. Bathke... Kaffee-Verwand u. all. Stadtteilen. ...

Dekuczynski, H. Str. 72/73. Fortsetzung siehe nächste Seite.

Falkenstein, Paul... Gelegenheitskaufhaus Matlatzi. ...

Emil Hoegner... Granowaldstr. 75. E. Akazienstr. 18. ...

Kaufhaus... M. Jacob, Charlottenburg, ...

Gustav Pinkus... Mollerstr. 165 a. streng reelle Bedien. ...

Gebr. Preuß... Berl. NW, Bussell- u. Huttenst. ...

M. F. Leyke... Hauptkontor ngr. Kol. Nordbahnhof. ...

Gebr. A. & J. Podzuweit... Glatzerstr. 62. ...

August Dankert... Hermann Elias, Stephanstr. 18. ...

Joh. Eichler... Hermann Elias, Stephanstr. 18. ...

Goetsch, Ernst... Goetsch, Ernst, ...

Grabitz, Kl. Androsstr. 1. Adolfsstr. 27. ...

Wihl, Grönerstr. 70. Gruse, O., ...

Werner, Erich... Hüt., Hützen u. Pelzw. ...

Grund... Hanso, Rich., Kastanien-Allee 94. ...

Kohr-Hüte... Krüger, Otto, Prenzl.-Allee 210. ...

Mandel's Hutfabrik... Ring, A., Rosenthaler-Str. 19. ...

Vester, E., Kottbusser-Str. 119. ...

M. Bathke... Kaffee-Verwand u. all. Stadtteilen. ...

Dekuczynski, H. Str. 72/73. Fortsetzung siehe nächste Seite.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Der jetzige Inhaber des Vergnügungs- park, am Tegeler Weg 74/75 in Charlottenburg...

In Bismarck-L. haben erneut Verhandlungen mit dem Gast- wirt Ribbe stattgefunden mit dem Resultat, daß der Herr er- klärte: er würde seine Räume der Arbeiterschaft zur A- bhaltung von Versammlungen nie und nimmer her- geben.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 24. Juli, Ausflug mit Familie nach Restaurant Heidekrug (Riesental), Station Köpenick.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Nachmorgens für Drucker- arbeiter: Sonntag, 24. Juli bei Julius Meyer, Dramenstr. 103.

Dritter Wahlkreis. Morgen, Sonntag, den 24. Juli, findet am Familienausflug nach Grünau (Spielplatz) statt.

Bismarck-Hafen. Der Sozialdemokratische Wahlverein hält heute, Sonnabend, von 8 Uhr nachmittags ab im Viktoria- Garten, Wilhelmstraße 114/115, ein Lokal- und Instru- mentalkonzert mit hervorragendem Programm ab.

Schmargendorf. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Wirtshaus“ (Bartel), Barnimänder Straße, Generalversammlung.

Lichtenberg. Heute Sonnabend findet im Etablissement P. Schwarz, Möllendammstr. 25/26, das Sommerfest des Bezirks Lichtenberg statt.

Reinickendorf-Ort. Am Dienstag, den 26. d. Mts.: Mitglieder- versammlung bei Schaller, Provinzstr. 69.

Waldow. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt.

Waldow. Dienstag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von A. Meyer, Bismarckstr. 10: Deffentliche politische Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Waldow.

Karlshorst. Heute findet im „Fürstentum“ (Bartel) das Sommer- fest des Wahlvereins statt. Anfang 4 Uhr. Für Kinderbelustigungen ist gesorgt.

Friedrichshagen. Morgen Sonntag, den 24. Juli, findet ein Familienausflug nach Restaurant Rabenstein statt.

Eichwalde und Umgegend. Eine öffentliche Versam- lung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Krüger in Wierdorf statt.

Sonntag früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Berliner Nachrichten.

Künstler der Straße.

Ein huntschrediges Volk! Es setzt sich zusammen aus den Vermissten der Armen. Künstler sind sie allesamt — nämlich Hungerkünstler.

In der Kleinstadt sind diese Romaden nicht ungern ge- sehene Gäste. Der braune Italiener mit der Drehorgel und dem Messen bringt immerhin etwas Abwechslung in das öde Einerlei.

In der Großstadt werden sie in Zeiten der Krise fast zur Plage. Hier sind sie mehr ein Teil der unvermeidlichen Großstadtlämmer.

„Selbst der Greis im Silberhaar“ leiht seine vor- schriftsmäßigen drei Stücke herunter. Hat der Klavier einen guten Klang und spielt er die neuesten Kompositionen von Rinde, kann er schon auf ein paar Sechser, zum mindesten aber auf dankbare Kinder, die sofort das Langbein schwingen, rechnen.

Da kommt Arm in Arm ein Ehepaar. Der Mann stellt sich in Positur, holt aus seiner Rocktasche eine Flöte, wie man sie in Jahrmärkten für 10 Pf. zu kaufen bekommt und entlockt diesem unscheinbaren Instrumente die schönsten Melodien.

„Es ist gut, wenn man noch eine alte Quetschkomode zur Verfügung hat,“ dachte wohl jene Alte, die, auf einem Schemel sitzend, eines aus der „Dollarpinzessin“ vorträgt, zwar in veränderter Form, aber dennoch dem ungeübten Ohr angenehm klingend.

Auch die Kleinen sind nicht unvertreten. Ein Knirps mit seinem Schwesterchen, „Schuh und Strümpfe sind zer- rissen, durch die Hosen peißt der Wind,“ singen aus voller Kehle ein bekanntes Schullied.

Der Fortschritt macht sich auch auf diesem Gebiete be- merkbar. Das Grammophon geht auch schon betteln; immer modern, das bringt was ein. Aus dem Riesentrichter ertönen die schönsten und neuesten Weisen.

Das Alte kann sich nur vor dem Untergange retten, wenn es sich modernisiert. So auch dieses Gewerbe. Mit dem Grammophon erblüht dieser Kunst die Zukunft.

Der Bischof der Berliner Schmiedegesellen.

Im Märkischen Provinzialmuseum befindet sich u. a. eine Holzfigur, etwa ein Drittel Meter hoch, augenscheinlich einen Schmiedegesellen darstellend, der mit dem Hammer ein Hufeisen bearbeitet.

Lang, lang ist das her! Heute sind die Schmiedegesellen aus anderm Holze geschnitten.

Die Errichtung eines Aquariums im Zoologischen Garten ist von einer außerordentlichen Generalversammlung des Aktienvereins Zoologischer Garten beschloffen worden.

Jeder Aktionär zahlt auf seine Aktie 100 Mark zu und erhält dafür freien Eintritt für sich und sechs Personen, analog den Vergünstigungen im Zoo.

Es werden 500 neue Aktien zu 1000 Mark ausgegeben, die den alten Aktionären angeboten sind. Der Mindestpreis für die neuen Aktien soll 1250 Mark betragen, jedoch sind diese Aktien den alten Aktionären mit 1150 Mark anzubieten.

Der Einfluß der Schulleistungen auf die Lebensstellung.

Bei Erörterung grundlegender Schulfragen wird gern darauf hingewiesen, daß schlechte Schüler im späteren Leben oft die tüchtigsten Menschen geworden sind, während viele vorzügliche Schüler in der Schule des Lebens bald mit ihrer Weisheit zu Ende waren und es zu nichts rechem brachten oder gar versumpften.

Und interessiert diese Statistik zunächst insofern, als sie bei der Beurteilung der späteren Leistungsfähigkeit auf den Titel offen- bar den ausschlaggebenden Wert legt. Wir modern unsere Ver- beugung nicht vor dem Titel, wie klingend er auch sein mag, sondern nur vor dem wirklichen Wissen und nebenbei selbstverständlich auch vor der anständigen Fehmung.

„große Tiere“, im Auslande recht häufig als große Schafsköpfe tagiert werden. Ob diese unfähigen Diplomaten, die die Reichs- farbe immer mehr in den Dreck fahren, zu den guten oder zu den schlechten Schülern gehört haben, muß ja der Gynnasialdirektor am besten wissen.

Wir sind bekanntlich in Preußen, wo das Volk von Junkern und Pfaffen in der Dummheit erhalten werden soll, noch weit davon entfernt, daß auch schon zahlreiche Söhne armer Eltern die höchste Staffel der Schulbildung und der davon abhängigen Lebens- stellungen erreichen können.

Und dem Magistrat. Der Magistrat trat einem Antrage der Armen- kommissionen nicht nach.

Der Magistrat beschloß ferner, einem Vorschlage der Tier- gartenerwaltung zuzustimmen, nach dem er die Regu- lierung der Panamericaallee in eigener Regie, aber unter Anrechnung auf die Zuschüsse der Stadt zur Erhaltung und Verschönerung des Tiergartens ausführen soll.

Auch soll die Tiergartenverwaltung ersucht werden, energische Maßnahmen gegen die Katzenplage zu ergreifen.

Zwei Jugentgleisungen.

Zwei Jugentgleisungen. Gestern morgen ereigneten sich zwei Eisenbahnunfälle, die aber beide verhältnismäßig glimpflich ver- liefen. Der eine erfolgte bei der Einfahrt in den Spandauer Per- sonenbahnhof, der andere bei der Haltestelle Schönwalde.

Gestern früh um 7 Uhr 55 Min. entgleiste aus bisher noch nicht festgestellten Ursachen bei der Einfahrt in den Spandauer Per- sonenbahnhof der von Charlottenburg kommende Lokozug 4390.

Der zweite Unfall ereignete sich gegen 9 Uhr bei der Haltestelle Schönwalde. Der um 8 Uhr 18 Min. von Reinickendorf abgehende Zug der Eisenbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Groß-Schönebeck passierte fahrplanmäßig um 8 Uhr 52 Min. die Haltestelle Schön- walde. Er bestand aus Lokomotive mit Tender und acht Wagen, die sämtlich stark besetzt waren.

Ein Familiendrama hat sich in Iechter Nacht im Hause Kähler- strasse 4 zugetragen. Dort hat der Mechaniker Lorenzen seine Frau durch einen Revolverbeschuss schwer verwundet und dann seine zwei Kinder und sich selbst erschossen.

Im Hause Kählerstrasse 4 wohnt im vierten Stock des Seiten- stüßels die Familie des Mechanikers Hans Lorenzen, die aus dem 31 Jahre alten Ehemann, der Ehefrau, geb. Helene Wadewitz, und den 5 Jahre und 4 Monate alten Knaben Walter und Hans bestand. Das Verhältnis der Eheleute zueinander war an sich gut, nur hatte der Mann noble Passionen, die mit seinem Einkommen, das er in einer Fabrik im Halleschen Vorbiertel bezog, nicht in Einklang zu bringen waren.

seine Ehefrau und brachte ihr zwei Schüsse in die rechte Brustseite und in die rechte Schläfe bei. Die Schüsse wirkten aber nicht tödlich, so daß Frau Lorenzen flutüberströmt aus dem Bette sprang und um Hilfe schreien konnte. Sie suchte dann bei den auf demselben Platz wohnenden Rutscher Brauerschen Eheleuten Zuflucht. Während die Nachbarn sich notdürftig anleiden und um die verwundete Frau bemüht waren, benutzte Lorenzen die Gelegenheit zur weiteren Durchführung seines Vorhabens. Er tötete seine beiden Knaben in ihrem Bett durch Schüsse in das Herz und in den Mund. Die Kinder erhielten im Schlafe das tödliche Blei. Darauf begab sich Lorenzen in die Küche seiner Wohnung und brachte sich einen Schuß in den Mund bei, unter dessen Wirkung er sofort zusammenbrach und starb. Alles dies vollzog sich mit einer solchen Geschwindigkeit, daß die Nachbarn nicht hinreichend eingreifen konnten. Als die alarmierte Polizei ankam, blieb ihr nur noch übrig, die zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundete Frau nach dem Krankenhaus am Urban zu schaffen. Die Leichen des Vaters und der beiden Knaben wurden dem Schauhause überwiesen. Lorenzen hatte gerade diese Nacht zu dem Familienmord gewählt, weil sein Schwager aus Bernau die Absicht mitgeteilt hatte, die Frau und die beiden Knaben gestern früh nach Bernau zu sich abzuholen. Lorenzen stammte aus dem Kreise Hensburg.

Zu der Lichterkerze. Im Laufe des Donnerstagsabends sind eingehende Durchsuchungen der Wohnung des Louis und Albert Mademeyer vorgenommen worden. Bei dem Albert Mademeyer wurden verschiedene Patronen und kleine Quantitäten Rahnbrandpulver vorgefunden, welches unzweifelhaft auch zu der Mordtat verwandt wurde. Nach dem bisherigen Gutachten handelt es sich um sogenanntes rauchloses Pulver oder Blättchenpulver.

Die ausgenommenen Schriftproben sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Das vorläufige Urteil schließt sich den Ansichten der Kriminalisten nicht an. Jedoch sind sehr viele Merkmaligkeiten vorhanden. In den Schriftproben der Mademeyer ist der Name Kraag nur mit einem „a“ geschrieben, während sie mit ihm als Nachbarn zusammen zur Schule gegangen sind.

Ein schwerer Straßenausschlag ereignete sich gestern nachmittag im Norden Berlins. In der Gerichtstraße, in der Nähe des Rottelbades, sprang der 43jährige Arbeiter Hermann Michalski aus der Bankstraße 12 von einem in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 3 und stürzte unmittelbar vor einem herannahenden Arbeitswagen der Firma Gustav Wagner, Gubener Straße 56, zu Boden. Er wurde überfahren und erlitt eine schwere Quetschung des rechten Oberschenkels, eine blutende Kopfverletzung und innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde zunächst nach der Unfallstation in der Lindower Straße und dann nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht.

Ein ganz gefährlicher Gauner, der bedürftige Leute um ihr Hab und Gut bringt, treibt gegenwärtig sein Unwesen. Der Schwindler sucht seine Opfer unter den Stellungsuchenden. Er beobachtet besonders die Herbergen und läßt sich mit arbeitssuchenden jungen Leuten in Gespräche ein. In geschickter Weise versteht es jodann der dreiste Bursche, seine Opfer um ihre geringen Ersparnisse zu pressen. Der Betrüger spiegelt den Leuten vor, er habe eine überaus günstige Stellung für sie in Aussicht, und im Laufe des Gesprächs versteht er es dann, das Hab und Gut aus den Opfern herauszubekommen. Leider pflegen arbeitslose junge Menschen derartigen Personen, die ihnen Stellungen versprechen, zu vertrauen. Dadurch wird diesen Spezialisten vom Schwindel, das Handwerk bedeutend erleichtert.

Einundzwanzig Mormonen „Apostel“ listiert.

Der Berliner Polizei war es seit langem bekannt, daß von dem europäischen Hauptquartier der Mormonen in Utah aus die Propaganda für die Kirche der „Heiligen vom letzten Tage“ auch nach Preußen und besonders nach Berlin verplant werden sollte, und schon wiederholt waren einzelne Apostel der Mormonen aus preussischen Provinzialstädten ausgewiesen worden. Dieser Tage wurde der Berliner politische Polizei gemeldet, daß der Leiter der europäischen Mormonenpropaganda, W. K. Ray, in Berlin eintrifft, um im Verein mit anderen Aposteln eine Werbeversammlung großen Stiles abzuhalten. Die Versammlung fand Donnerstagabend im Saale der Volksgemeinde in der Landsberger Straße 82 statt, die mit den Mormonen schon seit längerer Zeit in Verbindung steht. Zu der Versammlung hatten sich 150 Männer sowie 250 Frauen und junge Mädchen eingefunden. Die Leitung lag in den Händen des K. K. Ray, der mit 20 Aposteln, meistens Amerikanern, bereits vorher in Berlin eingetroffen war. Als die Versammlung gegen 9 Uhr begonnen hatte, erschien plötzlich ein starkes Aufgebot von Polizeibeamten, besetzte alle Ausgänge des Saales und drang dann in den Saal ein. Die Polizei erklärte die Versammlung für aufgelöst und forderte erst die Männer und dann die Frauen auf, den Saal zu verlassen. Der Ray und seine zwanzig Apostel wurden listig und nach dem Polizeipräsidium geführt. Dort wurden sie nach Feststellung ihrer Namen einem Verhör unterzogen und die Nacht über im Polizeigewahrsam gehalten. Im Laufe des getrigen Tages sollten sie nach Erledigung der Formalitäten als lästige Auswanderer ausgewiesen werden.

Verhaftet und aus dem Eisenbahnzug gestoßen wurde nach seiner Angabe der 36jährige Maurer Heinrich Thiele aus der Grunerstraße 26. Er wurde schwerverletzt neben dem Gleise des Nordringes gefunden und in das Krankenhaus Westend gebracht, wo er zur Zeit benutzlos danieliegt. Vorübergehend war er dank ärztlicher Bemühungen auf kurze Zeit vernehmungsfähig. Er gab an, daß er schwerer begehrt gestern Abend in einen Nordringzug gestiegen sei. Es sei ihm so vorgekommen, als ob in dem Abteil, in dem er gesessen habe, mehrere Männer auf ihn zugehört und ihm seine Uhr mit Armbil und das Portemonnaie mit Inhalt gewaltsam geraubt hätten. Er sei aber so stark betäubt gewesen, daß er nur dunkel sich des Vorganges erinnern könne.

Unter imposanter Beteiligung erfolgte gestern die Beerdigung des so früh verstorbenen Genossen Fritz Raschke auf dem städtischen Friedhof in Rixdorf am Mariendorfer Weg. Weit über 1000 Teilnehmer, darunter viele Jugendliche, hatten sich eingefunden, um dem toten Freunde die letzte Ehre zu erwiesen. Als der Sarg nach der Gruft getragen wurde, ertönten von Sängern des Arbeiter-Sänger-Bundes Trauerweisen. Am Grabe widmete Genosse Piefel vom Bildungsausschuß dem Dahingegangenen warme Worte der Anerkennung und des Dankes. Dann trat Genosse Peters an die Gruft und kennzeichnete mit von Herzen kommenden, zu Herzen gehenden Worten das Wirken des Dahingegangenen für die Jugendbewegung, die einen schweren Verlust erlitten habe. Dem schloß sich Genosse Dr. Lieblincht an, der für die internationale Jugendbewegung sprach. Von der Liebe und Verehrung, deren sich der jugendliche Kämpfer erfreute, legten die zahlreichen Kranzspenden Zeugnis ab, die am Grabe niedergelegt wurden. Kranze hatten gesandt der Parteivorstand, die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, die Bibliothekskommission der freien Jugend, freie Jugendorganisation Breslau, Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts“, Angestellte der Buchdruckerei, Boten der Redaktion des „Vorwärts“, die Internationale proletarische Jugend, Jugendauschuß Groß-Berlin, Wahlverein Rixdorf, zahlreiche Vereine der freien Jugendorganisation. Viele engere jugendliche Freunde, auch Mädchen, hatten es sich nicht nehmen lassen, auch ihrerseits dem unermüdeten Kämpfer ein letztes Liebeszeichen aufs Grab zu legen.

Der Polizeipräsident macht bekannt, daß das Liquidationsverfahren über die durch Entscheidung des hiesigen Bezirksauschusses vom 28. Juni 1900 geschlossene Allgemeine Volks-Krankenkasse zu Berlin, Eingetragene Hilfs-

Kasse Nr. 126, wegen Mangels an Mitteln eingestellt und die Liquidatoren Wehse und Werner an ihrem Amte als Liquidatoren entbunden worden sind. Gläubiger der Kasse, die durch Forderungen von der Kasse zustehenden Forderungen befriedigt worden sind, haben die Berechtigung, die ihnen überwiebenen Forderungen auch fernerhin im Namen der Kasse einzuziehen.

Arbeiterbildungsschule. Sonntag, den 24. Juli, Ausflug nach Friedrichshagen, Neu-Gelgoland. Abfahrt: Bahnhof Alexanderplatz 8,29, Schleissier Bahnhof 8,34, bis Friedrichshagen. Treffpunkt im Restaurant Bruno Scholz am Bahnhof. Die Nachzügler fahren bis Rahnsdorf und lassen sich überführen nach Neu-Gelgoland. Dasselbst Aufenthalt von 12,30 ab.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Tödlicher Absturz. Gestern nachmittag in der vierten Stunde war der 54 Jahre alte Maler Hermann Nettel aus der Pfäfersstraße 2 in Rixdorf auf dem Neubau in der Fuldastraße 35,36 mit Anstreicherarbeiten beschäftigt, zu welchem Zwecke er die Mauer des Neubaus dicht über dem Erdboden in einer Höhe von 1 1/2 Metern bestiegen hatte. Als er sich seine Arbeit ansehen wollte, trat er in Gedanken einige Schritte rückwärts auf der Mauer, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den Erdboden herab. Er blieb schwer verletzt mit gebrochenem Schädel liegen. Man brachte ihn nach dem städtischen Krankenhaus in Duxdorf, wo er bald nach seiner Aufnahme den Verletzungen erlag.

Bei dem Waldfest des 21. Bezirks im Körnerwäldchen ist ein Armband gefunden worden. Dasselbe ist bei Niesel, Steinmetzstraße 51 IV, abzuholen.

Mariendorfer.

In der gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Ligner den Bericht des Vorstandes. Im letzten halben Jahre haben stattgefunden zwei Generalversammlungen, zwei Mitgliederversammlungen, neun öffentliche Versammlungen, 15 engere und 3 erweiterte Vorstandssitzungen, 2 Extrazahlwahlen und 8 Flugblätterverbreitungen. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 700,45 M., eine Ausgabe von 828,57 M. auf. Der Expeditionsbericht ergab eine Einnahme von 2015,98 M., eine Ausgabe von 2513,63 M. Der Mitgliederbestand beträgt 566, der Abonnementbestand 649. Nach Verichterstattung der Funktionäre erfolgte die Vorstandswahl. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Emil Klotz, 2. Vorsitzender Heil, Schriftführer Voggenreiter, Kassierer Hise, Hilfskassierer Plante, Beisitzer Vengisch und Genossin Jabel, Expeditur Schwarzlose, Revisoren Ved., Köste, Klein, Lokal-Kommission Martin, Poppe, Bibliothekar Erwin Neumann, Kinder-Schutzkommission Genossin Horst, Bildungs- und Jugendausschuß Horst, Stropp und Kurt Friedrich. Dem Antrag des Zentralvorstandes, die monatlichen Beiträge in wöchentliche a 10 Pf. umzuwandeln, wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Neuaufnahmen fanden 18 statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Mandat des verstorbenen Genossen Thielemann in der üblichen Weise.

Reinickendorf.

In der am 19. d. M. abgehaltenen Generalversammlung des Bezirks-Wahlvereins gab der Genosse Wahr den Bericht der Bezirksleitung vom letzten Halbjahr. Es haben stattgefunden eine General- und fünf Mitgliederversammlungen, sechs öffentliche Versammlungen und 7 Flugblätterverbreitungen. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 401, am 30. Juni 610, mithin eine Zunahme in diesen sechs Monaten von 109 Mitgliedern; weibliche Mitglieder sind 92 vorhanden. Der „Vorwärts“ hat im Bezirk 668 Abonnenten. Der Bericht des Kassierers weist einen Kassenbestand von 66,42 M. auf. Aus den Neuwahlen gingen hervor: 1. Bezirksleiter: Wahr; 2. Bezirksleiter: Kuschmünder; Kassierer Reihoff; Schriftführer: Schneider; Beisitzer: Genossin Röder; Revisoren: Theil, Keemann und Eich; Lokal-Kommission: Dehmelt und Seidel; Bibliothekar: Schiller und Heinrich; Zeitungskommission: Hundt und Wranglow. Zum Schluß hat der Genosse Wahr um rege Beteiligung am Stiftungsfest, welches am Sonntag, den 24. Juli, stattfindet.

Pankow-Nieder-Schönhausen.

Am Sonntag, den 24. Juli, feiert der Arbeiter-Radfahrerverein Pankow-Nieder-Schönhausen (M. d. A.-R.-V. „Solidarität“) sein Sommerfest, bestehend in Vokal- und Instrumentalvortrag, Weingarten und Ball, unter Mitwirkung des Gutmaier-Gesangvereins „Einigkeit“ im Etablissement „Neu-Karlshof“, Nieder-Schönhausen, Douthstraße. Entree 25 Pf. Anfang 4 Uhr.

Mariendorfer.

In der am Dienstag tagenden Generalversammlung gab Genosse Jeserich den Vorstandsbericht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem zu frühen Hinscheiden von drei Genossen gedacht. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Halbjahres 242 männliche, 60 weibliche Mitglieder. Den Kassenbericht gab Genosse Spannberg. Der Einnahme von 551,53 M. steht eine Ausgabe von 351,05 M. gegenüber. Die Zahl der Vorwärtsleser stieg von 421 auf 470. Der Expeditionsbericht beträgt 104 M. Der Bibliothek wurden 67 Werke entliehen. Ueber den Besuch des Frauen-Vereins sprach sich besonders lobend Genossin Reichardt aus. Betreffs der Kinder-Schutzkommission wünscht Genossin Schwarz die Unterstützung aller Genossen und der Genossinnen. Gewählt wurden als Bibliothekar König, zur kombinierten Vorstandssitzung Jeserich und Schwarz, zur Kreisgeneralversammlung Jeserich und Puhn. Als Kandidat für den Parteitag wurde Genosse Huhn vorgeschlagen. Antrag Lehmann II, von Zeit zu Zeit die Genossen betreffs Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu prüfen, wurde angenommen. Alsdann wird bekannt gegeben, daß der Ausflug nach dem Agitationsbezirk Blankensee am 31. Juli stattfindet. Umarmung 8 Uhr morgens. In dem Referat: „Der Parteitag zu Magdeburg“ behandelte Genosse Jeserich die Wahlrechtsfrage, Reichsversicherungsordnung und die Genossenschaftsfrage, ging dann auf das Problem der Budgetbewilligung der Badenfer ein und beurteilte die Handlungsweise, weil sie einen Disziplinbruch schlimmster Art darstelle. Allseitig wurde der Wunsch geäußert, der kommende Parteitag möge der revisionistischen Bewegung gebührend begegnen.

Karlshorst.

Die gutbesuchte Mitgliederversammlung des hiesigen Bezirks am 19. d. M. nahm einen Vortrag des Genossen Linger über: Religion und Sozialdemokratie entgegen, an dem sich eine lebhaft Diskussion knüpfte. Sodann begründete Genosse F. Käter eine Resolution, welche das Vorgehen der badischen Landtagsfraktion betrifft. In kurzer Diskussion wird klargestellt, daß diesmal für die badischen Genossen kein Grund zur Bewilligung des Budgets vorgelegen habe. Für die Delegierten wird die Pflicht erwachen, dafür zu sorgen, daß Parteitagebeschlüsse auch eingehalten werden. Die Resolution lautet: „Die Karlshorster Mitglieder des Sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnims erklären in dem Verhalten der sozialdemokratischen badischen Landtagsfraktion eine schwere Mißachtung der Parteitagebeschlüsse; sie erwarten, daß der diesjährige Parteitag Mittel und Wege suchen wird, um solche Mißachtungsvorfälle unmöglich zu machen. Als Pflicht aller Genossen betrachten sie es, den von der Mehrheit gefassten Beschlüssen Folge zu leisten, um so die Einheit der Partei, den Segnern zum Trotz, zu wahren.“

Ober-Schöneweide.

Generalversammlung des Wahlvereins. Der Bericht der Funktionäre erstreckte sich auf die Zeit vom 1. Januar 1900 bis zum 30. Juni 1900. Es wurden in dieser Zeit 11 öffentliche und

16 Mitgliederversammlungen abgehalten; die Zahl der Mitglieder stieg von 600 männlichen und 33 weiblichen auf 620 männliche und 131 weibliche, die Zahl der Vorwärtsleser von 970 auf 1121. Neben 25 000 Handzetteln wurden 50 000 Flugblätter verbreitet. Der Kassenbericht zeigt eine Einnahme von 5602 M., der eine Ausgabe von 5549,10 M. gegenübersteht. Für die Gemeindevahlen sind 221 M. und für die Vereinsbibliothek 375 M. aufgewendet. Die seit September dem Ort übertragene Agitation im Landbezirk erforderte eine Ausgabe von 308 M. An die Kreis-Kasse sind insgesamt 3200,97 M. abgeführt. Die Diskussion über den Vorstandsbericht gestaltete sich sehr rege und ausgedehnt. Die darauf folgende Wahl der Funktionäre hatte folgendes Resultat: 1. Bezirksleiter: Schwarzburger; Kassierer: Biedermann; Schriftführer: Jahn; Revisoren: Hupe, Brunow, Jacobsen; Expeditur: Senje; Bibliothekar: S. Göbe; Gruppenführer: Genß, Gelinski, Jahn, Kolberg, Rude, Wille, Wehse; Kinder-Schutzkommission: Frau Ruche. Als Kreisfunktionäre sollen Jacobsen und Ruth vorgeschlagen werden, als Parteitage-Delegierter Ruth.

Zpandau.

Die hiesige Straßenbahn, welche seit einiger Zeit von der Stadt in eigenen Betrieb übernommen ist, hat in den drei Monaten März bis Mai dieses Jahres gegen die Monate März bis Mai vorigen Jahres eine Mehrerinnahme von 21 873,06 M. erzielt. Zweifellos wird die Bahn, trotzdem sie von der Stadt nicht allzu billig für etwa 3 Millionen M. übernommen wurde, später noch eine gute Einnahmequelle für die Stadt werden.

Für den Rathausneubau, mit dem jetzt in kürzester Zeit der Anfang gemacht werden soll, ist von der Firma Reinhardt u. Söhne, welche die Bauausführung übertragen, der Kostenschlag eingereicht. Derselbe beläuft sich auf 2 940 000 M. Nicht einbezogen hierin sind die Kosten für die Regulierung des Rathausplatzes.

Vor einigen Tagen wurde von einem Beamten der Post- und Schließgesellschaft in der Segelfelderstraße eine Kindeleihe in einem Karton verpackt gefunden. Die auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorgefertigte Bescheinigung der Leiche ergab die Lebensunfähigkeit der etwa 6 Monate alten Leibesfrucht und wurde daher zur Beerdigung freigegeben. Woher die Leiche stammt, konnte bisher noch nicht aufgeklärt werden.

Jugendveranstaltungen.

Steglich-Friedenan. Am Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal von Köhmann, Schloßstr. 117, statt. Nachdem gemeinsamer Spaziergang nach dem Grunewald. Diejenigen Erwachsenen, welche sich am Spaziergang beteiligen wollen, treffen sich um 5 Uhr am Restaurant „Waldfrieden“ in Dahlem. Die Mädchen, welche zum Volksfest den festlichen noch mit ausführen wollen, treffen sich am Sonntag, den 24. Juli, vormittags präzis 1/2 Uhr bei Schellhase, Althornstr. 15a, zur Probe. Die Preisrichter finden jeden Dienstag und Freitag abends von 7 1/2 Uhr an auf den Walden Bergen, Hilmarsdamm-See, statt. Gäste herzlich willkommen. R. N.: Der Jugendausschuß.

Wilmerdort. Am Sonntag, den 24. Juli, findet für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter schuldiger Führung eine Besichtigung des Botanischen Gartens in Dahlem statt. Auch die Angehörigen sind hierzu bestens eingeladen. Treffpunkt 1/2 Uhr bei der Brandenburger Straße 100. Der Jugendausschuß.

Die freie Jugendorganisation Tegel und Umgegend veranstaltet am Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hesse, Tegel, Brunowstraße 23, ihre Halbjahrs-Generalversammlung. Am Sonntag, den 24., nachmittags 1 1/2 Uhr, findet eine Spielpartie nach Sautwinkele statt. Komarsch vom Bahnhofplatz nachmittags 1 1/2 Uhr. Die Arbeiterkassen wird ersucht, ihre schulfähigen Söhne und Töchter auf die Veranstaltungen aufmerksam zu machen und sie zum Besuch anzuhalten.

Verfammlungen.

Die Berliner Mitgliedschaft des Hasenarbeiterverbandes hielt am Sonntag in dieser Eigenschaft ihre letzte Versammlung. Bekanntlich ist der Hasenarbeiterverband seit dem 1. Juli mit dem Transportarbeiterverband verschmolzen, indem die Hasenarbeiter nunmehr eine Branche mit eigener Branchenleitung bilden. — Nachdem der Kassierer die Abrechnung vom letzten Halbjahr vorgelegt hatte und entlastet worden war, gab der Vorsitzende eine Uebersicht über die abgehaltenen Versammlungen und Sitzungen. — Hierauf wurden aus den Reihen der Mitglieder berichtete Einzelfälle angeführt, welche zeigen, daß der übliche Stundenlohn von 60 Pf. für Holz- und Bretterträger oft nicht gezahlt wird. Löhne von 50 Pf. sind an der Tagesordnung, ja sie gehen sogar bis 45 Pf. hinunter. Allseitig wurde betont, daß diese Löhne unzureichend seien, daß deshalb eine Verbesserung und tarifliche Festlegung der Löhne dringend notwendig sei.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrechtunde An der Lindenstraße Nr. 69, vorn über Treppen — A b r u d l —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder Anfrage ist ein Gutachten und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Wichtige Fragen trage man in der Ebrechtunde vor.

V. S. 76. Die Beiträge sind abgangsfähig. — M. N. 1000. Fragen Sie bei dem Zentral-Arbeitsnachweis, Hermannstr. 13, an. — Unverkauft. 1. 40,60 M. 2. und 3. Rein. 4. Darüber kann erst nach Durchsicht des Manuskripts entschieden werden. — U. S. 350. Fragen Sie bei dem Sänglingsheim, Bestend, Rättern-Allee 24, an. — C. S. 100. Sie als auch Ihre Frau sind berechtigt, die Versicherung im Auslande fortzusetzen. Es müssen Karten derjenigen Versicherungskasse, in deren Bezirk der letzte Beschäftigungs- oder Aufenthalt lag, verwendet werden und zwar bei der Weiterversicherung innerhalb zweier Jahre mindestens 20, bei der Selbstversicherung innerhalb desselben Zeitraumes mindestens 40, auch muß der Umtausch der Leistungskarte innerhalb zweier Jahre erfolgen. Rückerstattung von Beiträgen ist unzulässig. — C. S. 18. Reichen Sie an den Stadtausschuß ein Gesuch um Erlass der Steuer ein. — C. S. 36. Die Haftung beschränkt sich auf den Nachschuß. Diese Beschränkung wird derwirkt, wenn Ihnen auf Antrag eines Nachschußschuldigen vom dem Nachschußgericht eine Frist zur Errichtung eines Nachschußverzeichnisses bestimmt wird und Sie die Frist fruchtlos verstreichen lassen oder wenn Sie absichtlich eine erhebliche Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit des Verzeichnisses herbeiführen. Sie tun gut, nach Befreiung des Nachschusses dem Nachschußgericht ein Verzeichnis einzureichen. — O. S. 22. 1. und 2. Auf etwa 4 M. für jede Person. 3. Rein. 4. Die Zahlung muß in der Regel sofort erfolgen. 5. Adol. Hoffmann, Blumenstraße 22.

Mitlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Zufuhr genügend, Geschäft fest, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft rege, Preise gut. Gellägel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fest. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Gurken fast unverkäuflich, Preise wenig verändert.

Witterungsbericht vom 22. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	754	SB	5	halbbd	17	Quesada	755	DSO	4	bedekt	15
Danzburg	755	SB	5	bedekt	18	Petersburg	754	SO	1	Rebel	13
Berlin	756	SB	3	bedekt	18	Stettin	755	SB	5	bedekt	14
Kranitz	758	SB	5	wolkig	21	Berchem	746	SB	3	halbbd	14
Rahnsdorf	761	SB	2	wolkig	22	Varis	760	SB	3	bedekt	18
Bian	761	SB	3	wolkig	23						

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. Juli 1910. Etwas wärmer, zunächst zeitweilige heitere bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später neue Trübung und Regenfälle. Berliner Wetterbureau.